

**Eier und Schmalz,  
Butter und Salz**

Die Verbraucherzentralen wollen Preissteigerungen transparent machen  
**8, 12**

Anzeige

**Ich klage mit!** **ZUKUNFTS KLAGE**



**Recht auf Klimaschutz für alle:** Bei der Zukunftsklage von Greenpeace und Germanwatch mitmachen bis zum 31.8.! Alle Infos unter [www.zukunftsklage.de](http://www.zukunftsklage.de)

steile these

„Der Haley-Bieber-Smoothie steht für einen Hedonismus der Hoffnungslosigkeit“

Aida Baghernejad über den Hype um einen 22-Dollar-Mandelmilchdrink

14

**Jugend, verhüte!**

Junge Menschen sind beim Sex viel unaufgeklärter als gedacht

13

**VERBOTEN**

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Angesichts der bescheidenen politischen Großwetterlage gönnen wir uns hier unsere zehn Sekunden Eskapismus mit dieser schönen Nachricht: Dank des Gurkensalatrezepts eines Tiktok-Influencers namens Cucumber Guy („Gurken-Typ“) wird in Island das grüne Gemüse knapp.

Da haben sie jetzt den Salat.

Die taz wird ermöglicht durch **23.492**

GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter [geno@taz.de](mailto:geno@taz.de) oder 030 | 25 90 22 13  
Aboservice: 030 | 25 90 25 90 fax 030 | 25 90 26 80 abomail@taz.de  
Anzeigen: 030 | 25 902 -130 / -325 anzeigen@taz.de  
taz Shop: 030 | 25 90 21 38  
Redaktion: 030 | 259 02-0 fax 030 | 251 51 30, briefe@taz.de  
taz  
Postfach 610229, 10923 Berlin  
[twitter.com/tazgezwitscher](https://twitter.com/tazgezwitscher)  
[facebook.com/taz.kommune](https://facebook.com/taz.kommune)

[www.taz.de](http://www.taz.de)

Ausgabe Berlin Nr. 13449 € 3,40 Ausland € 2,80 Deutschland 4 190254 802805 50635



## Anleitung zum Widerstand

Bei ihrem Asylkompromiss wirkt die Ampel getrieben von rechts. Was tun, sollte die AfD tatsächlich in Regierungsverantwortung kommen? „Es hängt ganz viel an der Zivilgesellschaft“, sagt der Publizist Arne Semsrott

Warum Widerstand gegen rechts unterschiedlich gut gelingt: Markkleeberg und Taucha in Sachsen

Stabil bleiben: Aktivistin Katja Kühn engagiert sich im sächsischen Markkleeberg gegen die AfD Foto: Leon Joshua Dreischulte

Kommentar von Gereon Asmuth zur Abschiebedebatte

### Die AfD regiert

Es ist schon irre. Erst am Sonntag wird in Thüringen und Sachsen gewählt. Die rechtsextreme AfD wird laut Umfragen 30 Prozent und mehr einsacken. Doch sie regiert schon jetzt. Sie bestimmt das politische Handeln bis weit hinein in sich einst als links definierende Parteien. Tun muss sie dafür gar nichts. Nur demonstrativ in der rechten Ecke stehen.

Seit dem mörderischen Anschlag auf das Volksfest in Solingen überschlagen sich alle im Wettbewerb um den besten AfD-Doppelgänger. Allen voran CDU-Möchtegernkanzler Friedrich Merz, der angetrieben von den täglichen Schlagzeilen der Bild sich als barhäuptiger Jean D'Arc der national Entrechteten inszeniert, der uns alle im Alleingang vorm selbst ausgerufenen Notstand rettet.

Da will die Ampel nicht nachstehen. Kanzler Olaf Scholz (SPD) verkündet, die „irreguläre“ Migration zu begrenzen. Finanzminister Christian

Lindner (FDP) will für Ausreisepflichtige „null Euro“ rausrücken. Selbst bei den Grünen wird – schon wieder – eine Zeitenwende gefordert, was nichts anderes ist als eine kraftvoll klingende Umschreibung für die Verleugnung einst urgrüner Werte. Diesmal: Abschiebungen entschlossen durchführen! Schon am Mittwoch stellte Innenministerin Nancy Faeser das messerscharfe Sicherheitspaket der Ampel vor. Der zentrale Punkt lässt sich mit zwei Worten übersetzen: Ausländer raus.

Natürlich sagt das niemand so direkt. Und es geht ja auch nicht um alle Nichtdeutschen. Aber gehört werden soll sie genau so, diese Botschaft für die rechte Ecke. Dass damit nicht nur „berechtigte Ängste“ ernst genommen, sondern ebenso geschürt werden wie der um sich greifende Rassismus, scheint mal wieder egal. Genauso egal wie die Gewissheit, dass am Ende nur die AfD profitiert. Aber was soll man denn sonst auch machen?

Man könnte zum Beispiel mit Fakten dagegenhalten. Etwa dass laut Bundeskriminalamt die aus Syrien, Afghanistan und Irak Geflüchteten, für die es offenbar jetzt auch nur noch die Konzepte Raus! Raus! Raus! gibt, die Migrantengruppen mit der niedrigsten Kriminalitätsrate sind. Oder dass der Besuch von Volksfesten nicht erst durch irreführende Islamisten bedroht wird, sondern auch durch irreführende Autofahrer, wie in Volkmarshausen 2020, oder durch irreführende Nazis, wie in München 1980.

Vor allem aber, dass nicht Abschiebung, sondern Integration das Gebot der Stunde wäre. Denn Deutschland braucht Einwanderung. Das Land sollte froh sein über alle, die trotz des grassierenden Rassismus kommen. Sie werden gebraucht als Busfahrer:innen, Ärzt:innen oder als Pflegekräfte, die den überalterten Deutschen das Braune vom Hintern wischen. Aber das darf man ja nicht mehr sagen. Weil die AfD längst regiert.

das porträt



Foto: DBU/dpa

## Moorforscherin Franziska Tanneberger erhält Umweltpreis

Franziska Tanneberger ist plötzlich um 250.000 Euro reicher. Aber nicht nur das Geld wird ihr Leben verändern, die Schweriner Moorforscherin steht nun ganz anders in der Öffentlichkeit: Denn Tanneberger erhält den Deutschen Umweltpreis des Jahres 2024.

„Natürlicher Klimaschutz durch Moorwiedervernässung ist unverzichtbar, damit die Klimaziele erreicht werden“, heißt es zur Begründung der Jury. Und die 46-Jährige sei eine „Brückenbauerin zwischen Wissenschaft, Politik und Landwirtschaft“, die diese Aufgabe voranbringe.

Es ist einer der wichtigsten Preise für den Umweltschutz, den die Deutsche Bundesstiftung Umwelt seit 31 Jahren alljährlich verleiht: Er gehört zu den weltweit bestdotierten seiner Art: 500.000 Euro erhalten die Gewinner:innen. Lediglich der „Earthshot Prize“, den der britische Kronprinz William 2019 ausgelobt hat, ist in Europa höher dotiert.

Allerdings wird der Deutsche Umweltpreis bislang stets geteilt, in diesem Jahr ist der zweite Preisträger Thomas Speidel. Der Ingenieur aus Baden-Württemberg hat ein Schnellladesystem entwickelt, durch das Elektroautos binnen Minuten statt Stunden „aufgetankt“ werden können. Die Jury ehrt Speidel für „strategischen Weitblick und die dafür notwendige unternehmerische Risikobereitschaft“. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier wird den Umweltpreis am 27. Oktober in Mainz überreichen.

Der 57-jährige Speidel ist Geschäftsführer von „ads-tec Energy“, einem Familienbetrieb in Nürtingen bei Stuttgart. Ursprünglich hieß die Firma „Fritz Electronic“. Sein Vater hatte sie mit seinem Partner Hermann Fritz 1980 als Zulieferer für die fossile Autoindustrie gegründet.

Thomas Speidel stieg 1995 nach seinem Ingenieursstudium ein und baute die Firma 15 Jahre später rigoros um. Statt auf Verbrenner setzt das neu benannte Unternehmen seitdem auf klimafreundlichere Mobilität. Es gibt mehr als 60 Patentanmeldungen, unter anderem für Batterietechnik und Speicherlösungen, seit 2016 ist Thomas Seidel auch Präsident des Bundesverbands für Energiespeichersysteme in Berlin.

Moorforscherin Tanneberger ist seit 2023 Mitglied im Rat für nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung. Dieser soll bei der Klima-, Zukunfts- und Umweltpolitik beraten. Beispielsweise hatte der Rat gefordert, mehr Geld für die „Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie“ auszugeben – das ist das Pendant zu den „Sustainable Development Goals“ der UNO. Die Ampelkoalition ignorierte den Vorschlag.

Tanneberger wurde 1978 in Ostberlin geboren und studierte an der Universität Greifswald Landschaftsökologie. Aufgebaut hatte diesen Studiengang Michael Succow, der einst als Vize-Umweltminister der DDR fünf Prozent der Landesfläche unter Schutz gestellt hat. Er hat als Professor ganze Generationen von Student:innen geprägt. Succow selbst wurde 2015 mit dem Deutschen Umweltpreis ausgezeichnet. Mit dem Preisgeld gründete er jenes Greifswald Moor Centrum, das Preisträgerin Tanneberger heute leitet.

Moore sind besonders wichtig für das Klima: Sie sind gigantische Treibhausgas-Speicher. Werden sie trockengelegt, gelangen die Gase in die Atmosphäre.

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2045 klimaneutral zu werden. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen viele Moore wiedervernässt werden. Dagegen gehen aber jene Landwirt:innen auf die Barrikaden, die die trockengelegten Flächen heute bewirtschaften.

Nick Reimer

# Bundesregierung einigt sich auf Asylpaket

Die Ampel beschließt nach dem Anschlag in Solingen neue Maßnahmen. Sie wollen das Waffenrecht verschärfen, Sozialleistungen können komplett gestrichen werden

Von **Frederik Eikmanns, Christian Rath** und **Konrad Litschko**

Die Bundesregierung verschärft einmal mehr die Migrations- und Sicherheitspolitik. Das kündigten Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) und Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) am Donnerstag in Berlin an. Faesers Kernbotschaft: „Wer in Deutschland keinen Anspruch auf Schutz hat, muss wieder gehen.“ Die Ampel reagiert damit auf den islamistischen Anschlag von Solingen in der vergangenen Woche.

Es handelt sich bei den Plänen offenbar um eine Art Gesprächsgrundlage für ein zuletzt angekündigtes Gipfeltreffen mit Ländern und der CDU. Das zentrale Anliegen ist, Geflüchteten die Leistungen zu streichen, für deren Asylantrag andere EU-Staaten zuständig sind. Schon bisher können die Sozialleistungen für die sogenannten Dublin-Geflüchteten abgesenkt werden. Voraussetzung ist dafür, dass sie nicht ausreisen, obwohl das zuständige Land sie zurücknehmen will, was nur selten passiert. Nun sollen ihre Leistungen komplett gestrichen werden können.

Daneben sollen auch die

Schwellen für sonstige Abschiebungen gesenkt werden. Zum Beispiel in Fällen, in denen Ausländer Straftaten mit Messern begehen. Das soll auch für Jugendliche gelten. Und wenn Geflüchtete im Heimatland Urlaub machen, sollen sie ihren Schutzstatus verlieren. Geplant ist außerdem, der Polizei mehr Kompetenzen zu geben, etwa im Bereich KI. Den Kampf gegen Islamismus soll verstärkt werden. Beim umstrittenen Thema Waffenrecht einigte sich die Regierung auf eine Vielzahl kleiner Änderungen, etwa Messerverbote für öffentliche Veranstaltungen wie Volksfeste.

Insbesondere die Union hatte zuletzt mächtig Druck auf die Bundesregierung ausgeübt, die deutsche Asylpolitik zu verschärfen. Der Täter von Solingen war als syrischer Flüchtling zuerst in Bulgarien angekommen. Nach dem Dublin-System ist derjenige Staat für Asylanträge zuständig, in dem der Antragsteller zuerst EU-Boden betritt. Dennoch kam der spätere mutmaßliche Täter 2022 nach Deutschland. Die Behörden stellten ein Übernahmegebot an Bulgarien, das dort angenommen wurde. Doch eine Abschiebung scheiterte daran, dass die deutsche Polizei ihn

am Tag des Flugs nicht antraf. Weitere Versuche gab es nicht, nach Ablauf der Überstellungsfrist von sechs Monaten fiel sein Asylantrag in die deutsche Verantwortung. Schlussendlich wurde ihm subsidiärer Schutz zugesprochen.

Solche Fälle will die Bundesregierung mit ihren Plänen nun offenbar verhindern. Das Kalkül: Wenn die Bedingungen hier nur schlecht genug sind, gehen Geflüchtete von allein zurück. Es ist jedoch fraglich, wie viel damit im Fall potenzieller Terroristen gewonnen ist: Im Zweifelsfall werden zwar keine Deutschen Opfer, dafür aber andere EU-Bürger\*innen. Die Einigung ist insbesondere ein Erfolg für die FDP. Finanzminister Christian Lindner hatte am Mittwochabend in der ARD gefordert, Dublin-Flüchtlinge sollten „null Euro“ erhalten. Und der innenpolitische Sprecher der FDP, Manuel Höferlin, hatte am Donnerstag nachgelegt. Er sagte der taz: „Wer vollziehbar ausreisepflichtig ist, soll künftig in Deutschland keine Leistungen mehr erhalten – mit Ausnahme der Kosten für den Transport in den zuständigen Staat.“ Aus der Grünen- und der SPD-Fraktion wollte sich bis Redaktionsschluss am Donnerstag

niemand äußern. Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Katharina Dröge verwies im NDR darauf, dass es bereits Leistungskürzungen für Geflüchtete gibt, die sich einer Ausreise widersetzen. Sie sprach sich aber auch für schnellere Abschiebungen aus.

Menschenrechtsorganisationen kritisieren die Pläne der Ampel. Pro Asyl etwa teilte der taz mit: „Die aktuellen Vorschläge zur Streichung der Leistung für manche Asylsuchende sind aus unserer Sicht absehbar verfassungswidrig.“ Tatsächlich ist die rechtliche Lage komplex. Das Bundesverfassungsgericht hat bisher noch nicht darüber entschieden, ob Geflüchteten Leistungen gestrichen werden dürfen, die das Existenzminimum sichern. Allerdings hat das Gericht 2022 erklärt, dass der Gesetzgeber durchaus verlangen kann, „an der Überwindung ihrer Hilfebedürftigkeit selbst aktiv mitzuwirken oder die Bedürftigkeit gar nicht erst eintreten zu lassen“. Dazu passt auch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu Hartz-IV-Sanktionen von 2019. Danach können Leistungen ausnahmsweise vollständig versagt werden, wenn die „Aufnahme einer angebotenen zumutbaren Arbeit“ abgelehnt wird.

Für einige Geflüchtete soll es in Deutschland ungemütlicher werden  
Foto: Daniel Löb/dpa



## Ausnahme für al-Qadi

Netanjahu nutzt die aus Gaza befreite arabisch-israelische Geisel für ein PR-Manöver

Von **Lisa Schneider**

Als Farhan al-Qadi jüngst von israelischen Truppen aus der seit dem 7. Oktober andauernden Geiselhaft in Gaza befreit wurde, meldete sich Ministerpräsident Benjamin Netanjahu gleich telefonisch bei dem Befreiten. Medienberichten zufolge soll al-Qadi ihn „Abu Yair“ – Vater von Yair, nach dem ältesten Sohn Netanjahus – genannt haben. Und während das sicherlich ein PR-Manöver ist – will Netanjahu doch nicht abweichen von seinem Bestehen auf die Präsenz israelischer Truppen in Gaza –, scheint die Aufmerksamkeit für al-Qadi diesem nun einen echten Vorteil zu bringen.

Denn al-Qadi lebt in einem Dorf nahe der von beduinischen Israelis

bewohnten Stadt Rahat. Und im vergangenen November hatte Israel nach Medienberichten etwa 70 Prozent der Bewohner des Dorfes mitgeteilt, dass ihre Häuser ohne Genehmigung gebaut worden seien – und der Abriss in Planung sei. Dieses Vorgehen der israelischen Behörden – und auch, dass die nötigen Baugenehmigungen nur schwer zu bekommen sind – betrifft überdurchschnittlich oft israelische Araber oder Palästinenser in Ostjerusalem. „Im Angesicht der Situation“, so erklärte nun die zuständige Behörde, wolle man bei al-Qadi auf die Ausstellung einer solchen Abrissanordnung verzichten. Zu den Nachbarn al-Qadis, die von dem möglichen Abriss ihrer Häuser bedroht sind, äußerte die Behörde sich allerdings nicht.

Derweil hält im Westjordanland eine bereits für mehrere Tage angekündigte Kampagne des israelischen Militärs an. Man wolle gegen militante Palästinenser vorgehen und habe in der Nacht auf Donnerstag fünf von ihnen, die sich in einer Moschee in Tulkarem verschanzten, getötet. UN-Generalsekretär Antonio Guterres rief am Donnerstag Israel dazu auf, seine Operation im Westjordanland zu beenden. Sie befeuere die „bereits explosive Situation“. Der Kampagne voraus ging der Tod eines Selbstmordattentäters in Tel Aviv, dessen Bombe vor Erreichen des Angschlagsorts explodierte. Er soll aus Nablus, nahe Tulkarem, stammen, und die Operation soll dort geplant worden sein.

meinung + diskussion 12

taz **lage**

## Zusammen am Wahlabend

Am kommenden Sonntag stehen die Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen an, und es könnte ungemütlich werden. Die AfD rechnet mit großer Zustimmung in beiden Bundesländern. Spannend bleibt auch, wie sich das BSW als Newcomer-Partei schlägt.

Viele Beobachter\*innen befürchten das Schlimmste: Ein weiterer Rechtsruck in den ostdeutschen Ländern, der das politische Klima im gesamten Land verändern könnte. Wem der Gedanke an die ersten Hochrechnungen Unbehagen bereitet, muss den Wahlabend nicht allein verbringen.

Am kommenden Sonntag findet daher ab 19 Uhr ein taz Talk anlässlich der Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen statt. Die taz Redakteur\*innen Simone Schmollack und Jan Feddersen diskutieren mit Reporter\*innen und Redakteur\*innen der taz aus Berlin, Dresden und Erfurt sowie mit Menschen aus der Zivilgesellschaft. Sie fragen sich, wie stabil die politische Brandmauer noch ist und wie der politische Umbruch zu bewerten ist.

Die Teilnehmenden des Talks besprechen auch, welche Fragen die Zivilgesellschaft bewegt und was für Sorgen und Ängste sie angesichts des prognostizierten Rechtsrucks haben. Die Gespräche werden live auf dem YouTube-Kanal der taz gestreamt. Wer mag, darf per Chat mitdiskutieren.

Janice Lieb

Im ländlichen Osten gibt es viele Initiativen für Offenheit und Vielfalt. Dazu gehören auch Demos gegen AfD-Wahlveranstaltungen, wie hier in Quirla am 7. August  
Foto: Bodo Schackow/dpa



# „Die AfD wäre Horst Seehofer auf Speed“

Arne Semsrott vom Projekt Frag den Staat hat eine Anleitung für den Widerstand geschrieben, falls die AfD an die Macht kommen sollte. Ein Gespräch über Preppen von links und seine Hoffnung in die Beamtenschaft

Interview: Gareth Joswig

**taz:** Herr Semsrott, CDU und Bundesregierung haben beschlossen, das Verfassungsgericht gegen einen autoritären Staatsumbau abzusichern. Sie haben gerade eine Anleitung zum Widerstand geschrieben für den Fall der Machtübernahme durch die AfD. Sind die geplanten Verfassungsänderungen ein guter Schritt?

**Arne Semsrott:** Man gewinnt Zeit im Falle einer Machtübernahme. Und um den Machtzuwachs der AfD zu verlangsamen, ist jeder Schritt wichtig. Aber es ist nicht die Lösung. Im Moment sind rechtliche Abwehrmechanismen zu sehr im Fokus. Man kann aber demokratische Institutionen langfristig nicht gegen eine antidemokratische Mehrheit verteidigen. Es ist keine Lösung, nur auf Institutionen zu vertrauen, im Gegenteil: Sie müssen getragen werden von einer kämpferischen Zivilgesellschaft und demokratischen Politik.

**taz:** Derzeit gibt es diese antidemokratische Mehrheit nicht. Warum gehen Sie in Ihrem Buch trotzdem wie selbstverständlich davon aus, dass die AfD früher oder später an die Macht kommt?

**Semsrott:** Ich gehe fest davon aus, dass es früher oder später zu einer AfD-Beteiligung in einem Bundesland kommen wird. Wenn noch nicht jetzt bei den Landtagswahlen im Osten, dann womöglich in zwei Jahren in Sachsen-Anhalt, wo CDU-Mitglieder sich bereits für eine Zusammenarbeit mit der AfD ausgesprochen haben. Ich hoffe natürlich, dass ich mich irre. Aber man sollte sich für den Ernstfall rüsten.

**taz:** Was macht die AfD, wenn sie an die Macht kommt?

**Semsrott:** Wenn Leute aus dem AfD-Umfeld Wahlkämpfer anderer Parteien angreifen, hat das schon jetzt einen Hauch von SA. Aber die Demokratie würde nach einer Machtübernahme nicht mit einem Knall abgeschafft. Es gäbe viele kleine Schritte, die in der Gesamtmenge das Leben für viele Menschen zur Hölle machen würden.

**taz:** Woran machen Sie das fest?

**Semsrott:** Es gibt aktuelle Beispiele, die zeigen, was droht: in Ungarn, Polen und Österreich etwa. Aber auch Deutschland hat jede Menge rechtspopulistischer Vorbilder aus den vergangenen Jahren: Die AfD wäre gewissermaßen Horst Seehofer auf Speed. Schon der hat sich über 69 Abschiebungen an seinem 69. Geburtstag gefreut. So etwas könnte ein AfD-Innenminister auch machen – und zwar noch doppelt, drei- oder zehnmal so viel.

**taz:** Wenn man Ihr Buch liest, bekommt man stellenweise den Eindruck, Sie setzen für den Ernstfall viel Vertrauen in die Beamtenschaft. Aus der historischen Erfahrung in Deutschland lässt sich das nicht unbedingt ableiten. Etwas zugespitzt: Sind Beamte wirklich ein Bollwerk gegen Faschismus?

**Semsrott:** Wenn das so rüberkommt, habe ich vielleicht nicht klar genug formuliert. Ich habe durch meine Arbeit mit dem Informationsfreiheitsportal Frag den Staat sehr viel Erfahrung im Umgang mit Beamten. Die Beamtenschaft ist überaus heterogen, und es sind ja immerhin fünf Millionen Leute, die beim Staat arbeiten. Viele davon fragen sich, was sie tun könnten und wie sie Widerstand leisten könnten, wenn ihr Chef aus der AfD kommt. Natürlich setze ich nicht meine alleinige Hoffnung in Beamte – aber ich habe die Hoffnung auch nicht aufgegeben.

**taz:** Wie funktioniert Gegenwehr für Menschen mit Amtseid, die nicht demonstrieren dürfen?

**Semsrott:** Beamte müssen zwar Anweisungen ausführen, aber es gibt auch die sogenannte Remonstrationspflicht: Rechts- und verfassungswidrige Weisungen dürfen Beamte gar nicht befolgen. Etwa wenn es darum ginge, rechtswidrige Abschiebungen durchzuführen oder diskriminierende Personenkontrollen ohne Anlass durchzuführen. Dann müssten Beamte sagen: „Nein, ich bin an die Verfassung gebunden, ich darf das nicht machen.“

**taz:** Was könnten Beamte noch tun?

**Semsrott:** Eine weitere Möglichkeit für Widerstand ist das Whistleblowing, also intern oder auch über externe Kanäle wie Medien auf Missstände aufmerksam zu machen. Und natürlich hilft es, sich mit Kolleg\*innen zu organisieren, wenn ihnen das Verhalten einer Behördenspitze nicht gefällt. Beamte dürfen zwar nicht streiken, aber es gibt auch subtilere Varianten, wie Dienst nach Vorschrift oder den Bummelstreik: erst mal sehr sorgfältig alle Zuständigkeiten zu prüfen und so Prozesse zum Erliegen zu bringen. Und auch wer krankgeschrieben ist, kann keine problematischen Weisungen ausführen.

**taz:** Seit Anfang des Jahres hat vor allem eine breite Protestwelle gegen Rechtsextremismus und für Demokratie mobilgemacht. Welche Rolle kommt der Zivilgesellschaft beim Widerstand zu?

**Semsrott:** Es hängt ganz viel an der Zivilgesellschaft. Ich finde sehr auf-

schlussreich, dass das die größten Demokratieproteste in der BRD jemals waren, aber politisch keine konkrete Maßnahme daraus wurde. Weder ist das Demokratiefördergesetz beschlossen noch ein AfD-Verbotsverfahren. Stattdessen gibt es leere Versprechen, und der Kanzler winkt einer vorbeiziehenden Demo zu. Nach Bauernprotesten wurden Pläne zur Streichung von Subventionen für Landwirte zum Teil zurückgenommen, Pegida hat zu Asylrechtsverschärfungen geführt – das war ein Bruchteil der Menschen, die Anfang dieses Jahres auf der Straße waren. Die Demokratiedemos haben in der Bundespolitik zu nichts außer Debatten geführt.

**taz:** Was folgt daraus für den Widerstand?

**Semsrott:** Man darf es nicht beim Fordern lassen, wir müssen jetzt loslegen: Gerade im ländlichen Osten gibt es viele Initiativen, die Offenheit und Vielfalt herstellen wollen. Es steht an uns

**„Wir müssen uns verbinden und füreinander da sein“**

allen, wie gut diese unterstützt werden. Auch das ist Präventionsarbeit gegen mögliche noch rechtliche Regierungen.

**taz:** Wer müsste sich im Ernstfall noch gegen eine AfD-Regierung stellen?

**Semsrott:** Die Gewerkschaften. Sie sollten sich politische Streiks wieder zu eigen machen und sich anschauen, wie man etwa einen Generalstreik organisiert. Auch so etwas kann die Machtübernahme der AfD behindern. Und an der Basis der Gewerkschaften gibt es großen Druck, dass man kämpferischer auftreten sollte.

**taz:** Allerdings gibt es auch viele Arbeiter, die AfD wählen.

**Semsrott:** Ja, und deswegen müssen Gewerkschaften auch intern schauen, wie man damit umgeht: Die Gewerkschaft der Polizei etwa hat einen Unvereinbarkeitsbeschluss zur AfD. Das ist genau der richtige Weg, um zu zeigen: Wer AfD wählt, ist arbeitnehmerfeindlich. Und es ist auch ein starkes Signal der Solidarität an Arbeiter, die im Falle der Machtübernahme abgeschoben würden. Die Gewerkschaften müssen sagen: Wir wollen keine AfD-Menschenfeinde integrieren. Das wäre auch

Werbung für mehr linke Mitglieder.  
**taz:** Wie könnte sich die Justiz widersetzen?

**Semsrott:** Der Vorteil ist, dass dieser Bereich sehr viel träger ist als andere Institutionen. Für die Digitalisierung mag das ein Ärgernis sein, aber es bedeutet auch, dass die AfD an der Macht nicht so einfach und schnell wie in Polen und Ungarn Personal austauschen könnte, um über die Richterwahl Einfluss zu nehmen. Dadurch hätte die Justiz mehr Zeit, um Widerstand zu leisten.

**taz:** Allerdings gibt es auch viele rechte Richter, die einen Umbau befördern würden.

**Semsrott:** Ja, auch hier gilt: Wenn es 20 bis 30 Prozent Zustimmung zur AfD gibt, haben wir das in der Justiz auch. Gegen rechte Richter würde mehr Transparenz helfen. Es ist ein Missstand, dass Gerichtsentscheidungen, obwohl „im Namen des Volkes“, noch immer nicht veröffentlicht werden, sondern nur 0,9 Prozent aller Urteile.  
**taz:** Zuletzt haben immer wieder Wirtschaftsvertreter betont, wie schädlich eine starke AfD ist. Wie können Unternehmer gegen den Autoritarismus helfen?

**Semsrott:** Mit rein linker Dogmatik würde man sagen: Wir müssen an die Sozialpolitik ran und den Kapitalismus abschaffen; und das stimmt auch. Aber solange der noch da ist, bleibt es wichtig und relevant, wie sich Firmen positionieren. Wirtschaftsvertreter\*innen genießen im Dorf ein hohes Ansehen und können so Signale senden. Sie können sich mit Betriebsvereinbarungen wirksam positionieren, in denen sie festlegen: Unsere Firma steht für Vielfalt und Demokratie, und gewisse Unvereinbarkeiten regeln wie rassistische Äußerungen, bestimmte rechtsextreme Kleidermarken und Symbole. Dann hat man auch eine Handhabe gegen rechte Agitation im Betrieb.

**taz:** Faktisch dürfte das aber auch hier oft anders laufen. Der AfD-Chef Tino Chrupalla selbst ist Malermeister aus Görlitz.

**Semsrott:** Ich glaube auch, dass es da draußen viele Chrupallas gibt. Bei allem, was ich sage, muss man natürlich anerkennen, dass der Trend andersherum geht. Es gibt nicht die drei Schritte, die man nur machen muss, und dann ist die Demokratie gerettet. Es sieht ziemlich bitter aus gerade. Aber es hilft nicht, sich immer nur ohnmächtig die Apokalypse vor Augen zu halten. Man muss auch an die Postapokalypse

denken. Es gilt, nicht in Schockstarre zu verfallen, sondern zu einer Handlungsfähigkeit zu kommen. Mein Buch ist kein optimistischer Appell, aber es ist dennoch wichtig, in eine Verbindung zueinander zu kommen, um zu sehen, wie viele wir sind.

**taz:** Ihre letzten zwei Kapitel des Buches heißen „Prepping for Future“ und „Widerstand beginnt jetzt“. Wie Preppen von rechts aussieht, weiß man: Waffen und Lebensmittel horten, Leichensäcke und Kriegstechnik vorhalten. Wie geht denn Preppen von links?

**Semsrott:** Man sollte lokale Netzwerke bilden, die sich selbst versorgen können. In größeren Gruppen sollten Menschen kollektiv mit verschiedenen nützlichen Fähigkeiten für sich da sein. Dabei geht es mir nicht um das Horten von Klopapier und Medikamenten, sondern um Liebe und Verbindungen. Gerade die gesellschaftliche Linke hat eine Historie, solche Räume zu schaffen: autonome und kulturelle Zentren sind Orte von „Prepping for Future“, und die Nachbarschaftshilfe ist es auch. Es braucht Netzwerke für gemeinsame Bedürfnisse.

**taz:** Was heißt das mit Blick auf die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im September, wo die AfD stärkste Kraft werden könnte?

**Semsrott:** Bei mir fängt es klein an: Ich beginne damit, mir zur überlegen, wen ich anrufe, wenn die AfD ein katastrophal hohes Ergebnis hat, um zu sagen: „Hey, ich bin da.“ Wir können nicht alleine die Demokratie retten. Wir müssen uns verbinden und füreinander da sein. Da kann man sich die Form aussuchen: gemeinsam auf die Straße gehen, stickern im eigenen Kiez, an Organisationen spenden. Von meinem Buch geht pro verkauftem Exemplar 1 Euro an das Netzwerk Polyflux, die großartige Arbeit machen, aber man kann auch direkt bei Initiativen mithelfen – man muss nicht das Rad neu erfinden.



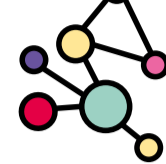
Arne Semsrott

Der Journalist und Aktivist leitet das Projekt Frag den Staat, das für Informationsfreiheit kämpft. Er sitzt zudem im Vorstand von Lobbycontrol.

# Same same, but different

Die Gemeinden Markkleeberg und Taucha sind ungefähr gleich groß, gleich nah dran an Leipzig, ähneln sich in Demografie und Idylle. Warum kommt die AfD an beiden Orten ganz unterschiedlich gut an?

ost  
wahlen  
2024



Alle Texte dazu  
finden Sie hier  
auf taz.de/  
ostwahlen  
2024

Dieser Text ist Teil unserer  
Berichterstattung zu den  
Wahlen 2024 in Brandenburg,  
Sachsen und Thüringen. Die taz  
zeigt, was hier in diesem Jahr  
auf dem Spiel steht.

Aus Markkleeberg und Taucha **Tobias Bachmann** (Text) und **Leon Joshua Dreischulte** (Fotos)

**K**allrote Blumen zieren die vielen Fenster des Markkleeberger Rathauses, ein pompöser ehemaliger Gasthof mit Türmchen auf dem Dach und angebautem Ratskeller. Im Innenhof, dem früheren Biergarten, spenden Linden Schatten, ihre Blätter rauschen im Wind. Ein paar Mitarbeitende der Stadtverwaltung essen plaudernd zu Mittag. Die Anspannung, die sachsenweit kurz vor der Landtagswahl zu spüren ist, scheint hierhin kaum vorzudringen.

Auch die AfD hat im südlich an Leipzig angrenzenden Markkleeberg vergleichbar große Probleme, Fuß zu fassen. Bei der Europawahl fuhr sie hier mit knapp 20 Prozent der Stimmen ihr sachsenweit zweitschlechtestes Ergebnis ein. Nur in Leipzig stimmten weniger Menschen für die vom sächsischen Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextrem“ eingestufte Partei. Anders im nordöstlich ebenso bei Leipzig gelegenen Taucha. Dort wählten 29 Prozent die AfD. Fast so viele wie im

sächsischen Durchschnitt – und deutlich mehr als in Markkleeberg.

Warum? Karsten Schütze, gebürtiger Markkleeberger und seit 11 Jahren Oberbürgermeister der Stadt, sitzt an einem der Gartentische im Rathaushof und versucht, Erklärungen zu finden. Vielleicht liege es am Wohlstand der Gemeinde, vielleicht an der Stadtgeschichte: „1999 gab es einen erfolgreichen Volksentscheid gegen die Eingemeindung nach Leipzig, da haben die Menschen hier gefühlt, dass die Demokratie funktioniert“, sagt er. Auch den 57-jährigen habe das politisiert. Aber genau wisse er nicht, weshalb die AfD in seiner Gemeinde einen schlechteren Stand hat als anderswo. „Wenn ich ein Rezept hätte, ich würde es überall hin verschenken“, sagt er.

Gemeinsam mit dem Institut für Rechtsextremismusforschung der Universität Tübingen (IRex) versucht die taz, vor den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg zu ergründen, warum bestimmte Gemeinden weniger leicht der

AfD verfallen als andere. Theoretische Erklärungen dafür gibt es einige: Profitieren Menschen von der gesellschaftlichen Modernisierung, leben eher städtisch und haben einen guten Zugang zu öffentlicher Infrastruktur, können sie weniger anfällig für rechtsextreme Propaganda sein. Das ist aber nicht zwingend der Fall. Viele Faktoren beeinflussen, wen Menschen wählen.

Um zu messen, welche das genau sind und wie sie wirken, haben die Sozialwissenschaftler des IRex eine ganze Reihe von Strukturdaten zusammengetragen: Bevölkerungsdichte, Altersdurchschnitt, räumliche Nähe zu einer Stadt mit Volluniversität, Steuereinnahmekraft pro Kopf und viele mehr. Schaut man sich die Strukturdaten verschiedener Gemeinden an, können sie potenziell Aufschluss über die politischen Neigungen ihrer Bewohner\*innen geben.

Nicht jedoch, wenn man Markkleeberg und Taucha vergleicht. Hier erklären die Daten wenig, denn beide Orte unterscheiden sich struk-

turell kaum. Von allen 12 im Leipziger Speckgürtel liegenden Gemeinden sind sie sich statistisch betrachtet am ähnlichsten. Zwar leben in Taucha mit fast 16.000 Bewohner\*innen etwa 9.500 Menschen weniger als in Markkleeberg, doch sind sie im Schnitt etwa gleich alt, der männliche Anteil der Bevölkerung ist mit ungefähr 48 Prozent ähnlich niedrig. Beide Gemeinden sind in den vergangenen Jahren leicht gewachsen. Der „Ausländeranteil“ beider Orte ist vergleichbar klein. In beiden sind geflüchtete Menschen dezentral untergebracht. Weshalb wählen weniger Menschen in Markkleeberg als in Taucha die AfD?

Schaut man sich im Markkleeberger Stadtkern um, sieht es dort kaum anders aus als im nahegelegenen linksalternativen Connewitz oder in der hippen Leipziger Südvorstadt. Die vielen Restaurants fühlen sich nach Großstadt an, zentral gelegene Stadtvillen erinnern an die gutbürgerliche Vergangenheit der Stadt.

Taucha hingegen besitzt den Charme einer ländlichen Kleinstadt. Rings um das hellgelbe Rathaus, das dem in Markkleeberg ähnelt, bestimmen zweistöckige Häuschen und ein paar Geschäfte das Stadtbild. Stadtauswärts, Richtung Leipzig, deuten sanierte DDR-Altneubauten und 1990er Jahre Neubauten auf eine eher proletarisch geprägte Stadtgeschichte hin. In den äußeren Ortsteilen mischen sich Wiesen, kleine Wäldchen, Mais- und Weizenfelder mit Einfamilienhäusern und Bauernhöfen.

Leben die Menschen in Markkleeberg städtischer als in Taucha und wählen deshalb seltener die AfD? Die Strukturdaten beider Gemeinden lassen diesen Schluss nicht zu. In beiden Orten fahren die Menschen ähnlich kurz zur nächsten Apotheke oder Hausärztin. Beide sind ähnlich dicht besiedelt. Taucha sogar etwas dichter. Aus dem Leipziger Zentrum reist oder pendelt es sich in beide Gemeinden etwa gleich kurz. Viel Grün und ländliches Leben gibt es auch im Markkleeberger Umland. Zwar etwas weniger Landwirtschaft, dafür mehr Wald. Und zwei idyllische ehemalige Tagebauseen, den Markkleeberger und den Cospudener See.

Hört man sich in Markkleeberg um, vermutet nicht nur Oberbürgermeister Schütze, dass der relativ hohe Wohlstand der Gemeinde der AfD die Tour vermiesen könnte. Auch Katja Kühn zum Beispiel, eine der umtriebigen Aktivistinnen des Orts, glaubt daran. „Den Menschen hier geht es finanziell sehr gut“, sagt sie. „Wer einen Dienstwagen hat oder sich einfach ein E-Auto kaufen kann, muss sich nicht sorgen, wenn die Politik ein Verbrennerverbot diskutiert.“ Außerdem sei der ÖPNV in Markkleeberg super ausgebaut.

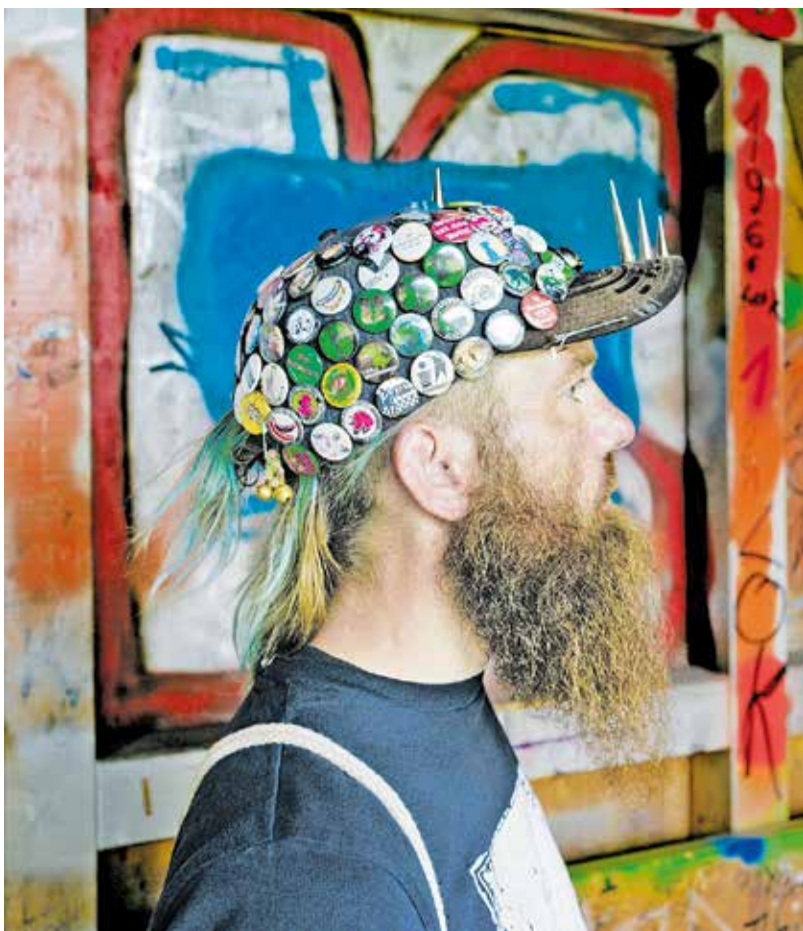
Kühn lebt schon viele Jahre in Markkleeberg. Als Ärztin für innere Medizin arbeitet die 49-jährige in einer Leipziger Praxis. In ihrer Freizeit engagiert sie sich vor allem klimapolitisch, gerade geht es ihr aber eher um das gesellschaftliche Klima des Freistaats. Einen heißen Montagmittag verbringt Kühn in der Markkleeberger Innenstadt: „Um aufzuklären“, sagt sie. Ihre Botschaft: „Die AfD ist keine Protestpartei.“

Vom Dönerladen läuft sie zur Stadtbibliothek und weiter zu einem Supermarkt. Klebt Plakate an Schaufenster, legt Flyer in Infoständer – und spricht mit neugierigen Passant\*innen. „Nicht die AfD wählen?“, fragt ein älterer Mann, der sich gerade einen Döner geholt hatte. „Nee, die AfD darf nicht stärkste Kraft werden. Viele Menschen in Sachsen leiden schon jetzt massiv unter dem zunehmenden Rechtsruck“, sagt Kühn. „Wen denn sonst?“, fragt der Mann. „Die Linkspartei, oder die Grünen“, entgegnet Kühn.

Markkleeberg sei Sachsens einkommensstärkste Gemeinde, sagt Oberbürgermeister Schütze tags zuvor im Rathausgarten. „Etwa 60 Prozent der leitenden Angestellten des Leipziger Uniklinikums leben hier. Und ein Großteil der Fußballer von RB Leipzig.“ Daten der Bundesagentur für Arbeit, die *Zeit Online* ausgewertet hat, belegen das und zeigen zudem: In ganz



Übersprayte  
Graffiti an  
einer Versicherungsfiliale in  
Taucha



Wenn er in Taucha rechte Sticker sieht, kratzt er sie ab: Seniorenassistent Klaus-Dieter Jacob

Ärztin und Aktivistin Katja Kühn informiert in Markkleeberg über die Landtagswahl



Ostdeutschland liegen die mittleren Gehälter fast nur in Markkleeberg über dem bundesweiten Durchschnitt.

Etwa 30 Minuten Fahrtzeit von Markkleeberg entfernt erklärt Tobias Meier im Tauchaer Rathaus, dass auch seine Gemeinde wirtschaftlich gut dastehe. Der 46-Jährige ist in Taucha aufgewachsen, hat jahrelang im Ort Kabarett gespielt und in Leipzig als Studioteiler beim Fernsehen gearbeitet. Seit 2015 ist er Tauchas Bürgermeister. Dieses Amt fülle er unabhängig von seiner FDP-Mitgliedschaft aus, sagt er, „für alle Menschen in Taucha“. Die meisten Tauchaer\*innen profitierten vom wirtschaftlichen Aufschwung im nördlichen Leipziger Umland, sagt Meier. „Porsche, BMW, Amazon sind nur wenige Kilometer entfernt: Viele Menschen aus Taucha arbeiten dort.“ Zudem hätten sich auch in Taucha einige kleine und mittelständische Unternehmen angesiedelt.

Die Daten der Bundesagentur für Arbeit bestätigen auch das. Die durchschnittlichen Einkommen der Tauchaer\*innen haben sich in den vergangenen Jahren positiv entwickelt und liegen sachsenweit im oberen Mittelfeld. Bundesweit sind sie jedoch leicht unterdurchschnittlich. Und gerade mittlere und hohe Einkommen sind in Taucha im Schnitt etwa 500 Euro geringer als in Markkleeberg. Erklärt das das unterschiedliche Wahlverhalten beider Gemeinden?

Bjarne Pfau vom Tübinger IRex sagt, das sei zu einfach gedacht. Dass Menschen rechtsextremen Parteien zustimmen, sei ein „multifaktorielles“ Problem. Es gebe also mehrere Gründe für Menschen, bei der Wahl ihr Kreuz rechtsaußen zu setzen. Wirtschaftlichen Ungleichheiten ausgesetzt zu sein, könne einer davon sein. Ein geringes Gehalt gehe jedoch auch häufig mit einem niedrigeren Bildungsabschluss einher. Das heiße aber nicht, dass Menschen mit weniger absolvierten Schuljahren und ohne Studium vermehrt die AfD wählen, sagt Pfau. Ein Universitätsabschluss bedeute zunächst nur, „dass Menschen in ihrer Ausbildungszeit womöglich ein weltoffeneres Miteinander erlebt und verinnerlicht haben“, sagt Pfau.

Die kürzlich veröffentlichten Daten des Zensus zeigen: In Markkleeberg haben die Menschen im Vergleich zu den Tauchaer\*innen etwas höhere Bildungsabschlüsse. Auch besuchen, anteilig betrachtet, mehr Markkleeberger Kinder das Gymnasium. „Bildungswege und der Zugang dazu, hängen in Deutschland stark von den Bildungsgraden und dem sozioökonomischen Status der Eltern ab. Das könnte auch in Markkleeberg die höhere Quote an Gymnasiast\*innen erklären“, sagt Pfau.

Fakten seien das eine, Gefühle das andere: „Wenn Menschen befürchten, ihr Status sei gefährdet, können sie empfänglicher sein für die Bedrohungsnarrative der AfD, dass beispielsweise ‚Ausländer‘ einem die gutbezahlten Jobs wegschnappen“, sagt Pfau.

Wie sich ihre Bewohner\*innen fühlen, das haben beide Gemeinden in den vergangenen Jahren in Bürgerbefragungen ermittelt. Etwa 500 Menschen aus unterschiedlichen Stadtteilen und gesellschaftlichen Gruppen haben in Taucha und Markkleeberg jeweils beantwortet, wie zufrieden sie in ihrer Gemeinde sind und welche Probleme sie dort sehen.

Zwar bewegen Statusverlust und Ungleichheit die Befragten in Taucha und Markkleeberg fast gleich wenig. Doch haben die Menschen in Taucha mehr Angst davor, Opfer einer Straftat, beispielsweise eines Fahrraddiebstahls zu werden. Das überrascht, denn laut der sächsischen Kriminalitätsstatistik 2022 ist Taucha sicherer als Markkleeberg. Dort wurden anteilig weniger Straftaten verübt, auch in 2021. Und obwohl die befragten Tauchaer\*innen im Schnitt bereits wesentlich häufiger die Polizei und das Ordnungsamt im Ort sahen, wünschten sie sich noch mehr Präsenz der Behörden. Die stärker verbreitete Angst vor Kriminalität und der kontrafaktische Wunsch nach mehr Sicherheit in Taucha könne bedeuten, „dass die Menschen dort empfänglicher sind für Wahlprogramme, die auf mehr innere Sicherheit und Abschottung pochen“, sagt Pfau.

Unterwegs in Taucha offenbaren sich schließlich Hinweise auf einen weiteren bedeutsamen Unterschied zwischen beiden Gemeinden, der sämtlichen Statistiken bisher entging. „D3W-Area“ und „NJR-Zone“ sind groß auf ein Stromhäuschen am Stadtpark zwischen einem Pflegeheim und dem Geschwister-Scholl-Gymnasium gesprüht. „D3W“ steht für die neonazistische Kleinstpartei Der 3. Weg. Die „NJR“ ist seine militante Nachwuchsorganisation Nationalrevolutionäre Jugend. Zwar sind einige der Schmierereien zum Teil überspritzt und nur noch ihre Konturen erkennbar, doch scheint die rechtsextreme Szene im Ort selbstbewusst zu agieren. Auch an einigen Straßenlaternen kleben Sticker, die gegen Antifaschist\*innen hetzen oder den Nationalsozialismus verherrlichen.

Das Portal chronik.LE, das rechtsextreme Vorfälle in und um Leipzig listet, verdeutlicht, dass Taucha eine durchaus lebendige rechtsextreme Szene beheimatet. 17 Vorfälle wurden dem Portal jeweils für die Jahre 2022 und 2023 gemeldet. In diesem Jahr waren es bereits 15. Zum Vergleich: Für Markkleeberg wurden dem Portal seit 2022 insgesamt 17 Vorfälle gemeldet.

In beiden Orten entfallen viele Meldungen auf die Kategorie „Propaganda“, wie beispielsweise das Verschandeln von Wahlplakaten mit rechtsextremen Botschaften. Doch auch andere Vorfälle listet das Portal, vor allem für Taucha. Im Sommer 2022 soll ein 14-Jähriger dort von zwei Jugendlichen mehrere Stunden lang festgehalten, geschlagen und misshandelt worden sein. Immer wieder habe es zudem rassistische Beleidigungen gegen als Migrant\*innen gelesene Personen gegeben.

Im Herbst 2023 haben Rechtsextreme zunächst mit rassistischer Hetze das örtliche Deutsche Rote Kreuz dazu bewegt, eine geplante Unterkunft für 20 unbegleitete Minderjährige nicht zu eröffnen. Wenige Wochen später wurde ein Mann namens Klaus-Dieter Jacob mehrfach angefeindet.

Jacob ist in Taucha aufgewachsen und Teil der aktiven Tauchaer Zivilgesellschaft, die versucht, den Rechtsextremen im Ort Einhalt zu gebieten. Der 40-jährige Seniorenassistent kennt die Spots der jungen Neonazis. Wenn er rechte Sticker sieht, kratzt er sie ab. Der Preis, den er für sein Engagement zahlt, ist hoch. „Seit ich begonnen habe, mich gegen die rechte Landnahme zu stellen, haben die Anfeindungen zugenommen“, sagt er. Auf den Kieker der Tauchaer „Faschos“ sei er jedoch

schon früher geraten, weil er punkig oder „links“ aussehe, Buttons und Kleidung mit antifaschistischen Botschaften sowie lange, teils bunte Haare trägt. Auch dass er die Drohungen gegen sich publik gemacht hat, passe der rechten Szene im Ort nicht, sagt er. Manche Orte müsse er heute zu bestimmten Zeiten meiden.

Die Rechtsextremisten seien besonders aufgrund ihrer Nähe zu den gewaltbereiten Hooligans des Fußballvereins Lok Leipzig gefährlich, sagt Jacob. „Zum Teil trainieren die zusammen Kampfsport. Lange gab es in Taucha ein privates Studio, den Imperium Fightclub.“ Die Nähe der Szenen ist auch auf der Straße sichtbar, an einigen Stellen mischen sich rechtsextreme und Lok-Leipzig-Propaganda.

Aber Jacob kämpft nicht allein. Gemeinsam mit anderen Tauchaer\*innen hat er den Verein Solidarische Alternative für Taucha (SAFT) aufgebaut. Seit mehreren Jahren organisiert diese Informationsveranstaltungen, meldet rechtsextreme Vorfälle, unterstützt Betroffene und entfernt im sogenannten Frühjahrsputz mit Jugendlichen rassistische und antisemitische Propaganda im Ort.

## In Markkleeberg gehen die Menschen geschlossen gegen rechts vor

Das gefalle nicht allen Tauchaer\*innen, sagt Jacob. Teile des Stadtrats und die Stadtgesellschaft würden rechtsextreme Vorfälle verharmlosen. „Das seien nur Jugendstreiche, wurde uns gesagt. Auch, dass es in Taucha kein Problem mit Rechtsextremismus gebe und wir das Ansehen des Ortes nicht beschädigen sollen.“ Der Tauchaer Bürgermeister Tobias Meier sagt, der Verein SAFT mache wichtige Arbeit, polarisiere jedoch auch. Deshalb werde der Verein von Teilen des Stadtrats kritisch gesehen.

In Markkleeberg scheinen Zivilgesellschaft und lokale Politik klarer und geschlossen gegen aufkeimenden Rechtsextremismus vorzugehen. Nachdem im Markkleeberger Hildebrand-Gymnasium rechtsextreme Schmierereien auftauchten, schloss sich die Schule 2021 der Initiative „Schule mit Courage“ an.

Der Markkleeberger Oberbürgermeister Karsten Schütze sagt, die Polizei und das Ordnungsamt im Ort seien auf rechtsextreme Propaganda sensibilisiert und würden diese unverzüglich entfernen lassen, wenn sie darauf stoßen. Oft gehe das schnell. „Meistens sind das dieselben paar Leute aus dem Lok-Leipzig-Umfeld. Nachdem sie am Bahnhof waren, müssen wir nach ihren Stickers und Schmierereien nicht lange suchen“, sagt Schütze und lacht.

Ärztin und Aktivistin Katja Kühn sagt, zwar könne in Markkleeberg noch viel mehr gegen rechts gemacht werden. Doch sei Rechtsextremismus im Ort verschrien. „Das sieht man auch an den Kommunalwahlen“, so Kühn. Nur einen Kandidaten konnte die AfD im Ort aufstellen. Stimmen erhielt sie dennoch für fünf Plätze, von de-

nen nun vier im neuen Stadtrat leer bleiben.

Auch in Taucha hätte die AfD fünf Stadträte stellen können. Hier war der Personalmangel weniger akut. Vier Personen zogen schließlich in den Stadtrat ein. Lange sei die AfD auch in Taucha verpönt gewesen, sagt Tobias Meier. Mittlerweile würden die Menschen dort jedoch offener sagen, dass sie die AfD wählten.

Weder ist Markkleeberg eine Hochburg des Antifaschismus noch Taucha eine rechtsextreme No-go-Area. Doch, so scheint es, ist rechtes und rechtsextremes Gedankengut in beiden Stadtgesellschaften ganz unterschiedlich stark normalisiert, gehört verschieden stark zum öffentlichen Leben und zum Alltag dazu: in Taucha mehr, in Markkleeberg weniger. Das könne durchaus erklären, weshalb die AfD in Markkleeberg weniger stark verfangt als in Taucha, sagt Bjarne Pfau vom Tübinger IRex. „Wenn weniger Menschen an einem Ort die AfD für wählbar halten, rechtsextreme Haltungen und Äußerungen als Problem empfinden und ihnen widersprechen, dann würden potenziell auch ihre Mitmenschen im Freundeskreis, Sportverein oder in der freiwilligen Feuerwehr kritischer darüber nachdenken, ob sie dieser Partei ihre Stimme geben wollen“, erklärt der Sozialwissenschaftler. Das funktioniere leider auch umgekehrt.

Weshalb Menschen an unterschiedlichen Orten rechtsextreme Positionen normaler finden als an anderen, könne historische Gründe haben, sagt Pfau. „Vierorts reichen rechtsextreme Denkmuster bis in die NS-Zeit zurück und überdauern Generationen.“ So offenbar auch verstärkt in Taucha. Nach taz-Recherchen erzielten rechtsextreme Parteien wie NDP und DVU dort bei allen Wahlen seit 1994 teils deutlich bessere Ergebnisse als in Markkleeberg.

Die Bundeszentrale für politische Bildung schreibt, dass besonders Kinder rechtsextremer Familien zu Neonazis werden – weil sie von klein auf mit Drill, Gehorsam, Gewalt oder menschenfeindlichen Denkmustern großgezogen werden. Ein Teil der alteingesessenen Tauchaer Bevölkerung wird seine Verflochtenheit mit dem NS-Regime kritisch aufgearbeitet und hinter sich gelassen haben. Womöglich nicht alle.

Wie verankert rechtsextremes Gedankengut in Teilen der Tauchaer Bevölkerung ist, wisse Bürgermeister Meier nicht. Er bemühe sich jedoch um eine aktive Erinnerungskultur und unterstütze sämtliche Gedenkveranstaltungen an die Opfer der NS-Diktatur, die im Ort stattfinden. Wichtig sei es aber auch, den Blick auf die vielen Menschen zu richten, die sich zivilgesellschaftlich für ein weltoffenes Taucha einsetzen, sagt er. Besonders ihr Engagement wolle er stärken. Als Begegnungsort sollen eine neue Bibliothek und ein Versammlungsraum entstehen.

Klaus-Dieter Jacob sieht vor allem die lokale Politik in der Pflicht, klar an der Seite der Zivilgesellschaft gegen Gewalt und Hetze im Ort vorzugehen. Der Verein SAFT forderte den Stadtrat in einem offenen Brief auf, der AfD-Fraktion gegenüber kritisch zu bleiben: „Den Feinden einer vielfältigen, offenen und demokratischen Gesellschaft sollten wir auf die Finger schauen, wenn sie versuchen sollten, Hand an die demokratischen Institutionen zu legen.“

## Morgen in der wochen taz

Am Kiosk oder im Abo • [taz.de/wochentaz](https://taz.de/wochentaz)

### Gesundheit

Krankenhäuser schließen, Hausärzt:innen fehlen, Notaufnahmen ächzen: In Freiburg wird deshalb nun ein neues Triage-System getestet

### Sehnsucht

Drei kurze Erzählungen von Schriftsteller:innen aus Osteuropa über die ungewisse Zukunft zwischen Russland und dem Westen

### Rückblick

Rita Süßmuth spricht über ein langes und erfülltes Leben in der Politik, das Altwerden und wie das damals war mit Helmut Kohl



## Prämie für Rente mit 69

Der Bund will die Anzahl der „Silverworker“ erhöhen

Von **Barbara Dribbusch**

Bisher sind sie eine kleine Minderheit: Beschäftigte, die die Regelaltersgrenze von inzwischen 66 Jahren erreichen und einfach weiterarbeiten, womöglich bei demselben Unternehmen. Ihre Rente nehmen sie nicht in Anspruch. Für jeden Monat Mehrarbeit erhöht sich dafür ihr Rentenanspruch um 0,5 Prozentpunkte. Wer dann drei Jahre später mit 69 Jahren tatsächlich in Rente geht, erhält auf diesem Weg also 18 Prozent mehr Rente, und zwar auf Lebenszeit.

Nach aktuellen Zahlen der Deutschen Rentenversicherung haben von den fast 1 Million Menschen, die 2023 neu in die gesetzliche Altersrente gingen, nur 44.800 ihr Ruhegeld durch einen Aufschub aufgebessert. „Den Renteneintritt aufzuschieben macht nur eine Minderheit“, sagt Dirk Manthey, Sprecher der Deutschen Rentenversicherung, der taz.

Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) will den späteren Renteneintritt nun attraktiver machen und die Zahl dieser „Silverworker“ erhöhen. Er plant eine einmalige „Rentenaufschubprämie“, allerdings nicht als Ergänzung, sondern als Alternative zum bisherigen Modell. Die entsprechende Änderung in den Sozialgesetzen soll Anfang September im Kabinett beschlossen und dann im Parlament beraten werden.

Nach den Heil'schen Plänen sollen Beschäftigte, die über die Regelaltersgrenze hinaus und ohne gleichzeitigen Rentenbezug bis zu drei Jahre länger sozialversicherungspflichtig arbeiten, bei Rentenbeginn eine einmalige Prämie ausgezahlt bekommen. Diese soll sich aus der monatlichen Rente multipliziert mit der Anzahl der aufgeschobenen Monate ergeben. Für drei Jahre Aufschub bei 1.100 Euro Rente bekäme man also eine einmalige Prämie von 39.600 Euro ausgezahlt plus den Anteil des Krankenkassenbeitrags, den die Rentenkasse durch den späteren Renteneintritt gespart hat. Insgesamt kämen im genannten Beispiel mehr als 40.000 Euro auf einen Schlag zusammen, sozialversicherungsfrei. Die monatlichen Rentenerhöhungen wie im aktuellen Modell fielen bei der Prämienzahlung weg, man kann sich aber beim Aufschub alternativ auch für eine monatlich höhere Rente entscheiden wie bisher.

Anja Piel, Vorstandsmitglied im Deutschen Gewerkschaftsbund, ist skeptisch. Diese „Rentenaufschubprämie“ sei nur für „diejenigen gut, die genug verdienen und gesund genug sind, den Rentenbeginn aufzuschieben“, so Piel in einer Presseerklärung. Dafür würden sie dann mit einer „beitragsfreien Nachzahlung belohnt“ und hätten gegenüber anderen einen Vorteil.

Die meisten Menschen wollen bislang ihre Rente mit Erreichen der Regelaltersgrenze erhalten, viele bessern diese aber auf. Rund 1,1 Millionen Rentner:innen gehen auch im Ruhestand einer Beschäftigung nach, die Mehrzahl davon hat Minijobs.

### brief des tages

#### Echte Prävention!

„Konsequenzen für das Asylrecht?“, taz vom 26. 8. 24

Wem sollte es letztendlich nützen, wenn die grausame Messerattacke nicht in Deutschland, sondern in Bulgarien ausgeführt worden wäre? Menschen sind überall Menschen. Warum unterstützt man nicht Ansätze, die einer echten Prävention nahekommen, wie zum Beispiel die angekündigten Bemühungen eines Islamwissenschaftlers aus Münster, der der Radikalisierung von jungen Muslimen im Vorfeld entgegenzutreten will? Warum kommen Politiker auf die Idee, Flüchtenden aufgrund ihrer Nationalität ihr Recht auf Beantragung von Asyl nehmen zu wollen? Wo bleibt hier das Bemühen, Sachverhalte und Zusammenhänge differenziert zu betrachten? Ich bin dankbar, dass die taz sich um einen Umgang mit eben auch schockierenden Sachverhalten bemüht und sich ihre Berichterstattung nicht von populistischen lauten Gebaren von Politikern diktieren lässt, denen es eigentlich eher um das Abschneiden bei Wahlen geht und die diese traurigen und ersten Themen missbrauchen. In der Berichterstattung fehlt sehr oft der Hinweis auf diesen Sachverhalt. Mich erschreckt das enorm.

Cäcilia Pawliczek-Edelkoetter

# Habeck kann sich auf Merz verlassen

Über Solingen und die Folgen sprechen die Grünen im Landtagswahlkampf ungerne. Der Vizekanzler wagt es in Leipzig – mit unfreiwilliger Hilfe des CDU-Chefs



Schwieriger Wahlkampf im Osten: Vizekanzler Robert Habeck in Erfurt  
Foto: Hannes P Albert/dpa

Aus Leipzig **Tobias Schulze**

Auf Friedrich Merz ist Verlass. Eben sah es kurz so aus, als ob die Stimmung im Saal abkühlt: von beinahe frenetisch zu gerade noch freundlich. Vizekanzler Robert Habeck sprach über den Terror von Solingen und die nötigen Konsequenzen, auch über Abschiebungen – nichts fürs grüne Herz also. Jetzt schwenkt Habeck aber um auf den Oppositionsführer und dessen Show vom Vortag. Merz' Ruf nach einer nationalen Notlage? „Das ist nicht Problemlösung, das ist unverantwortlich“, sagt Habeck. Und zack: Schon bekommt er wieder begeisterten Applaus.

Es ist Mittwochabend, vier Tage vor der sächsischen Landtagswahl, und die Leipziger Grünen begehen ihren Wahlkampfhöhepunkt mit Habeck als Star-gast. Es ist ein Heimspiel: Erstens ist die Großstadt eine grüne Insel im schwarz-blauen Freistaat. Zweitens tragen die Grünen sol-

che Veranstaltungen nur noch selten auf den Marktplätzen aus, wo sie leicht zu stören und zu sprengen wären. Habeck und die drei sächsischen Spitzenkandidat\*innen sprechen in einem Veranstaltungssaal. Wer dabei sein wollte, musste sich vorab anmelden.

Was heißt: Das Publikum besteht aus Grünen und Leuten, die es gut meinen mit den Grünen. Habeck erhält schon großen Applaus, als er die Bühne betritt und zwischendurch, als er über die Ukraine und die erneuerbaren Energien spricht.

Dann aber ist da eben noch das neue Wahlkampfthema: Der Anschlag von Solingen und die Migrationsdebatte, die sich daraus entsponnen hat. Die sächsischen Grünen halten sich aus der Diskussion bislang weitestgehend raus, anders als der Großteil ihrer Mitbewerber. Auf ihren Social-Media-Kanälen ist zu Solingen wenig zu finden. In Leipzig am Mittwochabend geht vor Habeck nur Justizministerin

Katja Meier auf das Thema ein – in zweieinhalb Sätzen, von denen sich zwei ebenfalls gegen die „populistischen Ratschläge“ von Friedrich Merz richten.

Die Leerstelle ist verständlich. Sollte die Debatte am Ende wahlentscheidend sein, wäre es zwar misslich, darin nur am Rande vorgekommen zu sein. Aber positionieren sich die Grünen eindeutig, können sie auch verlieren: Stellen sie sich offensiv gegen Verschärfung, ecken sie möglicherweise bei Wähler\*innen in der politischen Mitte an; machen sie Verschärfungen mit, könnten sie am anderen Ende des Spektrums verlieren.

Dazu kommt, dass das Thema über Sachsen hinaus auch innerparteilich nicht geklärt ist. Im linken Flügel gingen vielen schon die Asylrechtsänderungen der letzten Monate zu weit. Aufseiten der Realos dagegen fordert jetzt zum Beispiel Danyal Bayaz, Finanzminister von Baden-Württemberg, weitere „relevante Verschärfungen“.

Sicherheitsexpert\*innen der Bundestagsfraktionen veröffentlichten am Mittwoch ein Papier, in dem sie den Fokus etwas verschieben: Zunächst schreiben sie von einer „Zeitenwende im Inneren“, fordern mehr Geld und neue Strukturen für die Sicherheitsbehörden. Sie schreiben aber auch, dass die geltenden Abschiebebesetze „entschlüsselt“ angewendet werden sollten – nicht nur bei Straftäter\*innen und Gefährder\*innen: „Es darf nicht länger hingenommen werden, dass zehntausende Menschen, die aufgrund vorliegender Voraussetzungen abgeschoben oder überstellt werden könnten, im Land bleiben.“

Und Habeck? In einem ebenfalls am Mittwoch veröffentlichten Web-Video äußert er sich ähnlich. In Leipzig spricht er den islamistischen Terrorismus als „eines der großen Probleme unserer Zeit“ an. Schnell kommt auch er dann zur Migrationspolitik: Wer das Asylrecht missbrauche, verliere seinen Anspruch auf Asyl, müsse bestraft werden und danach das Land verlassen.

Der Vizekanzler wird zwar nicht konkreter und erklärt beispielsweise nicht, was das für die besonders umstrittenen Abschiebungen nach Syrien oder Afghanistan heißt. Aber was er sagt, reicht aus, um im Saal für Ruhe zu sorgen. Keine Hand bewegt sich zum Applaus. Den gibt es erst wieder, als Habeck im Anschluss mahnt, nicht alle Migrant\*innen über einen Kamm zu scheren.

Zum Glück gibt es eben Friedrich Merz und seine großen Forderungen dieser Woche: unbegrenztes Abschiebebewährsam, Aufnahmestopp für Syrer\*innen und Afghan\*innen, neue Hürden für Einbürgerungen. Man könnte sagen, der Oppositionschef treibe damit die Regierung vor sich her und bringe auch die Grünen in Zugzwang. Man könnte aber auch sagen, dass er die Grünen wieder zusammenbringt: So krass wie Merz will es immerhin keiner von ihnen.

## Wagenknecht will an den Tisch

Die BSW-Gründerin will bei etwaigen Koalitionsgesprächen in Erfurt und Dresden dabei sein. CDU blockt

Aus Dresden **Stefan Reinecke**

In Thüringen und Sachsen ist es gut möglich, dass die Christdemokraten nach der Wahl am 1. September nur mit dem Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) eine Regierung ohne die AfD bilden können. Allerdings kracht es im Vorfeld. Beide Seiten formulieren vorab Bedingungen für Gespräche – im Fokus steht die Rolle der Parteigründerin.

Der thüringische CDU-Spitzenkandidat Mario Voigt hatte erklärt, dass es mit dem BSW „keine Gesprächsgrundlage gibt, solange Sahra Wagenknecht aus dem Saarland heraus die Ansagen für Thüringen macht“.

Sachsens CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer hatte Wagenknechts Einfluss auf mögliche Sondierungen scharf kritisiert. Der Versuch, von außen zu bestimmen, was in Sachsen passiert, erinnere an „die Zeiten des Politbüros“. Wagenknecht habe ein „seltenes Talent, Dinge zu

zerstören“. Das klingt nicht nach einer Basis für vertrauensvolle Sondierungsgespräche. Die beiden CDU-Politiker hegen wohl den Verdacht, dass die BSW-Gründerin zu Thüringen und Sachsen nur ein instrumentelles Verhältnis hat.

Wagenknecht kontert nun. Der taz sagte sie am Rande ihres letzten Wahlkampfauftritts in Dresden am Mittwoch: „Wer mit uns koalieren will, sollte keine Angst haben, auch mit mir zu reden. Aber die eigentlichen Koalitionsverhandlungen werden natürlich unsere Kandidaten vor Ort führen.“ Sie habe „nicht den Ehrgeiz, sich wochenlang an spezialisierten Arbeitsgruppen“ zu beteiligen.

Allerdings besteht Wagenknecht darauf, am Anfang in Erfurt und Dresden dabei zu sein. „Wer mit uns koalieren will, muss mit den Spitzenkandidaten und mir gemeinsam über die großen Linien reden“, so Wagenknecht.



Das ist nicht trivial. Direkte Verhandlungen mit der Parteigründerin schließt die CDU in Erfurt und Dresden aus. Dass Bundespolitiker in Koalitionsverhandlungen in Ländern eingreifen, ist eher unüblich. Auch Katja Wolf, BSW-Spitzenkandidatin in Thüringen, sprach in der Vorwoche vage von enger Abstimmung mit der Parteichefin – aber nicht davon, dass diese über die „großen Linien“ mitverhandeln wird.

Wagenknecht hatte in der Zeit eine rote Linie für Regierungsbeteiligungen fixiert. In den Koalitionsverträgen müsste sich „die Landesregierung gegen endlose Waffenlieferungen an die Ukraine, für mehr diplomatische Bemühungen der Bundesregierung und gegen die US-Raketenpläne“ positionieren. Im Osten werden keine US-Raketen stationiert, über Diplomatie wird im Bund entschieden. Die praktischen Auswirkungen sind daher unklar.

In ihrer Rede am Mittwoch in Dresden vor ungefähr 1.000 ZuschauerInnen zog Wagenknecht Parallelen zwischen 2024 und „der Endzeit der DDR“. Wie 1989 hätten viele den Eindruck, dass es „die da oben nicht mehr packen“. Wagenknecht forderte zudem, im Ukrainekrieg auf Verhandlungen zu setzen. Kyjiw keine Waffen mehr zu liefern, so Wagenknecht, „wäre Solidarität mit der Ukraine“.

meinung + diskussion 12

# „Es gibt nicht die eine Maßnahme“

Trotz steigender Zahlen: Das Risiko, Opfer eines Messerangriffs zu werden, sei gering, so der Kriminologe Martin Thüne. Schärfere Verbote sieht er kritisch. Nötig sei etwas anderes

Interview  
Marie Sophie Hübner

**taz:** Herr Thüne, seit Monaten wird über Messerkriminalität diskutiert. Muss ich mir Sorgen machen, auf der Straße mit einem Messer angegriffen zu werden?

**Martin Thüne:** Zum mutmaßlich islamistischen Attentat in Solingen will ich mich zum jetzigen Zeitpunkt explizit nicht äußern. Dafür ist vieles noch zu unklar. Grundsätzlich gilt: Vorsätzliche Taten, bei denen Täter und Opfer einander überhaupt nicht kennen, sind statistisch gesehen eine Ausnahme. Gefährliche und schwere Körperverletzungen gehören generell zu den Straftaten, die verhältnismäßig selten begangen werden. Laut polizeilicher Kriminalstatistik sind davon knapp 6 Prozent Messerangriffe. 2023 waren das rund 9.000 Fälle. Eine Studie aus 2021 kam zum Ergebnis, dass das Risiko gering ist, zufällig im öffentlichen Raum Opfer eines Messerangriffs durch einen unbekanntem Täter zu werden.

**taz:** In welchem Umfeld werden die meisten Straftaten mit Messer begangen?

**Thüne:** Im sozialen Umfeld, etwa in Partnerschaften und Ex-Partnerschaften. Femizide sind hierbei ein besonderes Problem. Was bei Messerkriminalität generell eine Rolle spielt, ist die Verfügbarkeit. Das sehen wir auch am Beispiel von Schusswaffenkriminalität in den USA. Allerdings haben wir auch in Deutschland ein zunehmendes Problem mit illegalen Schusswaffen. Dieses Thema hätte ebenfalls deutlich mehr Aufmerksamkeit verdient, tritt aber weit hinter andere Debatten zurück.

**taz:** Laut Polizeistatistik ist die Zahl der Messerangriffe 2023 im Vergleich zum Vorjahr um 5,6 Prozent gestiegen. Wie groß ist das Problem?

**Thüne:** Das ist schwer zu sagen. Die Polizei hat erst vor wenigen Jahren angefangen, das Messer als Tatmittel zu erfassen – während der Pandemie. Wegen der Lockdowns, aber auch weil öffentliche Veranstaltungen wie Stadtfeste für längere Zeit ausgefallen sind, ist dieser Zeitraum keine geeignete Vergleichsgröße zu einem Leben, wie wir es jetzt wieder führen. Das heißt, es ist logisch, dass 2020, 2021 und wohl auch noch 2022 die Zahlen niedriger waren. Allerdings gibt es durchaus Hinweise, dass die Zahlen auch im Vergleich mit den Vor-Corona-Jahren moderat erhöht sind.

**taz:** Welche denn?

**Thüne:** Vor ein paar Wochen hat die Berliner Charité erklärt, dass die Anzahl der schweren Stichverletzungen, die sie versorgt, im ersten Halbjahr 2024 das Niveau vom gesamten Vorjahr erreicht hat. Derartige Befunde sind aber ausschnitthaft. Es betrifft hier ein sehr großes Krankenhaus in der größten Stadt der Republik. Wir haben leider keine gute, überregionale Datenlage. Trotzdem häufen sich die Hinweise, dass es eine Zunahme von Messerangriffen gibt. Allerdings nicht so exorbitant, wie es öffentlich vermittelt wird. Dies sagt nichts dar-



Messer als Tatwaffe werden erst seit kurzem statistisch erfasst  
Foto: Panthermedia/imago

über aus, wie schwer das Leid eines jeden einzelnen Opfers dieser Taten wiegt. Bei vollendeten Messerangriffen bedeutet dies oft erhebliche Verletzungen, bis hin zum Tod.

**taz:** Sie haben die Polizeiliche Kriminalstatistik mehrfach kritisiert. Wieso?

**Thüne:** Kriminalstatistiken sind Hellstatistiken, das heißt, sie enthalten nur das, was den Polizeibehörden bekannt wurde. Gezählt wird der Tatverdacht, der sich später teilweise zerschlägt. Ein Anstieg von Zahlen im Hellfeld kann auch aus einer Verschiebung aus dem Dunkelfeld resultieren. Wenn Taten häufiger öffentlich thematisiert werden, kann das dazu führen, dass sie mehr angezeigt werden. Zudem wird die Erfassung von Straftaten alle paar Jahre verändert.

**taz:** Die Polizeistatistik bildet also nicht die Realität ab?

**Thüne:** Richtig. Die Polizeistatistik spiegelt einen Ausschnitt dessen wider, womit die Polizei sich beschäftigt hat. Bei Wohnungseinbrüchen ist es zum Beispiel so, dass circa 90 Prozent aller Fälle angezeigt werden. Das hängt mit Versicherungsleistungen zusammen. Im Bereich bestimmter Sexualdelikte werden dagegen weit unter 10 Prozent der Taten angezeigt. Ich habe große Zweifel, dass die polizeilichen Daten für sich genommen überhaupt für politische Debatten der breiten Öffentlichkeit geeignet sind. Die Kriminalitätsrealität müsste ganzheitlicher erfasst werden. Das sehen auch einige Leute in den Polizeien so, die sich mit diesem Thema befassen.



**Martin Thüne** ist Professor für Kriminologie und lehrt an mehreren Polizeihochschulen in Deutschland. Er kritisiert die Polizeiliche Kriminalstatistik seit längerem.

**taz:** Innenministerin Nancy Faeser hat vorgeschlagen, dass man im öffentlichen Raum nur noch Messer mit einer Klinglänge von bis zu 6 Zentimeter bei sich tragen darf. Sie will Springmesser verbieten. Wie blicken Sie auf diese Verbote?

**Thüne:** Ambivalent. Ich kann verstehen, dass die Politik etwas gegen Messerkriminalität machen muss. Zugleich sind diese Maßnahmen kurzfristig und eher aktionistisch. Solche Verbote geben keine Antwort auf die eigentlich relevanten Fragen: Warum bewaffnen sich manche Menschen mit Messern und setzen sie ein? Warum tun andere genau das nicht?

**taz:** Für wie sinnvoll halten Sie Messerverbotzonen?

**Thüne:** Auch hier haben wir wenige Daten und widersprüchliche Befunde. Diese Zonen haben einen kurzfristigen, aber eher keinen nachhaltigen Einfluss auf das Kriminalitätsgeschehen. Speziell ideologisch motivierten Tätern dürfte es kaum darauf ankommen, was im Waffennrecht steht und ob man sich in einer Waffenverbotszone befindet.

**taz:** Ein Thema, das in der öffentlichen Debatte immer wieder mit Messerkriminalität in Verbindung gebracht wird, ist Migration. Welche Rolle spielt die Nationalität von Tätern/innen?

**Thüne:** Auch hier haben wir wieder ein komplexes Bild, was an wenig beziehungsweise schlechten Daten liegt. Aktuelle Auswertungen zeigen: Nichtdeutsche Tatverdächtige sind im Verhältnis überrepräsentiert, zugleich begehen Täter mit deutschem Pass aber je nach Region zwischen circa 50 und 70 Prozent aller entsprechenden Taten. Deshalb erscheint es mir wenig sinnvoll, dass die Debatte auf die Herkunftsfrage verkürzt wird. Ein Grund dürfte sein, über welche Taten medial und politisch diskutiert wird. Die Medienforschung zeigt, dass häufiger über Taten berichtet wird, bei den Menschen mit Zuwanderungsgeschichte die Täter sind und die im öffentlichen Raum stattfinden. Es wird seltener über Taten

berichtet, die von Deutschen sowie in den eigenen vier Wänden begangen werden.

**taz:** Welche Faktoren sind entscheidend? Wer greift jemand anderen mit einem Messer an?

**Thüne:** Wenn Menschen Gewalt erfahren haben, dann ist es statistisch gesehen wahrscheinlicher, dass sie selbst gewalttätig werden. Aber auch das ist verkürzt, denn es gibt sehr viele unterschiedliche Tätertypen und relevante Faktoren. Grundsätzlich wäre es wichtig, in soziale Arbeit und breit angelegte Programme für Gewaltprävention zu investieren. Ich habe nicht kategorisch etwas gegen kurzfristige Maßnahmen, aber es darf nicht mit diesen aufhören.

**taz:** Mit welchen Präventionsmaßnahmen würden Sie ansetzen?

**Thüne:** Es gibt nicht die eine Maßnahme. Wir haben unterschiedliche Tat kategorien, vom geplanten Mord über häusliche Gewalt, von spontanen Gruppendynamiken im öffentlichen Raum über langfristige Suchtproblematiken und psychische Erkrankungen. Grundsätzlich muss man bei der Gewaltprävention ansetzen. Mir ist kein wirksames Präventionsprogramm bekannt, was sich speziell auf Messerkriminalität beziehen würde. In der Jugendarbeit und sozialen Arbeit stehen insgesamt zu wenig Ressourcen zur Verfügung, um das Problem wirkungsvoll anzugehen. Da hilft mir dann auch die größte Waffenverbotszone wenig.

**taz:** Was wünschen Sie sich für die öffentliche Debatte über Messerkriminalität?

**Thüne:** Ich wünsche mir, dass wir das Problem ernst nehmen, aber auf eine andere Weise als momentan. Mit kurzfristigen Maßnahmen sorgen wir dafür, dass sich Probleme schleicht verschärfen, dass es noch mehr Vorbehalte gegenüber Jugendlichen, Zugewanderten und Flüchtlingen gibt. Ich würde mir einen nüchternen und faktenbasierten Umgang wünschen. Das bedeutet nicht, Probleme, Dinge wegzureden, sondern zu erforschen: Was sind Maßnahmen, die wirklich etwas bringen?

## Abschiebungen: Mo bis Do, 9 bis 14 Uhr

NRWs Integrationsministerin erläutert, woran die Rückführung von Issa al H. scheiterte

Aus Düsseldorf **Andreas Wyputta**

Sechs Tage nach dem mutmaßlich islamistischen Anschlag von Solingen hat Nordrhein-Westfalens Landtag mit der Aufarbeitung der tödlichen Messerattacke begonnen. Dabei erklärte die grüne Landesintegrationsministerin Josefine Paul, sich für schnellere Rückführungen und Abschiebungen ausreisepflichtiger Migrant:innen einsetzen zu wollen.

Ihr Kabinettskollege, NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU), mahnte außerdem eine bessere Ausstattung der Geheimdienste an, um schneller auf mögliche radikalisierte Gefährder:innen aufmerksam zu werden. Zusätzlich kündigten die Regierungsfractionen von CDU und Grünen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses an, der mögliche Fehler und Versäumnisse im Zusammenhang mit dem Attentat aufklären soll.

Bei der von der oppositionellen SPD beantragten gemeinsamen Sondersitzung des Innen- und Integrationsausschusses stellte sich Reul vor die Sicherheitskräfte. Die Reaktionszeit der Polizei habe „bei null“ gelegen, da sich zur Tatzeit am Freitag vergangener Woche um 21.37 Uhr mehr als ein Dutzend Polizist:innen auf dem Fronhof befunden hätten – wenn auch nicht in unmittelbarer Nähe des aus Syrien stammenden Tatverdächtigen Issa al H. Bereits um 21.59 Uhr sei dann das Polizeipräsidium Düsseldorf als übergeordnete Behörde, vier weitere Minuten später dann „alle Sonder-einsatzkommandos in NRW“ alarmiert worden.

Zudem habe sich der mutmaßliche Täter am folgenden Samstag nicht, wie bisher von vielen Medien berichtet, freiwillig der Polizei ge-

„Hetze hilft nicht weiter“

**Herbert Reul**, CDU, Innenminister von Nordrhein-Westfalen

stellt, erklärte der NRW-Innenminister. Vielmehr sei er einer Polizeistreife „wegen seiner Kleidung und Verhaltens“ als verdächtig aufgefallen und daraufhin von den Beamten:innen „festgenommen“ worden.

Reul warnte vor der „Versuchung“, das Attentat zu „instrumentalisieren“ und alle Asylsuchenden unter Generalverdacht zu stellen: „Hunderttausende sind dankbar für den Schutz, den wir Ihnen gewähren“, so der Christdemokrat: „Hetze hilft nicht weiter.“

Die grüne Integrationsministerin Paul, die sich seit Tagen Fragen nach ihrer politischen Mitverantwortung für das Attentat stellen muss, erläuterte im Detail, warum sich der mutmaßliche Täter, der bereits seit 2023 ausreisepflichtig war, überhaupt noch in Deutschland aufhalten konnte. Issa al H. hatte zunächst in Bulgarien einen Asylantrag gestellt – und damit wäre das südosteuropäische Land nach dem Dublin-Übereinkommen für ihn verantwortlich gewesen.

Bereits am 20. Februar 2023 habe das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge seine Ausweisung aus Deutschland angeordnet, so Paul. Ein Abschiebeflug sollte am 5. Juni 2023 gehen – doch Mitarbeiter:innen der Zentralen Ausländerbehörde Bielefeld trafen Issa al H. in seiner damaligen Flüchtlingsunterkunft in Paderborn nicht an. Ein weiterer Abschiebeflug wurde nicht gebucht, da eine Frist von sechs Monaten eingehalten werden müsse, erklärte die Ministerin.

Die seit dann im Juli 2023 abgelaufen – und bis dahin seien keine neuen Abschiebeflüge greifbar gewesen. Dies liege an restriktiven Regelungen Bulgariens: So erlaube das Land Abschiebungen ausschließlich auf dem Luftweg und von Montag bis Donnerstag von 9 bis 14 Uhr. Charterflüge würden nicht akzeptiert. Daher könnten bundesweit nur „10 bis 15 Prozent“ der nach dem Dublin-Übereinkommen Ausreisepflichtigen „zurückgeführt“ werden, sagte Paul – und mahnte Nachbesserung durch den Bund an.

Gleichzeitig deutete die Ministerin aber auch Fehler der ihr unterstellten Behörden an: So habe sie bereits angewiesen, dass die Zentralen Ausländerbehörden künftig Zugriff auf die Anwesenheitslisten der Landesunterbringungseinrichtungen erhalten sollen. Diese seien künftig verpflichtet, zu melden, „wenn eine Person, die nicht angetroffen wurde, wieder da ist“.

bundes **talk** 



**bundestalk**

## Kippt der Osten nach rechts?

Bei den Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen drohen Siege der AfD. Wird das Messer-Attentat in Solingen das Wahlergebnis beeinflussen?

Darüber diskutiert **Stefan Reinecke** mit **Sabine am Orde**, **Kersten Augustin** und **Gareth Joswig**.

**Jetzt hören!**





Bernhard Pötter  
Wir retten die Welt

## Legal, klimaneutral, scheißegal

Ich weiß gar nicht, was ich an der Schweiz am meisten mag: die Engadiner Nusstorte oder den Engadiner Skimarathon; das fantastische Baden in der Limmat in Zürich oder im Vierwaldstätter See; die Älpler Makkaroni auf der Berghütte oder die schräge Guggenmusik mit den noch schrägeren Masken in der Luzerner Fasnacht. Oder vielleicht doch diese No-Bullshit-Haltung, mit der sie abenteuervoll und gleichzeitig respektvoll in die Berge gehen, immer mit einem Zug zur Anarchie. Der Rest der Welt liebt die Schweiz vor allem wegen ihrer pünktlichen Züge und ihrer staubtrockenen Seriosität: die Sicherheit der Banken, die Stabilität der Politik, die produktive Langeweile der UNO in Genf. Die Schweiz ist erbaut auf politischem Kompromiss und dem Respekt vor den Gesetzen.

Und dann das: Am Mittwoch erklärte der Bundesrat (die Regierung): Nö, an das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte gegen die Schweiz fühlen wir uns nicht gebunden und werden uns auch nicht daran halten. Das Gericht hatte im Frühjahr überraschend der Klage der Schweizer „Klima-Seniorinnen“ stattgegeben, die für die Klimapläne der Eidgenossen mehr Ehrgeiz gefordert hatten. Eine überraschende juristische Klatsche für die Konsensrepublik. Und die Schweizer Regierung sagt dem Gericht und dem europäischen Rechtssystem für Menschenrechte jetzt offen und offiziell: Ihr könnt uns mal.

Aber Achtung: Niemand sollte denken, das sei nur so bei unseren Nachbarn, den Meideidgenossen. Auch in Deutschland ist auffällig: Gerade Konservative und Wirtschaftsliberale, die normalerweise in „rechtsfreien Räumen“

## Die Schweiz sollte vor Scham rot wie Alpenglühn werden

den Untergang des Abendlandes sehen, werden zu Systemsprengern, wenn sie in Klima- und Umweltdingen vor Gericht unterliegen. Dann hilft auch der feierlichste Schwur auf die freiheitliche demokratische Grundordnung und den Rechtsstaat nicht mehr. Dann ist es diesen Politpunkten einfach scheißegal, ob das Bundesverfassungsgericht fordert, dass mehr für den Klimaschutz getan werden muss – man macht ein Klimaschutzgesetz mit starken Zielen und schwachen Maßnahmen, die man nicht umsetzt. Rechtsfolge: nix. Dann kommt die nächste Regierung und verstößt jahrelang gegen das Gesetz. Rechtsfolge: gar nix. Und dann ändert die Regierung das Gesetz, ohne auch nur ernsthaft probiert zu haben, es einzuhalten, etwa im Verkehr.

Auch sonst greift in Ökofragen die wildeste Anarchie um sich: Wenn Umweltschutzgruppen wie die Deutsche Umwelthilfe (DUH) Rechtsbruch monieren, gegen dreckige Luft, Untätigkeit der Behörden oder Nichteinhalten der Regeln vor Gericht ziehen und immer wieder recht bekommen – dann debattiert das Parlament lieber, ob die DUH noch gemeinnützig ist. Wenn die Bundesländer ihrer Pflicht nicht nachkommen, genug Windflächen auszuweisen oder bei der Suche nach einem Atomendlager zu helfen, kommt kein Gerichtsvollzieher. Wenn Deutschland die Umsetzung von EU-Richtlinien blockiert, gilt das als normale Politik. Wenn die Dieselgauner von VW ihre Kunden und die Umwelt mit Milliardensummen betrügen, deckt sie die Politik und die Justiz lässt sich sehr viel Zeit. Wenn wir alle rechtsstaatlich absegneten Regeln gegen den Flächenfraß missachten, genehmigte Stromtrassen oder Windparks boykottieren oder jahrzehntelang gegen gesetzliche (!) Grenzwerte für Luft, Wasser oder für Gülle im Boden verstoßen – dann sieht darin niemand einen Angriff auf den Rechtsstaat. Aber wenn jemand vor Autos und Flugzeugen sitzt und den Urlaubsverkehr stört, soll er für zwei Jahre ohne Bewährung in den Knast.

Jawohl, die Schweiz sollte vor Scham rot wie Alpenglühn werden und ihre „It doesn't Matter-horn“-Politik schleunigst korrigieren. Aber wir sollten uns zuerst an unsere deutsche Kartoffelnase fassen und uns erinnern: Was die Alpen zusammenhält, ist der Permafrost. Was unsere Gesellschaft zusammenhält, ist der Respekt vor dem Recht. Weil beides gleichzeitig bröckelt, haben wir ein ernstes Problem.

## Zahl des Tages

# 1,9 Prozent

Die Verbraucherpreise in Deutschland sind im August nach vorläufigen Angaben weniger stark gestiegen als erwartet. Die Teuerungsrate im Vergleich zum Vorjahresmonat lag bei **1,9 Prozent**, wie das Statistische Bundesamt am Donnerstag in einer ersten Schätzung mitteilte. Im Juli hatte die Inflation bei 2,3 Prozent gelegen. Ausschlaggebend für die abgeschwächte Teuerung ist den Daten der Statistiker zufolge ein starker Rückgang der Energiepreise um 5,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. Die Preise für Nahrungsmittel stiegen um 1,5 Prozent und damit weiterhin unterdurchschnittlich stark. Allerdings war der Preisauftrieb hier im Vormonat mit 1,3 Prozent noch niedriger ausgefallen. (afp)

## Schweiz ignoriert Klima

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hatte den „KlimaSeniorinnen“ Recht gegeben. Doch jetzt weist der Schweizer Bundesrat das Urteil zurück

Von Anton Dieckhoff

Der Schweizer Bundesrat – also das wichtigste Regierungsorgan der Schweiz – hat am Mittwoch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) zum Schweizer Klimaschutz kritisiert. Der Gerichtshof hatte im April nach einer Klage der Klimaschutzgruppe „KlimaSeniorinnen“ geurteilt, dass die Schweiz nicht genug getan habe, um ältere Menschen vor dem Klimawandel zu schützen. Nun stellt die Schweizer Regierung infrage, ob der EGMR über dieses Thema hätte urteilen dürfen und ob der Gerichtshof Befugnis dazu hat, sich in der Schweiz einzumischen.

In dem am Mittwoch veröffentlichten Statement betont der Bundesrat, dass die Schweiz den EGMR zwar achte. Dieser

habe jedoch mit dem Urteil im April seine Kompetenzen überschritten. „Die Rechtsprechung darf nicht zu einer Ausweitung des Geltungsbereichs der Europäischen Menschenrechtskonvention führen“, heißt es in der Stellungnahme.

Das Urteil hat laut Reto Knutti, Klimaphysiker an der ETH Zürich, nur dazu geführt, dass über die Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofes diskutiert wurde – und nicht über konkrete Maßnahmen zum Klimaschutz in der Schweiz. „Dabei ist das am dringendsten“, sagt Knutti. „Die Schweiz hat für den Zeitraum nach 2030 keinen Plan, um klimaneutral zu werden.“

Die Schweiz hatte am 15. März dieses Jahres ein erneuertes Klimagesetz präsentiert, das die Klimaschutzmaßnahmen bis

2030 definiert. Im vergangenen Jahr setzte die Regierung das Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien in Kraft. Diese Gesetze hat der EMGR in seiner Rechtsprechung nicht beachtet. „In der Vergangenheit hat die Schweiz nicht genug getan, um das Ziel netto-null Treibhausgas zu erreichen“, sagt Klimaphysiker Knutti. „Die neuen Gesetze ändern daran aber wenig.“

Auch Greenpeace Schweiz kritisiert den Bundesrat: „Würden alle so handeln wie die Schweiz, würde sich die Erde um bis zu 3 Grad erwärmen.“ Das Statement sei ein Schlag ins Gesicht der KlimaSeniorinnen und damit aller älteren Frauen, die besonders unter den Folgen des Klimawandels leiden. Der Bundesrat greife mit seiner Position die Menschenrechte an.

## Wissen, wie viel das Essen kostet

Verbraucherzentralen wollen Lebensmittelpreise beobachten, um ungerechtfertigten Preiserhöhungen auf die Spur zu kommen. Frankreich ist schon Vorbild dafür



Wie die Schiebetür: Lebensmittelpreise sollten transparent sein, sagt der vzbv  
Foto: Hoermann/Sven Simon/imago

Von Wolfgang Mulke

Weniger in der Packung bei gleichem Preis oder billige Rohstoffe auf der Zutatenliste: Das sind Erfahrungen, die Kunden im Supermarkt in den letzten Jahren immer wieder machen. „Die Verbraucherzentralen haben im vergangenen Jahr so viele Mogelpackungen gefunden wie nie zuvor“, stellt Ramona Pop, Chefin des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv) fest. Neben solchen verdeckten Preiserhöhungen gab es teilweise offene Steigerungen, abgekoppelt von der allgemeinen Teuerung. 2023 stiegen die allgemeinen Lebenshaltungskosten um 5,9 Prozent, während Verbraucher für Lebensmittel 12,4 Prozent mehr ausgeben mussten.

Warum das so ist, scheint niemand genau zu wissen. „Lebensmittelpreise sind eine Blackbox“, sagt Pop. Um das zu ändern, plädiert der vzbv für eine unabhängige Transparenzstelle, die die

Kosten aller an der Erzeugung, der Verarbeitung und am Vertrieb beteiligten Akteure offenlegt. So sollen ungerechtfertigte Preiserhöhungen schneller auffallen. In anderen Ländern gibt es das bereits, etwa in Frankreich. Aus dem Bericht der dort zuständigen Stelle an das Parlament

„Eine Preisbeobachtungsstelle kann unfaire Praktiken aufdecken und so Verbraucher vor zu hohen Preisen an der Ladentheke schützen“, hofft Pop. Laut Pop geben die Deutschen im Durchschnitt zwar nur 11 Prozent ihres Budgets für Nahrungsmittel aus. Doch bei Ge-

markt Informations-Gesellschaft (AMI) untersuchen lassen. Das Ergebnis wurde nun vorgestellt: Eine Beobachtung der Preisentwicklung entlang der gesamten Wertschöpfungskette bei Lebensmitteln ist demnach umsetzbar.

AMI-Studienautor Hans-Christoph Behr zeigt am Preis für ein Kilogramm Tomaten in Deutschland 2019, wie er transparent dargestellt werden kann. Die Verbraucher zahlten 2,59 Euro. 17 Cent davon kassierte das Finanzamt an Mehrwertsteuer. Zwei Euro bezahlte der Händler beim Einkauf. Das machte eine Bruttomarge von 42 Cent für den Supermarkt. Der Anbieter der Tomaten wiederum erwarb die Rohware für 1,17 Euro beim Erzeuger. Abzüglich seiner Kosten blieben 18 Cent als Marge übrig. Bei den Landwirten am Anfang der Kette kam ein Plus von 16 Cent heraus. Der Rest ging für den Anbau, die Ernte oder die Heizenergie drauf.

Viele für die Preiszusammensetzung benötigte Daten liegen schon vor. Die Europäische Kommission hat im April 2024 das „Agriculture and Food Chain Observatory“ (AFCO) gegründet, das die Preise EU-weit beobachten soll. Der vzbv will, dass sich Deutschland in Brüssel für einheitliche Berichtspflichten in den Mitgliedstaaten einsetzt. Die Bundesregierung solle die Transparenzstelle bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) ansiedeln, die dem Bundeslandwirtschaftsministerium unterstellt ist. Die Ergebnisse der Marktbeobachtung soll das BLE einmal jährlich in einem Bericht an den Bundestag zusammenfassen. Allerdings gab der Bund bisher keine entsprechenden Pläne bekannt.

Laut Pop könnten die Datenlücken bei Preisen und Kosten durch Meldeverordnungen geschlossen werden. Ein Ziel sei auch die Kooperation mit land- und ernährungswirtschaftlichen Organisationen, um vorhandene Daten nutzbar zu machen.

meinung + diskussion 12

**SOCIAL MEDIA SEIT 1979**

taz zeitung für morgen

10 WOCHEN NUR 10 EURO TAZ.DE/ABO

geht zum Beispiel hervor, dass von einem Liter H-Milch zum Ladenpreis von 88 Cent 24 Cent beim Bauern, 36 Cent bei den Verarbeitern und 23 Cent beim Handel landen. Dazu kommt noch die Mehrwertsteuer.

ringverdienern mit weniger als 1.300 Euro im Monat verschlingt der Einkauf fast ein Viertel des Einkommens.

Ob die Umsetzung des vzbv-Vorschlags möglich ist, hat der Verband von der Agrar-

# „Die merken sich, wo sie Blumen gesetzt haben“

Gerade in Großstädten brauchen Kinder Kontakt mit der Natur, sagt der ehemalige Grundschullehrer Stefan Behr. Wie seine Idee von blühenden Schulhöfen dabei hilft

Interview  
Heike Holdinghausen

**taz: Herr Behr, wer bevölkert den Schulhof in der Hamburger Ganztagsgrundschule Sternschanze?**

**Stefan Behr:** Na erst mal Hunderte von Kindern im Grundschulalter. Dazu kommen unzählige Insekten und Vögel, zum Beispiel Rotkehlchen, Meisen und ein Buntspecht. Im Frühsommer hat die Deutsche Wildtier Stiftung auf unserem Schulhof Arten gezählt. Sie ist dabei auf 107 Stechimmenarten gekommen, also Hautflügler wie etwa Bienen oder Wespen. Von den 107 erfassten Arten waren 55 Wespenarten und 52 Wildbienenarten, darunter fünf, die auf der roten Liste der bedrohten Tiere stehen. Zwei davon sind sogar erstmals in Hamburg gesehen worden! Und das auf einem vorher stinknormalen Schulhof.

**taz: Wie wird denn ein Schulhof zu einem grünen Schulhof?**

**Behr:** „Grün“ trifft es nicht, es ist ein blühender Schulhof! Pflanzen gab es vorher ja auch, das typische Immergrün, keine heimischen, sondern exotische Pflanzen. Honigbienen und Hummeln kommen auch mit nordamerikanischen Sonnenblumen klar, aber viele Spezialisten sind wählerischer. Es geht also nicht darum, Rabatten anzulegen oder Bäume zu pflanzen, sondern heimische Wildpflanzen in großer Vielfalt einzubringen, den gelb blühenden Gilbweiderich etwa, diverse Glockenblumenarten, Margeriten, Königskerzen und Natternkopf, alle in der Wildform natürlich. Einige Flächen haben wir entsiegelt, wir haben heimische Büsche gepflanzt. Das waren vermeintlich kleine Maßnahmen, die aber in dem hochverdichteten Hamburger Schanzenviertel erstaunlich effektiv waren. Zum Beispiel haben wir jetzt die seltene Wald-Schenkelschnecke bei uns, die braucht nun mal den Gilbweiderich. Zitronenfalter hingegen sind auf Faulbaum und Kreuzdorn angewiesen, nur dort legen sie ihre Eier ab. Ohne diese Pflanzen gibt es keine Zitronenfalter.

**taz: Kommen sich Kinder und Tiere nicht ins Gehege?**

**Behr:** Einmal hat ein Specht nach einem Kind gehackt. Der brütet in einem Klettergerüst, das Kind kam seinem Nest zu nahe. Inzwischen hängt da ein Schild „Vorsicht Specht“. Es ist nichts passiert, das Kind hat sich nur erschreckt. Es folgte die Erkenntnis, dass Wildtiere ihre Küken und Jungen verteidigen.

**taz: Was können Kinder auf dem Schulhof noch lernen?**

**Behr:** Das ist die falsche Frage. Die Kinder sollen nicht in erster Linie lernen, sondern beiläufige Naturerfahrungen machen können, um so Interesse an ihrer Umwelt zu entwickeln. Das ist die Basis, von der aus sie ins Lernen kommen. Seit fünf Jahren gibt es für die Zweit- und Drittklässler eine „Naturzeit“.

**taz: Was können Kinder auf dem Schulhof noch lernen?**

**Behr:** Das ist die falsche Frage. Die Kinder sollen nicht in erster Linie lernen, sondern beiläufige Naturerfahrungen machen können, um so Interesse an ihrer Umwelt zu entwickeln. Das ist die Basis, von der aus sie ins Lernen kommen. Seit fünf Jahren gibt es für die Zweit- und Drittklässler eine „Naturzeit“. Jede Woche sind sie anderthalb Stunden in der Woche mit einer Naturpädagogin und einem oder einer Lehrer/in draußen. Mitte der zweiten Klasse geht es los, also im Februar. Da sind einige Kinder nicht so begeistert, und manchmal dauert es eine Weile, bis sie eine ange-



messene Kleidung mitbringen. Aber schließlich freuen sie sich darauf.

**taz: Was machen die Kinder in der Naturzeit?**

**Behr:** Unterschiedlich, es gibt jahreszeitliche Themen, oder sie bekommen Becherlupen und befassen sich mit Pflanzen oder Wildbienen oder mit der Bodenbeschaffenheit. Nachdem es neulich wochenlang geregnet hat, ging es um Schnecken: Die Kinder haben Schneckenhäuser gesammelt. Die Pädagog:innen berichten, dass die Schüler:innen ihnen innerhalb des Jahres immer mehr von eigenen Naturbeobachtungen erzählen, vom Balkon, im Urlaub, vom Schulweg. Unser Schulhof schließt Kinder für das Thema Natur auf, selbst in einer Großstadt wie Hamburg. Es ist für Kinder von Woche zu Woche spannend, es ist ja das Eigentümliche von Naturerfahrungen, dass die Natur einen immer wieder überraschen kann. Neulich saß zum Beispiel ein Krähenküken in einer Holzhütte, es war aus dem Nest gefallen.

## Schulhöfe im Klima-Check

**Grün und schattig?** Oder betongrau? „Es ist erschreckend, dass die meisten der über 32.000 Schulhöfe in Deutschland immer noch aus grauen Asphaltwüsten bestehen“, sagt Sascha Müller-Kraenner von der Deutschen Umwelthilfe. Mit dem Deutschen Kinderhilfswerk fordert der Verband naturnahe und klimaangepasste Schulhöfe.

**Warum?** „Schülerinnen und Schüler brauchen naturnah gestaltete Außenräume, die Aufenthalt und Unterricht an der frischen Luft, in grüner und anregender Umgebung gewährleisten“, sagt Holger Hofmann vom Kinderhilfswerk. Unter duh.de/projekte/gruene-schulhoeffe sollen Bürger:innen ihre Verwaltung auf Schulen mit Bedarf hinweisen können. (taz)

**taz: Was haben Sie gemacht?**

**Behr:** Gar nichts, wir haben es beobachtet und in Ruhe gelassen, die Mutter war im Hintergrund. Solche Beobachtungen sind wertvoll und notwendig. Unsere Kinder haben so etwas nicht, wenn wir es nicht für sie inszenieren. Es wäre natürlich toll, wenn wir in Großstädten Brachflächen hätten, auf denen heimische Wildpflanzen wachsen und Kinder rumtoben können. Aber so was gibt es nicht mehr.

**taz: Aus dieser Beobachtung heraus haben Sie die Idee eines Naturerlebnis-Schulhofs entwickelt?**

**Behr:** Ich habe vor 12 Jahren einen Kleingarten in der Nähe von Hagenbecks Tierpark übernommen. Ich bin ziemlich schnell zum naturnahen Gärtnern gekommen, das hat mich total angefixt und ich habe das sehr leidenschaftlich umgesetzt. Mit der Zeit habe ich einen anderen Blick auf unseren Schulhof bekommen, auf die gepflasterte Fläche, die langweilige Vegetation. Das wollte ich ändern.

**taz: Wie geht man das an?**

**Behr:** Es braucht eine Initialzündung; von wem die kommt, ist egal. Wichtig ist, dass die Nutzergemeinschaft involviert sein muss. Es ist sinnlos, wenn eine Kommune hingehht und sagt: Wir setzen euch da jetzt einen naturnahen Schulhof hin. Das funktioniert nicht. Die Kinder müssen von Anfang an eingebunden sein, von der Planung bis zur Umsetzung und gerne auch Finanzierung. Die Schüler:innen können zum Beispiel einen Spendenlauf organisieren. Sie müssen sich mit dem Gelände identifizieren. Dazu pflanzen bei uns die Erstklässler:innen in jedem Herbst Hunderte von Frühblühern, am zweiten Standort machen es die Zweitklässler:innen. Die merken sich, wo sie die Blumen gesetzt haben, und flitzen im Frühjahr hin und gucken, wo da was wächst. Vieles ist allerdings umzäunt, sonst würde das kindliche Spiel alles kaputt machen.

**taz: Dann wird die Spielfläche für die Kinder auf einem naturnahen Schulhof kleiner?**

**Behr:** Quantitativ ja, qualitativ nein. Um Blumenpflanzungen und Sträucher kann ich rumlaufen, mich verstecken, das ist für die Kinder viel attraktiver als eine langweilige Riesenspielfläche. Es geht nicht darum, dass man hier und dort ein paar Flächen abzweigt und dort Beete anlegt. Es geht darum, dass Landschaftsplaner das ganze Gelände gestalten und strukturieren, es muss Spielflächen und Rückzugsorte geben, die Grenzen dazwischen können Vegetationsflächen sein.

## Knappe Mehrheit sieht Klimaschutz als Chance

Mehr als 50 Prozent in Deutschland und den USA sehen mehr Vorteile als Gefahren für die Wirtschaft

Von Anja Krüger

Eine knappe Mehrheit der Bürger:innen in Deutschland geht davon aus, dass eine ehrgeizigere Klimapolitik der Regierung mehr ökonomische Vorteile als Risiken mit sich bringt. Das geht aus einer am Donnerstag veröffentlichten repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Ipsos im Auftrag der Nichtregierungsorganisation „Das progressive Zentrum“ hervor. Auch in den USA sieht die Mehrheit der Bürger:innen Klimaschutz als Chance für die wirtschaftliche Entwicklung an.

Für die Umfrage wurden im Frühjahr in Deutschland und den USA 1.500 Personen in Onlinebefragungen interviewt. Sie ist Grundlage einer Studie über die öffentliche Meinung zur Politik in den industriellen Kerngebieten in Deutschland und den USA. Der Umfrage zufolge glauben 52 Prozent der Befragten in Deutschland, dass ein ambitionierter Klimaschutz der Regierung mehr Vorteile als Gefahren bringt, zum Beispiel für den Arbeitsmarkt oder die Exportwirtschaft. In den USA sind es mit 55 Prozent etwas mehr. Ebenfalls eine knappe Mehrheit sowohl in Deutschland als auch in den USA sagt, dass jetzt der richtige Zeitpunkt für massive Investitionen in den klimafreundlichen Umbau der Industrie ist. Rund ein Drittel sieht das allerdings sowohl in Deutschland als auch in den USA nicht so. Gleichzeitig sind in der Bundesrepublik 77 Prozent dafür, dass die Schuldenbremse reformiert wird, wenn dadurch Investitionen in die Infrastruktur, das Bildungswesen und die Gesundheitsversorgung fließen.

Fast die Hälfte der Befragten in beiden Ländern ist mit der aktuellen Klimapolitik unzufrieden. In Deutschland sind 44 Prozent der Auffassung, dass die Regierung nicht genug für den Klimaschutz unternimmt. In den USA sagen das 47 Prozent. Darunter sind auch AfD- und Donald-Trump-Anhänger:innen: 23 Prozent der AfD-Wähler:innen und 25 Prozent der Trump-Wähler:innen finden, dass ihre aktuellen Regierungen zu wenig gegen die Erderhitzung tun.

Die größten Sorgen machen sich die Befragten in beiden Ländern um die Höhe der Lebenshaltungskosten und die weitere wirtschaftliche Entwicklung, vor allem in ihrer Region. Danach folgen die Themen Migration und Klimawandel. Auffällig in Deutschland ist der Studie zufolge, dass sich vor allem Wähler:innen der AfD und des Bündnisses Sahra Wagenknecht besorgt über die wirtschaftliche Situation in ihrem Umfeld zeigen. „Die Wähler der Ampelkoalition sind optimistischer“, heißt es in der Studie.

Welche Stechimmenart sich hier auf dem blühenden Schulhof am Nektar labt? Die Kinder wissen es bestimmt  
Foto: Stefanie Biel/NaturGarten e.V.



Foto: Stefanie Biel

**Stefan Behr** war über 20 Jahre lang Grundschullehrer. Seit 2019 arbeitet er beim Hamburger Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung und berät Schulen bei der Gestaltung naturnaher Schulhöfe und beim Klimaschutz.



Collage: taz, Rudi; Wolfgang Kunz, taz; Haus: Paul Langrock

## ES GIBT NUR EINEN RUDI DUTSCHKE

taz genossenschaft

Betongold? Wir haben eine Immobilie, in der dein Geld wirklich glänzen kann: Wenn du jetzt deinen Anteil aufstockst (oder neu zeichnest!), hilfst du mit, unser *geliebtes altes Haus* in der Rudi-Dutschke-Straße zu sanieren. Dies ist nicht nur notwendig, sondern schafft auch ein langfristiges finanzielles Fundament, auf dem unser unabhängiger Journalismus auch in Zukunft stürmischen Zeiten trotzen kann. Alle Infos und Mitmachen auf [taz.de/haus](https://taz.de/haus)

## Turkmenistan erschwert Abtreibungen

Ärzt\*innen, die Abbrüche durchführen, werden vom Staat massiv unter Druck gesetzt

Von **Barbara Oertel**

In Turkmenistan könnte Frauen der Weg zu einer legalen Abtreibung schon bald vollständig versperrt sein. In den vergangenen Wochen hätten Regierungsbeamte landesweit medizinische Einrichtungen besucht und Ärzt\*innen gedroht, ihnen ihre Diplome zu entziehen, sollten sie einen Schwangerschaftsabbruch durchführen. Von derartigen Vorfällen berichten Korrespondenten von Radio Asatlyk – des turkmenischen Dienstes vom US-finanzierten Radio Freies Europa – aus mehreren Regionen des zentralasiatischen Staates.

Offensichtlich haben diese drastischen Warnungen in dem Sieben-Millionen-Einwohner\*innen-Staat – 90 Prozent der Bevölkerung sind Muslim\*innen – bereits den gewünschten Effekt. Frauen, die Ärzte wegen einer Abtreibung konsultieren wollten, würden überhaupt nicht mehr vorgelassen, heißt es. Ohnehin dürfen Mediziner schon jetzt eine Schwangerschaftsabbruch nur dann abbrechen, wenn der Fötus aufgehört hat zu wachsen oder kein Herzschlag mehr zu hören ist.

2022 trat in der ehemaligen Sowjetrepublik ein Gesetz in Kraft, wonach Abtreibungen nur noch in den ersten fünf Wochen vorgenommen werden dürfen, wengleich ohne medizinische Indikation. Gleichzeitig ist ein Schwangerschaftsabbruch bis zur 22. Woche aus „sozialen“ oder „medizinischen Gründen“ möglich. Dafür braucht es jedoch das Gutachten einer Expert\*innenkommission.

Von all dem ist jetzt offensichtlich keine Rede mehr. Ärzt\*innen sind alarmiert. Vor allem junge Frauen (die Anzahl ungewollter Teenagerschwangerschaften steigt) greifen bereits zu gefährlichen Methoden. So würden sie sich in mit Wasser versetztes Kaliumpermanganat setzen oder Medikamente konsumieren, die eine Monatsblutung auslösen. Spezielle Abtreibungstabletten (Stückpreis umgerechnet um die 120 Euro) sind kaum aufzutreiben, überdies müssen die Ärzte deren Vergabe akribisch dokumentieren. Einige von ihnen führen Schwangerschaftsabbrüche weiter heimlich durch. Kosten je nach Stadium: Zwischen umgerechnet 450 und 900 Euro – enorme Summen, die viele Turkmen\*innen nicht aufbringen können.

Die jüngsten Verschärfungen werden einige korrupte Ärzt\*innen reicher, die Situation vieler Frauen hingegen noch unerträglicher machen. Und es könnte sein, dass sich die UNO erneut mit diesem Problem befasst. Nichtregierungsorganisationen hatten bei einem Briefing vor dem UN-Komitee zur Beseitigung der Diskriminierung von Frauen im Januar 2024 Turkmenistan aufgefordert, für Schwangere den Zugang zu Abtreibungen gemäß internationalen Standards sicher zu stellen. Turkmenistan hatte sich der gleichnamigen Konvention der UNO 1997 angeschlossen. Doch offensichtlich scheint das nicht mehr zu interessieren.

Nichts als Trümmer: Wohngebiet in Sapowischschja nach dem Einschlag einer russischen Shahed-Drohne an diesem Mittwoch  
Foto: Ukrinform/dpa



# Brüssel setzt weiter auf Waffen für die Ukraine

Beim Treffen der EU-Außenminister fordert deren ukrainischer Amtskollege Dmytro Kuleba, westliche Waffen gegen militärische Ziele in Russland einsetzen zu dürfen

Aus Brüssel **Eric Bonse**

Brüssel oder Budapest, Waffen oder Diplomatie? Wochenlang haben die EU-Außenminister über diese Frage gestritten. Die eigenmächtige „Friedensmission“, mit der Ungarns Regierungschef Viktor Orbán seine Ratspräsidentschaft im Juli eröffnet hatte, drohte die EU zu spalten. Doch als sich Außenministerin Annalena Baerbock und ihre Amtskollegen am Donnerstag im Brüsseler Ratsgebäude trafen, war der Ärger verflogen. „Ich wäre auch an einen anderen Ort gereist“, sagte Baerbock auf die Frage, was sie von einem Boykott gegen Budapest und Orbán halte.

Auch die Frage nach Waffen und Diplomatie war schnell entschieden: Die EU-Außenminister setzen in ihrer großen Mehrheit weiter auf Waffen für die Ukraine. Orbáns Vermittlungsversuche, für die er auch nach Moskau und Peking gereist war, sind kein Thema mehr.

Statt um Diplomatie geht es um noch mehr Krieg. Während die russischen Truppen in der

Ostukraine weiter auf die strategisch wichtige Stadt Pokrowsk vorrückten, machte der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba beim Außenministertreffen ein ganz großes Fass auf. Die Alliierten sollten der Ukraine endlich erlauben, mit westlichen Waffen „legitime militärische Ziele tief in Russland zu treffen“, forderte Kuleba. Auch die 27 EU-Staaten sollten Kyjiw „unverzüglich“ grünes Licht geben. Es sei Zeit für „wagemutige Entscheidungen“.

Gemeint sind vor allem Deutschland und die USA. Berlin und Washington wollen eine weitere Eskalation vermeiden und verweigern deshalb noch die Nutzung ihrer Waffen für weitreichende ukrainische Militärschläge, die im Prinzip auch Moskau oder Sankt Petersburg treffen könnten.

So deutlich wollte dies Baerbock nicht sagen. Statt auf Kulebas Forderung einzugehen, versprach sie der Ukraine vier weitere IRIS-T-Systeme und weitere Gepard Panzer bis Jahresende. Sie sollen die Luftabwehr stärken und das Land vor „Putins

Kältekrieg“ schützen. Alles weitere werden man hinter verschlossenen Türen besprechen. Die Grünen-Politikerin steht unter Druck. In den letzten Tagen war in Brüssel der Eindruck aufgekommen, die Bundesregierung in Berlin wolle ihre Hilfe für die Ukraine reduzieren.

**Die grüne Außenministerin Annalena Baerbock steht unter massivem Druck**

Kuleba verlangte eine Erklärung von Baerbock. Unter den aktuellen Umständen dürfe die Unterstützung der Ukraine nicht an finanziellen Problemen scheitern, sagte er. Es gehe um die Zukunft Europas. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell stellte sich hinter Kuleba und verwies auf die russische Angriffswelle. „Seit Kriegsbeginn im Februar 2022 hat Russland mehr als 14.000 Drohnen auf die Ukraine abgefeuert“, sagte

er. Hinzu kämen rund 10.000 Raketen und viele Gleitbomben.

Unter Druck kam Baerbock auch beim zweiten großen Thema des Außenministertreffens: dem Krieg in Gaza und dem drohenden Flächenbrand in Nahost. Borrell fordert schon seit einiger Zeit, Israel mit Sanktionen zu drohen – Baerbock hat bisher immer dagegehalten.

Nun legte der Spanier einen Vorschlag für Strafmaßnahmen gegen Finanzminister Bezale Smotrich und Polizeiminister Itamar Ben-Gvir vor. Ihnen werden Menschenrechtsverletzungen und Aufstachelung zum Hass vorgeworfen. Außerdem wollen sie Hilfen für Gaza stoppen – selbst auf die Gefahr hin, dass Palästinenser verhungern. Zur allgemeinen Überraschung sagte Baerbock nicht sofort Nein. Zunächst sei zu prüfen, ob die Vorwürfe für eine Bestrafung ausreichen. Es wäre das erste Mal, dass die EU gegen die Regierung in Tel Aviv vorgeht. Bislang hat Brüssel nur Sanktionen gegen einige radikale israelische Siedler verhängt.  
**meinung + diskussion 12**

### Vorstoß auf Pokrowsk

Russland rückt eigenen Angaben zufolge weiter auf die strategisch wichtige Stadt Pokrowsk im ukrainischen Teil des Gebietes Donezk vor. Die Armee meldete am Donnerstag die Einnahme des nur 15 Kilometer entfernten Ortes Mykolajiwka. Präsident Wolodymyr Selenskyj hatte die Lage dort als „extrem schwierig“ bezeichnet. Auch Stachmachiwka im benachbarten Luhansk sei eingenommen worden. Russische Behörden melden derweil einen Toten und zwei Verletzte bei ukrainischen Angriffen in der russischen Grenzregion Belgorod. Diese ist derzeit regelmäßig Ziel ukrainischer Luft- und Drohnenangriffe. Anfang August war die Ukraine in die benachbarte Region Kursk vorgerückt. Nach ukrainischen Angaben wurden dort bereits Dutzende Ortschaften eingenommen.

## Telegram-Chef frei gegen 5 Millionen Euro Kaution

In Frankreich wird nach viertägiger Haft ein Verfahren gegen den russisch-französischen Unternehmer Durow eingeleitet. Im Netz kursieren derweil Gerüchte

Aus Paris **Rudolf Balmer**

Nach einer fast viertägigen Polizeihaft ist der russisch-französische Internetunternehmer Pawel Durow in Paris am Mittwochabend auf freien Fuß gesetzt worden – gegen eine Zahlung von 5 Millionen Euro Kaution. Er darf jedoch bis auf Weiteres Frankreich nicht verlassen und muss sich zur Kontrolle zweimal pro Woche auf einem Polizeikommissariat melden.

Im Anschluss an die Befragungen in Polizeihaft wurde ein Ermittlungsverfahren gegen den Gründer des Messenger-Dienstes Telegram eingeleitet, das zu einer Anklage vor Gericht führen könnte. Die französische Justiz will Durow wegen Beihilfe zu Cyberkriminalität verantwortlich machen. Ihm wird vorgeworfen, nichts gegen kriminelle Aktivitäten (Waffen- und Drogenhandel, Verbreitung pädopornografischer Inhalte) auf Telegram-Kanälen unternommen und jede Herausgabe von

Informationen an Justizbehörden verweigert zu haben. Durow hatte im Namen der uneingeschränkten Freiheit und zum Schutz der weltweit rund einen Milliarde Telegram-Nutzer jegliche „Zensur“ oder Eingriffe in die Privatsphäre der verschlüsselten Kommunikationen abgelehnt.

Mit diesem als Exempel für andere Internetplattformen dienenden Vorgehen möchten die französischen Justizbehörden ein Signal senden: Die Epoche, in der Digital-Giganten unbehelligt jede Verantwortung für unkontrollierte Aktivitäten zurückweisen konnten, ist vorbei. Ein Prozess gegen Durow könnte in dieser Hinsicht einen Präzedenzfall schaffen.

Schon die Festnahme des 39-jährigen am Samstag hatte weltweit Aufsehen ausgelöst und lieferte Material für Gerüchte und Spekulationen. Laut der satirischen Wochenzeitung *Le Canard enchaîné* habe der überraschte Durow vor den Beamten behauptet, er

werde vom Staatspräsidenten Emmanuel Macron im Elysée-Palast zu einem Dinner erwartet. Das hat der französische Staatschef umgehend dementiert, er sei am Samstag gar nicht in Paris gewesen. Laut Recherchen der Zeitung *Le Monde* hatte Macron Durow jedoch früher mehrmals getroffen, so beispielsweise 2018 zu einem Geschäftsessen, das in der offiziellen Agenda des Präsidenten nicht aufgeführt war.

Auf X kursieren derweil Spekulationen, Durow habe sich absichtlich gestellt, weil er sich vom russischen Geheimdienst bedroht gefühlt habe. Die Beziehungen Durows zu Putin und seinem Nachrichtendienst FSB sind komplex. 2014 flüchtete er offiziell aus Russland und wohnt seither in Dubai. Seine Plattform wird sowohl von Oppositionskreisen als auch von der staatlichen Propaganda genutzt. Sowohl die Regierung als auch Putin-Kritiker empörten sich über die Festnahme. Plausibel tönt der Hinweis, Durow gehe mit

Telegram echte Risiken ein, weil die App von russischen Ministern und Beamten sowie vom Militär bei der Koordination der Offensive gegen die Ukraine benutzt werde. Würde Durow also, entgegen seiner bisherigen Weigerung, einer europäischen Behörde Informationen oder den Zugang zur Verschlüsselung bei Telegram geben, könnte dies für Moskau und die Fortsetzung des Krieges gegen die Ukraine fatale Folgen haben. Durows Anwälte hatten gleich nach der Festnahme versichert, ihr Klient habe nicht die Absicht, mit der Justiz zu kooperieren.

Weiterhin dubios erscheinen die speziellen Umstände, unter denen Durow 2021 die französische Staatsbürgerschaft erhalten hat. Er erfüllte keines der Kriterien für eine normale Einbürgerung und hatte den Pass im Eilverfahren dank einer speziellen Prozedur erhalten, die Personen vorbehalten ist, die besondere Leistungen zugunsten Frankreichs erbracht haben. In wel-

cher Weise Durow sich um Frankreichs Interessen verdient gemacht habe, sagt das Außenministerium unter Berufung auf das Amtsgeheimnis nicht. *Le Monde* kommt zum Schluss, dass dem Antrag nicht ohne Wissen oder Zutun des Staatschefs stattgegeben werden konnte.

Wenig später wurde Durow zudem erlaubt, auf seinem Pass den französischen klingenden Namen Paul du Rove eintragen zu lassen. So viele Gunstbezeugungen werfen Fragen auf. Die gute Nachricht für Durow könnte sein, dass Frankreich eigene Staatsbürger nicht an die US-Justizbehörden ausliefert. Auch die versuchen schon länger, Kontrolle über Telegram zu erhalten. Inzwischen haben die französischen Behörden offenbar auch einen Haftbefehl gegen Durows Bruder und Telegram-Mitgründer Nikolaj erlassen, wie *Politico* unter Berufung auf Ermittlerkreise berichtete. Sein Aufenthaltsort sei derzeit unbekannt.

**RollingStone**  
Exclusive Vinyl

# NEIL YOUNG



**“HEART OF GOLD” (LIVE)  
“COMES A TIME” (LIVE)**

**JETZT IM HANDEL**

ODER DIREKT BESTELLEN:

**ROLLINGSTONE.DE/NEILYOUNG**



Mahnwache der Höcke-Jünger

## debatte

## Das Risiko, zu regieren

Die Wagenknecht-Partei ist kein neoautoritäres Gespenst der deutschen Geschichte, sondern Vorbote dessen, was nach den Volksparteien kommt

Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) ist noch neu. Doch es gibt schon ein paar erstaunlich ausgehärtete Deutungen, was es mit der Partei auf sich hat. Eine lautet: Das BSW ist das Resultat des autoritären Defektes im Osten. Der Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk hält das BSW für Ausdruck einer typisch ostigen „Sehnsucht nach einem autoritären Staatsgebilde, einer homogenen Gesellschaft und einer „Diktatur der Mehrheit“. Wagenknecht sei eine „leninistische Ideologin“, die einen Frontalangriff auf den freiheitlichen Westen im Schilde führt, so Kowalczyk. Also: Diktatur gegen Freiheit. Wie im Kalten Krieg.

Eine Handvoll früherer BürgerrechtlerInnen haben Wagenknecht attestiert, einen „nationalen Sozialismus“ anzustreben. Das BSW ist somit eine Art Wiedergängerin der totalitären deutschen Vergangenheiten. Daher warnen die AutorInnen, die

### Der Aufstieg des BSW ist Teil einer Art Italienisierung des deutschen Parteiensystems

CDU in Erfurt oder Dresden dürfe keinesfalls mit den BSW-Putin-Fans zusammenarbeiten.

Wagenknecht als Gespenst der deutschen Diktaturgeschichte zu entlarven, sorgt für eine übersichtliche Gut-Böse-Front, die übrigens Wagenknechts Schwarzweißrhetorik umgekehrt spiegelt. Diese Geisterbeschwörungen bringen wenig. Das BSW ist kein Monster der Geschichte, sondern eine gegenwärtige Projektionsfläche für Sehnsüchte und Frustrationen. Der Aufstieg des BSW ist Teil einer Art Italienisierung des deutschen Parteiensystems: Die beiden tragenden Säulen Union und SPD verlieren in einem langsamen Prozess ihre zentrale Stellung. Situative EmpörungunternehmerInnen wie Wagenknecht sind im Aufwind. Der Osten mit seinen losen Parteibindungen ist da Trendsetter. In Westdeutschland hält man sich selbst zwar immer noch für die Demokratiemehrheit und blickt enternert auf die missratene Abweichung im Osten. Aber das ist eine Blickverengung. In einem von Rechtspopulisten bevölkerten Europa mit Wilders, Orbán und Meloni gerät ins Schwimmen, was Norm und was Abweichung ist.

Auch die alles überstrahlende Figur an der Spitze einer Partei ist weniger als Echo deutscher Diktaturgeschichte zu entziffern denn als beklagenswerter Normalfall westlicher Demokratien. In Italien schneiderte sich Berlusconi eine eigene Partei, Beppe Grillos populistische „Cinque Stelle“ stieg auf und verglühte wieder, Trump hat die Republikaner zu seinem Fanclub degradiert, Macron altbewährte französische Parteien ruiniert. Angesichts dessen wirkt Wagenknechts Ego-Partei eher wie eine nachholende Anpassung an den Zeitgeist digitaler Massendemokratien, in denen Organisationen weniger zählen als Personen.

Zu den Irrtümern über das BSW gehört auch, dass es sich um eine linkspopulistische Formation handelt. „Wir sind keine Linke 2.0“, beteuert

Wagenknecht. Man sollte ihr nicht allzu viel glauben – das schon. Sie hat früher Hartz IV als Zeichen des Verrats der SPD gegeißelt. Dieser Furor ist verschwunden. An die Stelle der Ausgeschlossenen aus dem kapitalistischen System adressiert sie nun „die Fleißigen“. Die sind ein Synonym für den biodeutschen „kleinen Mann“, der sich vom Gendern und von Migranten, von globalen Konzernen und grünen Eliten bedroht fühlt. BSW appelliert so an die „alte Mitte“ (Andreas Reckwitz), an Handwerker, Kleinunternehmer und Facharbeiter, die sich vom Zentrum an den Rand geschoben fühlen, und beschimpft die grünen Vertreter der globalisierungsaffinen, urbanen Wissensökonomie. Für die Provinz, gegen die Metropolen. Für das alte Normale, gegen das Globale.

Es gibt keine Linke ohne eine Idee von Fortschritt. Das BSW bietet keine. Für das Bündnis liegt das Reich des Wünschenswerten hinter uns. Es ist die alte Bundesrepublik, eine idealisierte Deutschland-AG, in der hart arbeitende Männer in der deutschen Provinz die Norm definierten. Dass Wagenknecht diese Bundesrepublik nicht selbst erlebt hat, ist ihrer Lobpreisung zuträglich.

Die Zukunft in der Vergangenheit zu suchen, das authentische Volk zu preisen und abgehobene Eliten zu verdammen – damit schlägt das BSW ähnliche Töne an wie die AfD. Auch die Formel von der „dümmsten Regierung Europas“ ist populistische Wutbewirtschaftung. Allerdings trennt BSW und AfD viel. Die Wagenknecht-Truppe ist kulturell rechts, aber nicht rechtsextrem, migrations-skeptisch, aber nicht rassistisch, populistisch, aber nicht antidemokratisch. Was das BSW wird, ist noch nicht klar. Es kann sich zu einer Kraft der rechten Mitte entwickeln, die wie die Freien Wähler in Bayern affektgeladene Anti-Establishment-Sprüche mit Erdverbundenheit kombiniert. Der Blick auf das Personal macht das aber eher unwahrscheinlich.

Wagenknecht hat noch nie politische Verantwortung getragen. Ihr Geschäftsmodell ist die Produktion von Erregungszuständen und medialer Aufmerksamkeit. Wie sich die Rolle der schneidenden Besserwisserin mit der Verteidigung mühsamer Kompromisse in der Bildungspolitik in Thüringen vertragen soll, ist unklar. Lafontaine und Wagenknecht haben in der Linkspartei mit Inbrunst jeden Kompromiss mit der SPD in Landesregierungen als Verrat gegeißelt. Dass ausgerechnet im autoritär geführten BSW Erfurt und Dresden autonom entscheiden dürfen, wäre eine Pointe. Vermutlich aber ist Landespolitik nur Mittel für Wagenknechts Ziel, 2025 im Bundestag als Chefanklägerin gegen die nächste „dümmste Regierung“ zu wettern. Einen Mechanismus, wie innere Konflikte gelöst werden, gibt es beim BSW nicht. Die Chefin hat immer recht – das wird nicht reichen.

Die Bürgerrechtler fordern, das BSW dürfe keinesfalls in Erfurt mitregieren. Sie liegen falsch. Und zwar nicht nur, weil man ja Mehrheiten gegen die rechtsextreme AfD bilden muss. Es ist falsch, das BSW in sein Heimatbiotop, die Opposition, zu schicken und aus der Verantwortung zu entlassen. Regieren wäre für die Wagenknecht-Partei ein viel größeres Risiko als für die CDU. Es wäre der Realitätstest für die populistischen Versprechen.



Stefan Reinecke arbeitet im Parlamentsbüro der taz mit den Schwerpunkten BSW, SPD und Linkspartei.

Wolfgang Mulke über eine Preisbeobachtungsstelle

## Gute Idee

Die freie Preisbildung ist ein Kernstück der Marktwirtschaft. Theoretisch sorgt das System von sich aus für eine Balance zwischen Angebot und Nachfrage und macht die Preisbildung zumindest im Groben nachvollziehbar. In der Praxis funktioniert das nur bedingt. Haben Unternehmen zum Beispiel eine übermäßige Marktmacht, können sie deshalb höhere Preise beim Verkauf oder niedrigere beim Einkauf durchsetzen.

Gerade in der Ernährungswirtschaft ist von beidem häufig die Rede. Der milliarden schwere Lebensmittelhandel konzentriert sich auf wenige Handelskonzerne, Edeka, Rewe, Aldi, Lidl beherrschen den Markt. Auch aufseiten der Markenhersteller gibt es mächtige Firmen, auf deren Produkte kein Supermarkt ohne Weiteres verzichten kann. Wenn zuletzt über satte Preissteigerungen bei Lebensmitteln diskutiert wurde, warfen sich beide Seiten gerne gegenseitig Preistreiber vor.

In diesem Spiel sind die Kunden die Dummen. Das zeigt die übermäßig hohe Inflationsentwicklung bei Nah-

rungsmitteln. Die Preise stiegen hier doppelt so stark wie alle anderen Lebenshaltungskosten. Schlüssig erklären ließ sich das bei manchen unverzichtbaren Produkten nicht. Es fehlt die Transparenz in der Preisgestaltung. Das wollen die Verbraucherzentralen mit ihrer Forderung nach einer Preisbeobachtungsstelle ändern. Das ist eine gute Idee – und in anderen Ländern wie Spanien oder Frankreich längst umgesetzt.

Sinn ist dabei nicht, dass der Staat Einfluss auf die Preisgestaltung nimmt, Unternehmen ihre Preispolitik gar vorschreibt. Es werden nur Informationen über Teile der Wertschöpfungskette dargestellt. Daraus können Verbraucherschützer, aber auch Wettbewerber ihre Schlüsse ziehen. Und es lässt sich erkennen, wo besondere Preissprünge stattfinden. Das sollten die Urheber dann schlüssig erklären. Den Rest erledigt dann tatsächlich wieder der Markt. Mehr Transparenz kann dafür sorgen, dass der Wettbewerb fairer wird, weil unfaire Praktiken schneller auffallen und die Kunden das am Ende bestrafen. **wirtschaft + umwelt 8**

Lisa Schneider über Sanktionen für israelische Minister

## Den Hardlinern Einhalt gebieten

EU-Chefaußenpolitiker Joseph Borrell tastet sich zu möglichen Sanktionen gegen bisher ungenannte „israelische Minister“ vor. Mit großer Wahrscheinlichkeit sind Itamar Ben-Gvir, dem unter anderem die Polizei unterstellt ist, und Bezalel Smotrich, der über die Hoheit über alle Geldzahlungen an die palästinensische Autonomiebehörde verfügt, gemeint. Beide sind bekannt für ihre extrem rechten Positionen und ihre extrem harte Linie gegen die Palästinenserinnen, Palästinenser und die sie vertretende Behörde.

Beide eskalieren seit dem Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 konstant vor sich hin, mit Worten und mit Taten. So erwähnte Borrell bereits vor zwei Monaten auf der Plattform X die „sinistren Kommentare“ Smotrichs, der unter anderem darüber öffentlich philosophierte, dass es „moralisch“ sei, die Zivilbevölkerung Gazas hungern zu lassen, bis die Hamas die noch immer über 100 verbliebenen israelischen Geiseln freilasse. Auch dass er der palästinensischen Autonomiebehörde zu-

stehende Gelder zurückhält, verbessert die Sicherheitslage im Westjordanland sicherlich nicht. Je schwächer die Autonomiebehörde, desto mehr Raum kann die Hamas einnehmen.

Gerade weil es Deutschlands Staatsräson ist, fest an der Seite Israels zu stehen, sind Sanktionen gegen die beiden ein denkbare Mittel, um den Extremisten Einhalt zu gebieten. Denn die gefährden mit ihren Kommentaren und Taten nicht nur die Sicherheit und das Wohlergehen der Palästinenserinnen und Palästinenser, sondern auch der Staatsbürgerinnen und -bürger Israels: Das Westjordanland flammt derzeit als Krisenherd auf. Auch wenn sich der Iran und die mit ihm verbündeten Milizen um Anstachelung bemühen, leisten die fürchterlichen Ausschreitungen gewalttätiger Siedler gegen die Zivilbevölkerung einen Bärendienst.

Die EU-Staaten beteuern, dass sie weiter hinter der Zwei-Staaten-Lösung stehen. Dazu gehört auch, den Hardlinern Einhalt zu gebieten, die sie grundsätzlich ablehnen. **der tag 2**

## die dritte meining

## Der Begriff „Gerechtigkeit“ ist zur Worthülse verkommen, meint Andreas Gran

Immer und immer wieder beschwören Parteien, wie extrem „gerecht“ es doch zuzuge, wenn man ihnen die Macht anvertraue. Sie entfremden dadurch diesen Begriff und das ist anmaßend.

Die FDP beschreibt auf ihrer Website „vier Vorschläge für mehr Gerechtigkeit“, ausgerechnet die AfD verlangte sogar ein Gesetz für „soziale Gerechtigkeit“ und die SPD fordert „Mehr Zeit für Gerechtigkeit“. Wie kann es sein, dass Parteien, die unterschiedlicher kaum sein können, sich sämtlich dieselbe Phrase auf die Fahnen schreiben?

Auffällig ist dabei, dass in linker Politik der Begriff oft synonym für „Gleichheit“ und in rechter Politik allenfalls als Zugeständnis für „Chancengleichheit“ mit akzeptierten ungleichen Ergebnissen verwendet wird. Der springende Punkt aber ist: Empfindet es ein Geringverdiener nur aus seiner Situation heraus als „ungerecht“, dass sich der Chef mehr leisten kann, oder würde er es als „gerecht“ empfinden, wenn er selbst der Vorgesetzte wäre? Hier wird offensichtlich, wie subjektiv das Gerechtigkeitsempfinden ist.

Um den Begriff zu lösen von solchen rein pragmatischen, oft egoistischen Forderungen, hilft das Gedankenspiel des namhaften Rechtsphilosophen John Rawls. Was dieser Harvard-Professor herausgearbeitet hat, ist ein liberaler Standpunkt. Es geht um „gleiche Grundfreiheiten“, auch wenn das Ergebnis ungleich ausfällt. Jedoch können die Bedingungen nie gleich sein, da sie durch Abstammung, Bildungschancen und so weiter geprägt sind. Weil diese schlechte Realität ist, muss eine Umverteilung so lange stattfinden, bis Menschen freiwillig nach oben und unten gönnen. Eine solche politische Umverteilung heißt aber nicht „Gerechtigkeit“, sondern „Fürsorge“, und diese umfasst in der Realität unter anderem Kinderschutz, Bürgergeld, Kündigungsschutz und Sozialausgaben.

Im Ergebnis ist es also substanzlos, wenn Parteien sich „Gerechtigkeit“ zu eigen machen. Es spricht aber nichts dagegen, konkret „mehr Gleichbehandlung“ oder auch „mehr Angleichung“ oder eben „mehr staatliche Fürsorge“ als politische Ziele auszurufen.

Andreas Gran ist Rechtsanwalt in Frankfurt am Main und Hochschullehrer an der privaten International School of Management (ISM) in Berlin und Frankfurt.

talkshow

# Gebt Gummi!

Eine Studie der WHO zeigt, dass Jugendliche seltener Kondome benutzen als noch vor 10 Jahren. Jetzt ist dringend Aufklärung nötig

Von Valérie Catil

Sex quillt aus allen Löchern. Pornos sind so leicht verfügbar wie nie zuvor. Gerade in westlichen Ländern können die meisten schlafen, mit wem sie wollen. Man würde denken, die Welt sei aufgeklärter denn je. Eine neue Studie der WHO beweist das Gegenteil. Zwar hat die Jugend noch genauso viel Sex wie vor 10 Jahren – unter 15-Jährigen gibt ein Fünftel der Jungen und ein Siebtel der Mädchen an, Geschlechtsverkehr gehabt zu haben –, jedoch ist der Gebrauch von Kondomen drastisch zurückgegangen. Ungefähr ein Drittel der Befragten in Europa, Zentralasien und Kanada sagen, dass sie beim letzten Mal kein Kondom benutzt haben. Das sind 9 Prozent mehr als noch 2014.

„Die sind unbequem“, „Viel zu klein“, „Man spürt mit denen nichts“ – jeder, der schon mal mit einem Penisträger Sex hatte oder heterosexuelle Betroffene kennt, wird diese Ausreden gehört haben. Sie mögen inhaltlich teilweise stimmen, sind aber völlig irrelevant in Anbetracht dessen, dass die Alternativen zum Gummi eine ungewollte Schwangerschaft oder sexuell übertragbare Krankheiten sein können. Wenn das ein ganzes Drittel der Jugendlichen nicht versteht, läuft etwas gehörig falsch.

Vielleicht ist es an der Zeit, sich einzugestehen, dass die 60-jährige Biologielehrerin in der Schule nicht die richtige Person ist, Sexualkompetenz zu vermitteln. Denn Sexualbildung darf nicht verkümmern.

Dabei sind Informationen über Verhütung und Safe Sex zugänglicher denn je, klären Fachleute doch kostenlos und zahlreich in sozialen Medien auf. Und nicht nur da: Auch in TV-Sendungen, Filmen und Büchern spielt Sex eine enorme Rolle. Aber dann gibt es da noch die andere Seite der sozialen Medien – und auch im analogen Leben – wo Sex weiterhin ein Tabuthema, beschämend, sündhaft, schlichtweg falsch ist. Das Kondom, eine Waffe des Teufels.

Und trotzdem: Selbst bei aufklärerischen Inhalten bleibt die Frage, ob sich Jugendliche diese überhaupt ansehen. Eine Studie der US-amerikanischen Universität UCLA zeigt, dass junge Menschen finden, dass Sex im TV oder in Filmen überrepräsentiert ist. Die UCLA begründet das damit, dass Jugendliche ihr Sexualverhalten in den Medien nicht richtig abgebildet sehen. Etwa 48 Prozent der Befragten gab an, dass sexuelle Inhalte gar nicht nötig seien.



Foto: Tony Centocollari

Wächst etwa eine neue Generation der Prüderie heran? Ist es ihnen unangenehm, über Sex zu reden, auch wenn sie ihn haben?

Dass das der Fall ist, zeigt auch die erschreckende Zahl derer, die nicht wissen, ob sie beim letzten Mal verhütet haben: Die WHO zählt, dass 9 Prozent der Jungen und 7 Prozent der Mädchen nicht wussten, ob sie selbst oder ihr Partner ein Kondom benutzt hatte. In den Köpfen vieler Mädchen ist das vielleicht noch immer „Männersache“. Die WHO vermutet hinter denen mit Kondom-Amnesie auch Alkohol und Drogen. Doch sich betäuben zu müssen, um seine Sexualität ausleben zu können, damit die Scham nicht im Weg steht, ist schon ein Beweis für Prüderie – der allerdings nicht nur auf die Jugend zutrifft.

Hinzu kommen Klassenunterschiede: Aufklärung über Safe Sex ist nicht für alle gleich zugänglich. Die Studie zeigt, dass Jungen aus einkommensstarken Familien um 10 Prozent häufigerangaben, Kondome zu benutzen, während Jugendliche aus einkommensschwachen Familien häufiger gar nicht verhüten. Seltsam ist aber, dass auch in wohlhabenden Ländern Kondome unbeliebt sind: Das Paradebeispiel dafür ist Schweden, mit anderen skandinavischen Ländern die Hochburg für Chlamydien, wo ganze 43 Prozent der Jungen und 68 Prozent der Mädchen angaben, keine Kondome zu benutzen – die höchste Rate aller Befragten.

Der Grund? Die Angst vor ernsthaften Konsequenzen ist gesunken, und man wiegt sich unbesorgt in den sicheren Armen der Wissenschaft. Sexuell übertragbare Infektionen sind so gut heilbar wie nie zuvor. Chlamydien wird man schnell wieder los, und auch Tests sind dort umsonst. Dafür kommen altertümlich klingende Krankheiten, die nicht so leicht zu behandeln sind, etwa Syphilis oder Gonorrhoe, zurück. Das Bewusstsein dafür, wie präsent diese Krankheiten geworden sind, fehlt nicht nur unter Jugendlichen.

Klar ist eins: Wo man hinblickt, fehlt Wissen. Vielleicht brauchen Eltern eine Schulung darin, wie sie ihren Kindern auf weniger unangenehme Art die Sache mit den Bienen und Blumen erzählen können. Vielleicht braucht es heißere Biologielehrer\_innen, damit man sich besser auf das, was sie einem erzählen, einlassen kann. Vielleicht muss ein aufklärerischer Aspekt oder reale Darstellungen in Pornos verpflichtend sein. Klar ist: Auf irgendeine Art wird man den jungen Menschen das Gummi schmackhaft machen müssen.

# Zwischen 22-Dollar-Smoothies und Lebensmittelwüsten

Der kalifornische Supermarkt Erewhon löst mit seinem überteuerten Haley-Bieber-Smoothie einen Hype aus. Ein Pophänomen, das viel über Los Angeles, fehlende Lebensmittel und Hoffnungslosigkeit verrät

Aus Los Angeles  
Aida Baghernejad

Vor ein paar Wochen bin ich dann doch schwach geworden: Ich musste ihn probieren, den mittlerweile geradezu mythischen Hailey-Bieber-Smoothie bei der kalifornischen Supermarktkette Erewhon. Wer im letzten Jahr auch nur zufällig auf Social Media unterwegs war, wird es gesehen haben, ein weiß-pinkfarbendes Getränk im klaren Plastikbecher, am besten in professionell manikürten Händen gehalten.

Mit Kollagen und dem aus Algen gewonnenen Carrageen angereichert soll der Mix aus Erdbeeren, Datteln, Avocado, Banane, Kokosnuss und Mandelmilch zu schöner Haut verhelfen, so zumindest das vage Versprechen seines Namens „Strawberry Glaze Skin Smoothie“. Nicht überraschend ist seine Namensgeberin, die Unternehmerin, Influencerin und Justin-Bieber-Ehefrau Haley Bieber, für ihre gute Haut und ihre Skincare-Marke bekannt. Der Preis für den hautverschönernden Smoothie? Rund 22 US-Dollar, inklusive Steuern.

Wie gut kann ein Smoothie für 22 US-Dollar schmecken? Leider muss ich zugeben: überraschend gut. Durch die Süße von Datteln und Stevia und der cremigen Textur von Kokossahne und Mandelmilch erinnert er eher an einen saftigen Milkshake denn an einen Health-Drink – auch wenn man ihn an einer sogenannten Tonic Bar bestellt, die nicht zufällig mit der Referenz an Gesundheitstonika spielt.

Einer Kosten-Nutzen-Abwägung hält der Smoothie allerdings kaum stand. Vielmehr

muss man ihn und den Hype darum als popkulturelles Phänomen betrachten. Eines, das so vielleicht nur in Los Angeles möglich ist, genauso wie auch der Supermarkt, der ihn anbietet.

Erewhon, ein Anagramm des Begriffs „Nowhere“, also „Nirgendwo“, wurde 1966 von dem japanischen Ehepaar Michio und Aveline Kushi in Boston gegründet, die auch makrobiotische Ernährung in den USA popularisierten. 1983 verkaufte das Ehepaar Kushi die Filiale in Los Angeles an ihre Angestellten. Heute existiert kein Erewhon mehr in Boston oder in irgendeiner anderen Region der USA außer in LA County, dafür wird dieses Jahr noch die elfte Filiale eröffnet, im bislang eher ein wenig verschlafenen Glendale.

Den Namen lieferte die gleichnamige Satire des Engländers Samuel Butler aus dem Jahr 1872, in dem in einem utopischen Land Krankheit als Verbrechen behandelt wird. Und tatsächlich ist der Besuch einer Erewhon-Filiale auch ein wenig Realsatire: Gleich in der Obst- und Gemüseabteilung am Eingang fällt mir eine kleine Packung Erdbeeren für 20 US-Dollar ins Auge, Baumwollbeutel gibt es ab 50 US-Dollar, Grünkohlchips für 16 US-Dollar.

Mehrere Regalmeter sind für teils obscure Nahrungsergänzungsmittel vorgesehen, und außer mir interessierte sich niemand für die junge Frau, die mit einem orangefarbenen Leguan auf der Schulter die Steinfrüchte der Saison begutachtete. Da Haustiere in der Filiale in Santa Monica keinen Eintritt erhalten, kann es sich nur um ein sogenanntes Emotional Support Animal gehan-

delt haben, eine beliebte Klasse von Assistenten in den USA, die eigentlich Patient\*innen psychisch unterstützen sollen, aber oftmals ohne besondere Ausbildung für bisweilen vage Diagnosen von Ärzt\*innen als solche erklärt werden, damit Halter\*innen sie auch in Flugzeugkabinen oder etwa High-End-Supermärkte mitnehmen können.

Die Kette ist mittlerweile eine Art Symbol für die Wellness-Obsession der Stadt und wurde auch in der Netflix-Serie „You“ persifliert. Der Besuch eines Erewhon ist in den letzten Jahren zu einer Art Statussymbol geworden. Zahlreiche Influencer\*innen drehen in und über ihn Videos, regelmäßig werden dort Hollywoodfiguren gesichtet. Seit Hailey Bieber haben weitere Personen des öffentlichen Lebens wie etwa Kendall Jenner, Olivia Rodrigo und aktuell Sabrina Carpenter nach ihnen benannte Smoothie-Kreationen vermarktet. Für das Privileg, dem Getränk Zutaten beimischen zu dürfen, sollen laut kalifornischen Gastronomieverordnungen und Medienberichten Produzenten von Kollagen, Stevia und Co zahlen. Wie hoch die Gebühr ist, bleibt unklar.



Außer mir interessierte sich niemand für die junge Frau, die mit einem orangefarbenen Leguan auf der Schulter die Steinfrüchte der Saison begutachtete

Für die Marken scheint es sich zu lohnen, denn nicht nur profitieren sie von der Nähe zu Influencer\*innen und Künstler\*innen wie Bieber oder Carpenter, sondern auch von der Loyalität der Erewhon-Kund\*innen für ihren Lieblingssupermarkt: Letztes Jahr veröffentlichte das *New York Magazine* eine Reportage über Menschen, die drei Jobs haben, nur um sich den regelmäßigen Einkauf bei Erewhon leisten zu können. Immerhin, wer 100 US-Dollar im Jahr für eine gewöhnliche oder 200 US-Dollar für eine Plus-Mitgliedschaft ausgibt, erhält einen Smoothie im Monat kostenlos.

Der Smoothie in der Hand, der Erewhon-Beutel am Arm und die Dose Reishi-Pilz im Kühlschrank stehen für Luxus, für Teilhabe, und ermöglichen es, sich als Teil einer In-Crowd zu positionieren. In Zeiten, in denen die hohen Lebenshaltungskosten ein, wenn nicht *das* große

Wahlkampfthema in den USA sind und in denen Los Angeles mit einer beispiellosen Obdachlosigkeitskrise zu kämpfen hat, wirkt die Obsession mit Erewhon absurd.

Doch gleichzeitig bieten genau diese Aspekte eine Erklärung: Mittelklassesicherheiten wie ein eigenes Haus, eine stabile Altersvorsorge oder eine feste Arbeitsstelle sind spätestens seit der Coronakrise, aber eigentlich seit Deregulierungsbestrebungen der 80er, 90er und Nullerjahre, insbesondere für Millennials und Gen Z in Großstädten in immer weitere Ferne gerückt.

Erewhon und seine 22-US-Dollar-Smoothies bieten im Vergleich dazu einen erschwinglichen Luxus und stehen damit für einen Hedonismus der Hoffnungslosigkeit. Nur dass dabei

keine Rauschmittel konsumiert werden, sondern Kollagen und Carrageen.

Auch heute sind Obst und Gemüse gerade an einem Ort wie Los Angeles für viele Bewohner ein Luxus. Weite Teile der Stadt gelten als Lebensmittelwüsten, also Regionen, in denen der Zugang speziell zu frischen Lebensmitteln stark eingeschränkt ist; die Präsenz von Drogen, primär Fentanyl, dagegen ist unübersehbar. Die bukolische Fülle eines Erewhon wird da zum ultimativen Flex.

Meine Haut zeigt übrigens auch nach einem ganzen Becher Erdbeersmoothie keine Veränderungen. Aber vielleicht ist es wie so oft bei Pflegeprodukten: Erst regelmäßige Nutzung bringt Resultate. Ob ein dritter Job zur Finanzierung ausreichen wird? Unklar.

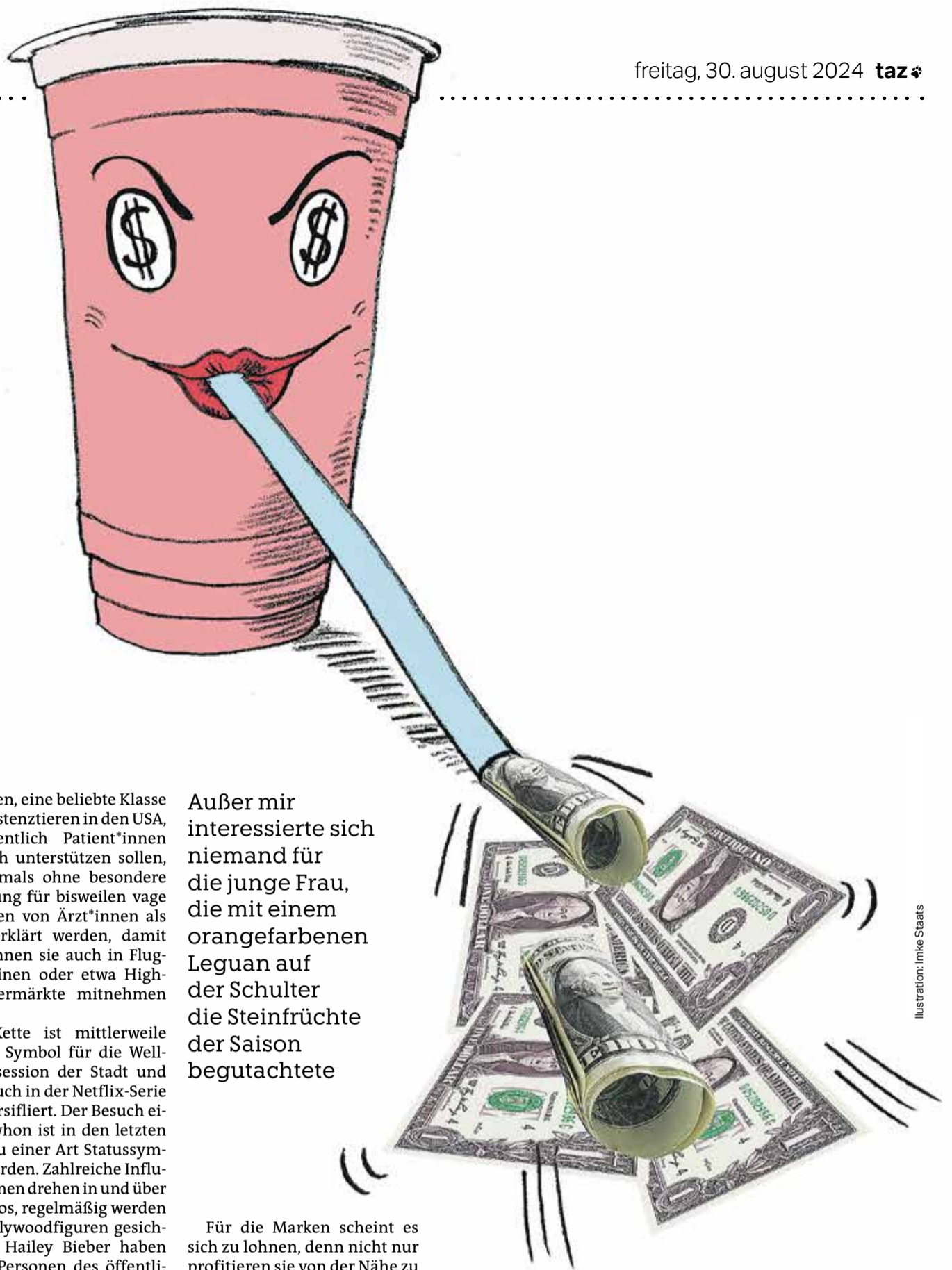


Illustration: Inke Staats



Noemi Molitor  
Subtext

## „Guck dahin“ oder Vom Anfangen und Beenden

Nach zwei Jahren geht diese Kolumne zu Ende. Das erzeugt natürlich sofort ein Gefühl der Dringlichkeit. Jetzt noch schnell ein Manifest schreiben – oder lieber den Rückblick wagen?

Oder ganz anders. Mit der Dringlichkeit ist es nämlich so eine Sache. Sie ist dem queeren Leben und dem Leben, das nicht der Norm der Endoge-

schlechtlichkeit entspricht, ohnehin zu jeder Zeit eingeschrieben. Wir passen also aufeinander auf, so gut wir können. Auch wenn wir uns nicht persönlich kennen. Das ist das Geschenk, die Größe der Community, deren Ausmaß unermesslich ist.

Ich bin der Verkäuferin in der Tankstelle in Arizona immer noch dankbar dafür, wie sie unsere kleine Reisegruppe, die wir mit den Armen voll Eistee vor ihr standen, letztes Jahr mit „Stay safe out there“ verabschiedete. Es dauerte einen Moment, bis es bei mir einsickerte, was diese Geste in einem Staat bedeutet, in dem ständig Gesetzesentwürfe eingereicht werden, mit denen trans\* Schüler:innen zwangsgeoutet, queeres Wissen aus Schulbibliotheken verbannt werden soll und in denen die Existenz von intergeschlechtlichen Menschen schlicht geleugnet wird. Einige solcher Entwürfe hat Governor Katie Hobbs mit ihrem

Veto verhindert. In vielen Staaten in den USA fehlt diese letzte Instanz.

Ich habe in dieser Kolumne viel über Kindheit geschrieben. Zum einen, weil uns an jeder Ecke Elternschaft abgesprochen wird und wir trotzdem auf

Jetzt noch schnell ein Manifest schreiben – oder lieber den Rückblick wagen? Oder ganz anders

„unsere Kinder“ aufpassen, wie meine Partnerin es kürzlich so liebevoll formuliert hat. Auf die jungen Menschen nämlich, die sich ihren eigenen Weg suchen, egal mit welcher Wucht und Routine queeres Werden verunmöglicht

wird. Zum anderen, weil wir das Wissen über genau die Kindheiten und Wege des Aufwachsens in uns tragen, die mit Sprachregeln, Buchzensuren und dem Absichern vor queerer Kultur verhindert werden sollen.

Wir sprechen in letzter Zeit viel über genderqueere Kinder und trans\* Kinder. Über intergeschlechtliche Kinder sprechen wir kaum. Wenn ich diese Kolumne mit einem Wunsch beenden darf, dann dass sich auch die feministische und die queere Bewegung den Kämpfen der Inter\* Bewegung anschließen. Und zwar informiert und mit *Accountability*. Dass Inter\* Organisationen zu Rate gezogen werden, wenn wieder die nächsten Sportler:innen diskriminiert werden. Und wenn gegen die Menschenrechte von Kindern verstoßen wird, obwohl wir in Deutschland inzwischen das Gesetz zum Schutz von Kindern mit Varianten der Geschlechtsentwick-

lung haben. Das Gesetz sieht Ausnahmen vor und die Erlaubnis für kosmetische Eingriffe wird weiterhin erteilt, anstatt nicht-pathologisierende Beratungen anzubieten.

Seit ich vor zwei Jahren bei einem Konzert von Sisterqueens, einem Rap-Projekt für Mädchen\* und junge Frauen\*, inklusive inter\* und trans\* Girls und genderqueere Kids, war, geht mir ein Song nicht mehr aus dem Kopf, den drei der Teilnehmenden uns entgegen sangen: „Guck dahin“.

Darin heißt es, „Und ich sag ‚guck, guck dahin‘ und du schaust schnell wieder weg.“ Der Saal hörte den Song zum ersten Mal und sang nach der ersten Strophe sofort mit. Wir sprangen von den Sitzen, wir weinten, und die drei jungen Menschen auf der Bühne sangen von Selbstbehauptung. Vorbilder können auch jünger sein als man selbst. Das ist sie, die Schönheit der queeren Zeitrechnung.

## Zwischen Wagemut und Grenzüberschreitung

Laurie Anderson veröffentlicht mit „Amelia“ ein Konzeptalbum über die US-Luftfahrtpionierin Amelia Earhart. Stilsicher werden dabei gesellschaftskritische und technologische Implikationen durchgespielt

Von Jana Sotzko

Als die Pilotin und Flugzeugpionierin Amelia Earhart am 21. Mai 1937 ihre Propellermaschine vom Typ Lockheed 10-E Electra besteigt, hat sie Großes vor: Als erster Mensch will die 39-jährige US-Amerikanerin die Erde entlang des Äquators umrunden. Die 40.000-Kilometer-Route soll Earhart und ihren Navigator zunächst von Miami aus durch die Karibik und entlang der Ostküste Südamerikas führen. Die Vorbereitungen verlaufen holprig, ein erster Rekordversuch war abgebrochen worden und die öffentlichkeitswirksamen Gefahren des Unterfangens setzten die bekannte Pilotin zusätzlich unter Druck. Im Jahr 1928 hatte sie, noch als Passagierin, als erste Frau den Atlantik in einem Nonstop-Flug überquert, vier Jahre später als erste Frau im Alleinflug.

Das wagemutige Unterfangen im Frühling 1937 endete bekanntermaßen tragisch. Nachdem drei Viertel der Strecke erfolgreich zurückgelegt worden waren, brach am 2. Juli der Funkkontakt ab und die Electra ging samt Besatzung im Pazifik verschollen. Anderthalb Jahre dar-

dem US-Komponisten Dennis Russell Davies als Auftragsarbeit zum Thema Flug. Für die Studioaufnahmen dirigiert Davies selbst das philharmonische Orchester Brno, das die lautmalnerische Klangkulisse für Andersons warme Erzählstimme aufbettet. Die Anfrage an Anderson für eine Zusammenarbeit kam nicht von ungefähr, hat sich diese doch immer wieder künstlerisch mit Themen wie Fliegen, Raumfahrt und Schwereelosigkeit auseinandergesetzt.

„Excellent Birds“ etwa ist ein großartiges Duett mit Peter Gabriel, aufgenommen 1984 für eine per Satelliten-TV ausgestrahlte Videoinstallation des Medienkünstlers Nam June Paik. 2002 war Anderson erste Kunststipendiatin der US-Raumfahrtbehörde NASA und entwickelte währenddessen „The End of the Moon“, eine dem neuen Album ähnliche Mischung aus Reisebericht und experimentellem Soundscape. Auch für die feierliche Zeremonie anlässlich der Schließung des Berliner Flughafens Tegel im Jahr 2020 lieferte Anderson mit der Virtual-Reality-Arbeit „To The Moon“ einen künstlerischen Beitrag. Im April 2024 wurde schließlich ein Asteroid im All nach ihr benannt.



Laurie Anderson, Visionärin in der Kunst, streitbar im Politischen  
Foto: Ebru Yildiz

auf wurde Earhart für tot erklärt. Ihre Lebensgeschichte hat neben wilden Theorien über den Flugzeugabsturz auch zahlreiche Filme und Songs inspiriert. Die gründlichste musikalische Auseinandersetzung mit ihrem letzten Flug stammt von der 1947 in Illinois geborenen Musikerin Laurie Anderson.

Nun veröffentlicht die US-amerikanische Künstlerin ein Album mit Musik dieses Projekts. In Form von 22 Miniaturen erzählt Anderson in „Amelia“ den letzten Flug Earharts nach. Angeregt wurde das Projekt schon vor Jahrzehnten von

Nicht zu vergessen „O Superman“, Andersons Überraschungshit von 1981, der nord-amerikanische Frontier-Romantik mit der Faszination für neue Technologien vereint und durch ihre von einem Vocoder verfremdete Stimme seine unverwechselbare Klangcharakteristik bekam. Durch TikTok-Teasing wurde „O Superman“ Anfang des Jahres erneut zum Hit. Andersons verspielte Intonation und die hierarchiefrei zwischen Werbejargon, Alltagsfloskeln und literarischen Anspielungen pendelnde Formensprache sind typisch für ihr Œuvre.



Eine Kapriole zu viel: Amelia Earhart (1897–1937) Foto: united archives/action press

Dass sie sich für Earharts Lebenswerk begeistert, überrascht daher nicht. Die Pilotin bestand schon als Teenagerin auf ihrem Berufswunsch und setzte sich entgegen allen gesellschaftlichen Konventionen durch. Mit steigender Bekanntheit widmete sie sich als Frauenrechtlerin der Luftfahrt und forderte Gleichberechtigung im Flug- und Ingenieurwesen. Earharts rebellische Attitüde, Stilsicherheit und Technikaffinität sowie der kalkulierte Umgang mit dem medialen Drumherum lassen sie wie eine frühe Geistesverwandte Laurie Andersons erscheinen. Anderson hatte bei aller Verwurzelung in Kunst und Experiment nie Scheu vor Popästhetik und Unterhaltungskultur. Liebevoll bezeichnet sie Earhart als „die erste Bloggerin“. Aus Earharts umfangreichen Tagebucheinträgen hat Anderson das Textmaterial für das Album kondensiert. „Amelia“ beginnt mit Motorengeräuschen, nimmt dann eine Abzweigung in Richtung repetitiver Minimal-Music-Schlei-

fen und klingt mit Einsetzen von Andersons freundlicher Erzählweise plötzlich nach vorgelesenem Lexikoneintrag, ehe schlingende Streicherlegati das tragische Ende der Geschichte vorwegnehmen.

### Laurie Anderson setzt sich in „Amelia“ gründlich mit Leben und Werk einer Pionierin auseinander

Damit folgt „Amelia“ den Ereignissen bei dem verhängnisvollen Flug in chronologischer Reihenfolge, basierend auf Earharts Notizen und vorgetragen mit der für Laurie Anderson typischen begeisterten Grundhaltung, die sich auch angesichts von Widerständen im-

mer als hörbares Staunen über die Welt in ihrer Mannigfaltigkeit ausdrückt.

Dramatische Umstände während der Reise, wie Hitze und Hunger und technische Probleme, werden eher durch die Musik ausgedrückt, die sich bedrohlich verdichtet, ohne in filmmusikalische Untermarktungsklischees zu kippen.

Ein wenig kitschig wird es gelegentlich auch, aber die einzelnen Stücke sind so kurz und abwechslungsreich und die Texte so pointiert, dass das Albumkonzept sich nie weit von seiner Protagonistin entfernt. Anderson changiert Überganglos zwischen erzählenden und erzählten Rollen, sie dramatisiert und spekuliert nicht und erhält ihrer Figur so die Würde.

Earhart selbst kommt ebenfalls zu Wort: „This Modern World“ enthält Originalaufnahmen aus ihrem Radiovortrag „A Woman’s Place in Science“ von 1935. Irgendwo zwischen Hörspielfeature, augenzwinkerlicher Variation des vermeintlich

weiblichen Genres eines Frauenreisejournals und Filmmusik angesiedelt, ist Anderson und ihren Mitstreiter:innen ein so entspannt informatives wie berührendes Werk gelungen.

„Amelia“ zelebriert im buchstäblichen wie übertragenen Sinn Grenzüberschreitungen, feiert Emanzipation und den Glauben an das positive Potenzial von Fortschritt und Wissenschaft. Umso paradoxer erscheint es, dass Laurie Anderson zuletzt wieder durch ihre Unterstützung der Boykottkampagne BDS (Boycott, Divestment and Sanctions) auffiel. Im Januar hatte sie entschieden, eine Professur an der Folkwang Universität der Künste in Essen nicht anzutreten. Den zum Bruch mit der Hochschule führenden Inhalt des „Letter against Apartheid“ hatte die Künstlerin schon 2021 unterstützt und sich auch 2018 beim Gerangel rund um Ein- und Ausladung der Band Young Fathers zur Ruhrtriennale öffentlich auf die Seite der Kampagne gestellt, die israelische Künstler:innen und Wissenschaftler:innen isolieren will und dafür auf eine Politik der Einschüchterung setzt.

„Amelia“ ist kein aktivistisches Album, so wie Anderson ihre Kunst nie als weltverbesserndes Belehren betrieben, sondern sich mit politischen und gesellschaftskritischen Inhalten immer auf eine für unterschiedliche Perspektiven und Wahrnehmungsformen offene Art auseinandergesetzt hat. Ihre Unterstützung des BDS markiert einen Gegensatz dazu, wo Anderson selbst ihre Grenzen der Dialogbereitschaft zieht.

Ihrer Bedeutung als eine der wichtigsten Medienkünstlerinnen der letzten Jahrzehnte tut das keinen Abbruch, es schwingt aber mit auf einem Album, das den Freiheitswillen und die visionäre Leistung einer Frau thematisiert, die sich mit gesellschaftlichen Beschränkungen und einer statischen Sicht auf die Welt nicht abfinden wollte.

Laurie Anderson: „Amelia“ (Nonesuch/Warner)

### berichtigung

Der Disney-Konzern inklusive Vergnügungsparks, Filmstudios, Trickfilmproduktion, TV-Sender und vertraglich gebundenen Schauspieler:Innen hat 2020 einen Umsatz von fast 75 Milliarden US-Dollar erwirtschaftet. Dieser weitgehend abgeschotteten Entertainment-Schmiede entstammt übrigens auch der US-Popstar Sabrina Carpenter.



## unterm strich

## Kontroverse um Shirin Davids Sommerhit 2024, „Bauch Beine Po“

Der diesjährige Sommerhit der Rapperin und Influencerin Shirin David sorgt für Kontroversen. Laut dem Marktforschungsinstitut GfK Entertainment in Baden-Baden steht die Hamburgerin mit ihrem Song „Bauch Beine Po“ seit vier Wochen an der Spitze der deutschen Charts. Es ist der dritte Sommerhit in Folge, den Shirin David landet. Vorher charteten „Mädchen auf dem Pferd“ (2023) und „Layla“ (2022). Der aktuelle Song, „Bauch Beine Po“, hat bereits mehrere Millionen Streams und wurde auf TikTok von vielen Fans und namhaften Bands wie Culcha Candela imitiert. Aber der Song wird nicht nur abgefeiert, sondern hat auch Kritik bekommen. „Geh in Gymmie / Werde skinny“ und „Willst du einen Body? / Dann musst du pushen“ Diese Zeilen propagieren ein schlankes Schönheitsideal. Im selben Atemzug beschreibt sich die Künstlerin als „schlau, aber blond und supermegahot“. Also Empowerment oder doch Ironie? Ob die Worte ernst gemeint sind oder nicht, bleibt Auslegungssache. Als Sommerhit erreicht „Bauch Beine Po“ ein breites Publikum und verstärkt durch die Songzeilen den gesellschaftlichen Druck, dem Schönheitsideal zu entsprechen. Nicht alle gehen ins „Gymmie“, um „skinny“ zu werden, nicht alle wollen zum Hottie werden, damit „sie gucken“. Und „Pretty im Bikini“ sind alle Körper, nicht nur schlanke. Falls es sich bei „Bauch Beine Po“ um Selbstermächtigung oder Ironie handeln soll, geht das auf jeden Fall unter.

## Leiterin des Münchner Kunstvereins entschuldigt sich für Instagram-Like

Die Leiterin des Münchner Kunstvereins, Maurin Dietrich, erhielt Kritik für das Liken eines antisemitischen Social Media Posts über ihren privaten Instagram Account. Das Bild zeigte eine Fotografie des spanischen Künstlers Miguel Adover. Darauf ist er selbst mit Kippa und einem Fuß auf einer Babytülle zu sehen. In der Hand hält er ein Maschinengewehr und ist in eine blutbedudelte israelische und US-amerikanische Flagge gehüllt. Die *Süddeutsche Zeitung* bat um eine schriftliche Stellungnahme von Maurin Dietrich. Darin entschuldigte sie sich für das Liken des antisemitischen Posts und distanzierte sich von dessen Inhalt. Sie habe ihn in „fast reflexartigem Verhalten“ geliket, schreibt sie. Erst durch andere Instagram-User:Innen sei sie auf den antisemitischen Inhalt des Fotos aufmerksam geworden. Maurin Dietrich betont: „Ich möchte zu keinem Zeitpunkt lavieren oder die klar antisemitische Bildsprache des Postings anzweifeln oder herunterspielen. Ich sage klar: Ich hätte mir das genau ansehen müssen. Das war ein Fehler. Ich allein trage die Verantwortung für mein fahrlässiges Online-Verhalten.“ Der Vorsitzende des Münchner Kunstvereins, Rüdiger Maaf, sieht in einem Like noch „keinen Grund, personenrechtliche Konsequenzen zu ziehen“.



Macht nicht zu viel Bohei: Albertine Sarges aus Berlin  
Foto: Sophie LeRoux

## Wahnsinn, ganz normal

„Kommst Du mit in den Alltag?“ Ein Interviewband befragt Musiker:Innen nach ihrer Idee von Lohnarbeit

Von Du Pham

Gewohnheitsmäßige Abläufe, die uns zivilisieren – routiniert sind die bürgerlichen Abhandlungen, die wir als Alltag definieren, gleichgestellt mit Tugenden wie Reinlichkeit und Pünktlichkeit. Weicht jemand davon ab, wird diese(r) entweder als Bohème, faul oder unverantwortlich gescholten. Inzwischen manchmal auch: als freigeistig und kreativ. Das Künstler\*innen-dasein ist prädestiniert für eine Aneinanderreihung von Vorurteilen, seien sie noch so negativ oder positiv. Allen voran die Beschäftigung jenseits der Bühne,

den Mühen der Ebene. Aber passt solch ein unspektakulärer Alltag überhaupt zur Künstlerexistenz? Ab wann ist Musikmachen kein Hobby mehr, sondern Beruf(ung)?

Dass es zwischen dem einen und dem anderen Extrem (Frei-)Räume gibt, zeigt der Interviewband „Kommst du mit in den Alltag?“, den der Kulturhistoriker Andre Jegodka beim Mainzer Ventil Verlag herausgegeben hat. Der vor allem als Konzertveranstalter Tätige arbeitet seit vielen Jahren für die Musikindustrie und untersucht anhand von 15 Interviews „Mythen und Koordinaten, zwischen de-

Andre Jegodka (Hrsg.): „Kommst du mit in den Alltag? Lebenswelten von Musiker\*innen“, Ventil-Verlag Mainz, 2024, 220 Seiten, 16,80 Euro



## Für Goebbels' Villa reichte es nicht

Lidokino 3: Andres Veiel porträtiert bei den Filmfestspielen von Venedig außer Konkurrenz NS-Filmemacherin Leni Riefenstahl mit neuem Archivmaterial als widersprüchliche Persönlichkeit

Von Tim Caspar Boehme

Dieser stechende Blick. Dieses eingefrorene, wie mit dem Messer – ähnlich dem Superschurken Joker – ausgeschnittene Lächeln. Diese keifende Stimme. Man möchte in Gesellschaft dieser Frau so wenig Zeit wie möglich verbringen, sei auch die Leinwand als abstandwahrender Schutz dazwischen. Zwei Stunden dauert Andres Veiels Doku „Riefenstahl“ über die Filmemacherin im Dienste des NS-Regimes, der in Venedig außer Konkurrenz läuft, und sie werden einem nicht lang. Auch wenn man die Protagonistin länger sieht und hört, als einem lieb sein kann.

Warum jetzt ein Film über Riefenstahl, 21 Jahre nach ihrem Tod? Dass Veiel sich der umstrittenen Figur angenommen hat, liegt vor allem daran, dass der umfangreiche Nachlass Riefenstahls, seit 2018 im Besitz der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, ihm und seiner Produzentin Sandra Maischberger zugänglich gemacht wurde. Man sieht kuriose Trouvaillen wie das Foto einer Filmdose, handschriftlich in verbesserungsfähiger Orthografie betitelt mit „Triumph des Willens“, private Aufnahmen mit Riefenstahls Assistenten und späterem Ehe-



Leni Riefenstahl beim Dreh zu Heinrich Breloers „Speer und er“  
Foto: Bavaria Media

mann Horst Kettner und Szenen vom Dreh zu Ray Müllers Dokumentarfilm „Die Macht der Bilder“, die von Riefenstahl nicht freigegeben wurden. Sie störte sich an Fragen zur NS-Zeit.

Aus dem frühen Archivmaterial, das ihre Karriere auf dem Weg ins NS-Regime nachzeichnet, ergibt sich das Bild der entschlossenen Karrieristin, als die Riefenstahl seither gilt. Auch ihr Opportunismus wird in Veiels Rekonstruktion gut deutlich, und es zeigen sich ihre Lügen nach 1945 und ihr beständiges Abstreiten jeglicher Kenntnis von den Verbrechen der Nazis. Wenn Riefenstahl mit ihrer Vergangenheit und ihrer Rolle zur NS-Zeit konfrontiert wird, etwa 1976 in der Talkshow

„Je später der Abend“, reagiert sie mit einer aggressiven Verletztheit, die den Schluss nahelegt, dass ein wenig Schuld auf ihr gelastet haben muss, wenn die Verdrängung so groß ist. Und dass sie in diesem öffentlichen Leugnen ihrer Arbeit für das NS-Regime für einen Teil der Bevölkerung der noch jungen Bundesrepublik wohl als Heldin fungierte.

## „Verdorbenes Unwort“

Alle Interviews sind in die Kategorien Karriere, Alter, Geld, Arbeit und Umfeld unterteilt und Kulturjournalist Schüler führt zu Beginn mit dem „verdorbenen Unwort Karriere“ ein, dessen Definition sich wie klebriger Kuchenteig durch das gesamte Buch zieht. Unabhängig von der Einteilung verlaufen die Themen fließend ineinander, es geht weniger um den gelebten Alltag, sondern mehr darum, wie sich die interviewte Person als Künstler:In identifiziert, ob sie die Bezeichnung Musiker\*in eher idealistisch für sich beansprucht und wie sie das umsetzt. Im kontroversen Gespräch etwa offenbart Katharina Kollmann, – die unter dem Alias Nichtseattle bekannt ist –, dass sie nie von der Musik leben wollte. Ihr sei die Kunst zu wichtig, als dass sie diese Tätigkeit als Karriere betrachten will. Damit setzt Kollmann die Kernaussage des Bandes um, ihren hehren Anspruch teilen fast alle der Porträtierten.

Während sich viele einig sind, dass der Begriff Karriere mit Kunst und Musik wenig gemein hat, entweder weil damit normative Implikationen einhergehen (Jonas Poppe), oder traditionell mit einer 60-Stunden-Büroarbeit verknüpft werden (Viktoria Kirner), gehen einige auch sogenannten Brot- und-Butter-Jobs nach, damit sie von der Kunst finanziell unabhängig bleiben.

Manche, wie Kollmann, sind akademisch beschäftigt, andere schreiben Texte für Steinehand, wie Jana Sotzko. Während Christin Nichols viele „Scheißjobs“ – Supermarktkasse, Post ausfahren und Babysitten – gemacht habe, konnotiert Fiona

Lehmann Lohnarbeit als etwas Negatives, da mit Anstrengung verbundenes Tun. Und: Dass sie dennoch eine Nebentätigkeit vorziehe, weil das weniger unangenehm sei, als umständliche Förderanträge auszufüllen.

Dabei werden Fördermöglichkeiten immer wieder hervorgehoben, wie durch Poppe, sie ermöglichen es Musiker\*innen aus dem Prekariat herauszukommen und vielleicht auf Zuerwerb verzichten zu können. Die Frage, die dem Buch den Titel spendiert, stammt von einem Song, der durch die Band Blumfeld bekannt wurde und sie wird leider oft zum Schluss gestellt. Die Dialoge kreisen stellenweise zu eng um die Laufbahn, die je nach Künstler\*in bis in die 1980er Jahre zurückreicht. Denn gerade die Alltagsfrage, beziehungsweise die Frage nach dessen Bewältigung offenbart die Interviewten als ausgesprochen ehrlich – und frei von der Angst vor Selbstwirkung.

Manchmal erscheinen sie realitätsfern und trotz aller prekären Verhältnisse elitär, manchmal sind sie nahbar und – Achtung – normal. Wenn beispielsweise Paul Pötsch davon erzählt, wie er während der Social-Media-Nutzung in einem Vergleichsmodus gerät, oder Bernadette Hengst den Zeitaufwand einer Mutterschaft an ihrer Biografie verdeutlicht. Die Interviewten begleiten Jegodka seit seiner Jugend und sind Teil seines popkulturellen Umfelds. Das merkt man. Die Gespräche haben etwas Vertrautes und Freundschaftliches, die Biografien ähneln sich allerdings doch zu sehr und es plätschert teils zu wohlwollend vor sich hin.

Es hätte dem Buch gut getan, fremde Musiker\*innen hinzuzuziehen, aus anderen Kulturen und Lebenswelten. Oder, um es mit der trockenen und geistreichen Schnoddrigkeit von Christiane Rösinger auszudrücken: Toll, „aus dieser Blase rauszukommen, mit anderen Menschen zu tun zu haben“ und gewöhnliche Leute „mit normalen Problemen“ zu treffen.

Elite gehört zu haben, wie sie es sich gewünscht hatte. Dass es diese Beziehungen und Verstrickungen ihrerseits überhaupt gegeben hat, scheint ihr weniger Schwierigkeiten bereitet zu haben. Immerhin schickte ihr der Führer Rosen auf den Lido, als sie 1938 mit dem Körperkult-Film „Olympia“ dorthin eingeladen war.

Eine weitere Auffälligkeit sind ihre Bemühungen nach dem Krieg, stets selbst Regie zu führen, wenn man sie filmt, um das Bild von ihr bis ins letzte Detail zu kontrollieren. Wobei ihr diese Kontrolle immer wieder entgleitet. Als Heinrich Breloer sie für „Speer und er“ im hohen Alter von über 90 Jahren filmte, bestand sie darauf, dass die Kamera sie von einer Seite zeigt, die ihre Mundwinkelfalte weniger prominent erscheinen lässt. Breloer ließ dabei die Kamera einfach heimlich weiterlaufen. Die elegische Musik von Freya Arde kann das Peinvolle dieser Einblicke in eine narzisstische Persönlichkeit kaum abmildern. Nicht zuletzt, weil Riefenstahls Gesinnung sich bis ins hohe Alter mit den Überzeugungen der Nazis bestens vertragen haben dürfte.

Hinterher fühlt man sich beschmutzt, ohne dass Seife helfen könnte.

## taz mixtape

Über Popmusik in der taz zu lesen, ist das eine. Wie sich das anhört, was die Autoren da beschreiben, das andere. Deswegen gibt es das Beste aus der Musikberichterstattung der taz Kulturredaktion jeden Freitag in einer Radio-Version: taz Mixtape von und mit Klaus Walter.





# 3D für erlebte Geschichte

Auf einem französischen Dokumentarfilmfestival wurden die neuesten Virtual-Reality-Anwendungen gezeigt. Vertreter von Museen aus ganz Europa kamen vorbei, sie wollen mehr junge Leute ins Museum locken

Aus La Rochelle **Wlfrid Urbe**

An einem Septembertag des Jahres 1940 sitze ich auf der mit einer löchrigen Plane bedeckten Ladefläche eines Lastwagens der Firma Welter. Er hat gerade angehalten, in Luxemburg, an der Grenze zu Frankreich. Es ist stockdunkel. Nur durch die kleinen Risse in der Plane dringen dünne Sonnenstrahlen, die in ihren schmalen Lichtkegeln Staubpartikel und Abgasschwaden erhellen. Das Atmen fällt mir schwer. Um mich herum Säcke, vielleicht mit Sand gefüllt, die mich verbergen. Von draußen höre ich den laufenden Motor, das Getrappel von Stiefeln, Stimmen. Langsam setzt sich das Fahrzeug wieder in Bewegung. Der Grenzübertritt nach Frankreich ist geschafft.

Eine andere Sequenz: Nachts, Juni 1944, auf einem Bauernhof bei Saint-Hilaire-du-Harcouët in der Normandie. Dunkler Himmel. In der Ferne höre ich das Donnern der Bomben. Einzelne Brandherde erhellen die Dunkelheit. Dann ein schwaches, vibrierendes Brummen, das lauter wird. Es sind die Motoren unzähliger amerikanischer und britischer Flugzeuge, die nun über den Hof hinwegziehen – die Invasion der Alliierten ist in vollem Gange.

Das alles sind Eindrücke, die Marion Deichmann als Kind erlebt haben muss. Und die alle Nutzerinnen und Nutzer der VR-Anwendung „Letters from Drancy“ genauso nacherleben können. Per Headset und mit stereoskopischen Bildern,

die die Betrachtenden in eine völlig andere Welt versetzen und ihnen die bewegende Geschichte Deichmanns vermitteln: Sie war noch ein Baby, als ihre jüdischen Eltern kurz nach Hitlers Machtantritt von Karlsruhe nach Luxemburg übersiedelten. Mit ihrer Mutter flieht die Siebenjährige 1940 nach Paris, wo ihre Mutter verhaftet wird und das verzweifelnde Kind allein zurückbleibt. Über Helferinnen und Helfer gelangt sie schließlich in die Normandie, wo sie Krieg und Verfolgung überlebt und später in die USA auswandert.

## Doppeläugiges Sehen

Beauftragt wurde die Anwendung vom Illinois Holocaust Museum & Education Center in den USA, wo sie jetzt dauerhaft zu sehen ist. Gezeigt wurde die 22-minütige VR-Doku im Sommer auf einer Messe für Dokumentarfilme, der „Sunny Side of the Doc“ in La Rochelle, wo zahlreiche Beispiele für diese Art von „immersiver Wissensvermittlung“ präsentiert wurden. Anders als etwa ein TV-Bildschirm ermöglicht eine Virtual-Reality-Brille räumliches Sehen: Statt beispielsweise einen Film in 2D anzuschauen, tauchen die Träger\*innen der Brille in eine vom Computer simulierte Wirklichkeit ein, was auch als „Immersion“ bezeichnet wird. Seit einigen Jahren wird dies auch für Museen immer interessanter. Vor allem die jüngere Generation könne so angesprochen werden, so die Hoffnung.

Menschliches Sehen ist räumlich,

also dreidimensional: Das linke und das rechte Auge nehmen die Umgebung getrennt und leicht versetzt wahr, aber gleichzeitig. Das wird auch als stereoskopisches, also doppeläugiges Sehen bezeichnet. Das Gehirn synchronisiert diese beiden, sich überschneidenden Eindrücke, fügt sie zu einem einheitlichen Bild zusammen und bestimmt daraus die räumliche Beschaffenheit des erblickten Objekts.

VR-Brillen imitieren dieses stereoskopische Sehen: Rechts und links befindet sich je ein Display, das einen leicht unterschiedlichen Bildausschnitt der virtuellen Wirklichkeit zeigt. Aus diesen Informationen errechnet das Gehirn einen dreidimensionalen Eindruck der Simulation. Zusätzlich wird über VR-Tracking-Technik die reale Bewegung der Nutzer\*innen in die virtuelle Welt übertragen. So können sie sich im virtuellen Raum so bewegen, als würden sie selbst dort stehen. Über Kopfhörer kommt die entsprechende Akustik hinzu. Augmented-Reality-Brillen funktionieren ähnlich, ergänzen aber lediglich die reale Umgebung um digitale Elemente.

„Virtual Reality wird mehr und mehr benutzt“, erklärt Messeorganisatorin Maïté Labat die Entscheidung für diesen Schwerpunkt an der französischen Atlantikküste. „Es ist eine Möglichkeit für die Konsumenten, Teil der Geschichte zu sein, in die Geschehnisse einzutauchen, diese noch besser mitzuerleben und zu verstehen“, ist sich La-

bat, die früher auch für das Pariser Louvre-Museum tätig war, sicher.

Dass viele Verantwortliche großer Ausstellungshäuser auch nach La Rochelle kamen, beispielsweise vom Musée d'Orsay, dem Louvre oder der britischen Science Museum Group, liegt für Ulrich Kernbach vom Deutschen Museum auf der Hand. „Es gibt verbindende Elemente von Dokumentarfilmproduzenten und musealen Präsentationen“, sagt der Ausstellungsleiter.

Auch er ist froh, in die französische Hafenstadt gereist zu sein: „Die Szene ist unfassbar kreativ. Wir haben uns hier wirklich inspirieren lassen.“ Besonders beeindruckt war der Mitarbeiter des Deutschen Museums von einer VR-Show des Musée d'Orsay, die die Besucherschaft in das Jahr 1874 zurückversetzt. Damals fand in Paris die erste Impressionisten-Ausstellung statt.

## Digitales Storytelling

Im Deutschen Museum gab es ebenfalls schon erste Experimente mit neuen Technologien. „Wir haben unter anderem eine Sulzer-Dampfmaschine ausgestellt. Nach einem 3D-Scan und einer digitalen Nachkonstruktion konnten auch die Vorgänge im Inneren der Dampfmaschine visualisiert werden“, sagt Kernbach und ergänzt: „Ich bin mir sicher, dass man zum Erleben naturwissenschaftlicher und technologischer Phänomene VR und AR sehr gut nutzen kann.“

Ihn begeistert zum Beispiel die Idee, Moleküle mit Proteinstruk-

tur in einem virtuellen Raum in verschiedenen Konstellationen anzuordnen, damit Rezeptoren zum Beispiel mit einem Medikament interagieren. Genau das kann die Anwendung „Nanome“, die von einem gleichnamigen Start-up in San Diego entwickelt wurde. Die Anwendung ist nicht nur für Forschungs- und Entwicklungslabors gedacht, sondern auch für Studenten und alle, die sich für Chemie und Biologie interessieren.

Unterstützung beim Einsatz immersiver Technologien im Ausbildungsbereich verspricht in Deutschland das VR Education Center Hannover. Angebote werden hier zum Beispiel Applikationen wie „3D Organon VR Anatomy“, mit dem Skelettsystem, Muskeln, Gefäße, Nerven und andere Organe in 3D visualisiert werden können. Oder der „AR VR Molecules Editor“: Mit ihm lassen sich in einem Smartphone-VR-Headset 3D-Molekülmodelle von organischen und anorganischen Verbindungen bauen.

Für Kernbach ist jedenfalls klar: „Wir müssen das Thema in Zukunft noch stärker angehen.“ Über fünf Jahre wurde dazu in München das Projekt „museum4punkto – 3D-Visualisierung“ durchgeführt, um im Austausch mit den Besucher\*innen zu erproben, wie man digitales Storytelling mithilfe neuer Technologien sinnvoll einsetzen kann. Die neue Sonderausstellung „Licht und Materie“, die Quantenphysik medial begreifbar machen soll, ist gerade gestartet.

Museumsbesucher mit VR Headset  
Foto: Sylvia Lederer/imagio



”

**„Virtual Reality wird mehr und mehr benutzt. Es ist eine Möglichkeit für die Konsumenten, Teil der Geschichte zu sein, in die Geschehnisse einzutauchen“**

Maïté Labat, Messeorganisatorin

## Mehr Innovationen für die Zukunft

Die Zeitenwende erfordert neue Debatten

In der Forschung ist Deutschland weiter Spitze, aber beim wirtschaftlichen Wachstum herrscht überwiegend Stillstand. Was ist da los? Auch der Zukunftsrat suchte am Mittwoch auf Einladung von Bundeskanzler Scholz nach einer Antwort – und fand sie: Die „Innovationsfähigkeit in der Zeitenwende“, so das Thema des Treffens der 17 Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft, müsse gesteigert werden.

Die Vielzahl multipler Krisen mache es unausweichlich, dass „ein neuer innovationspolitischer Konsens zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft

gefunden“ werde, heißt es im Basispapier des Meetings. Autor:innen des Papiers sind die Mannheimer Ökonomin Irene Bertschek vom Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) zusammen mit Dirk Hoke, der als Geschäftsführer der Volocopter GmbH gerade frischen Wind in die Luftfahrttechnik bringt.

Der Zukunftsrat kommt zweimal im Jahr mit der Spitze der Bundesregierung zusammen, neben dem Kanzler auch mit den Ministern für Forschung und Wirtschaft. Es geht um die langen Linien der Technologieentwicklung, die zu beschreiben

sind, damit das Land international wettbewerbsfähig bleibt. Beim letzten Mal war die künstliche Intelligenz in der Robotik ein Thema, was dazu führte, das vor Kurzem von Forschungseinrichtungen das „Robotics Institute Germany“ (RIG) gegründet wurde. Neue Mitglieder im Rat sind Tanja Brühl, Präsidentin der Technische Universität Darmstadt, und Patrick Cramer, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft.

Ein Vorschlag zur Steigerung der Innovationskraft, also der Übertragung von Forschungsergebnissen in neue marktfähige Produkte der Unterneh-

men, sieht vor, stärker auf den Output der Maßnahmen zu achten. Bisher ging es in erster Linie darum, den Input zu steigern, indem immer mehr Geld ins Forschungs- und Innovationsystem gepumpt wurde: 3,5 Prozent am wirtschaftlichen Gesamtumsatz des Landes, dem BIP, ist bisher die Zielsetzung; Das entspricht rund 125 Milliarden Euro, die von Staat und Wirtschaft erbracht werden. Mit diesem Geld soll künftig, auch durch bessere Wirkungsmessung, effizienter umgegangen werden. „Der Transferoutput muss auf ein Niveau gehoben werden, das dem hohen

Input entspricht“, schreibt der Zukunftsrat.

Gravierender wird für die deutsche Wissenschaftslandschaft die angedachte Remilitarisierung in Teilbereichen sein. „Die Zeitenwende erfordert eine neue Debatte über die Verteidigungsforschung und Dual Use an allen Forschungseinrichtungen“, formuliert der Zukunftsrat. So könnte etwa „ein DeepTech-Wachstumsfonds mit Dual-Use-Fokus“ eingerichtet werden und Bewusstseinsbildung für mehr Waffentechnik. Für einige Universitäten wäre dies mit der Aufgabe ihrer „Zivilklauseln“ verbunden. *Manfred Ronzheimer*



Manchmal geht es auch weniger poetisch zu. Banner in der TSG-Kurve am Samstag, 24. August  
Foto: reuters

# Tumult bei den Graumäusigen

Bei der TSG 1899 Hoffenheim finden Grabenkämpfe hinter den Kulissen statt – und die dünn besetzte Ultraszene bezieht Stellung. Am Montag könnte es zum Showdown kommen

Von **Christoph Ruf**

Eigentlich sind die Zeiten, in denen Ultras aus Prinzip nicht mit „den Medien“ reden, vorbei. Die meisten Fanszenen haben gelernt zu differenzieren oder nutzen Kanäle wie Fanprojekte oder Fanhilfen, um ihre Sicht der Dinge zu transportieren.

Bei der personell überschaubaren Hoffenheimer Ultraszene, die am vergangenen Wochenende durch einen 90-minütigen Stimmungsboykott beim Spiel gegen den Aufsteiger Holstein Kiel (3:2, drei Tore von Ewig-Hoffenheimer Andrej Kramaric) auf sich aufmerksam machte, ist das anders. Auch die Anfrage der taz bei den „Young Boyz 07“ blieb unbeantwortet.

Wie das zur Klage auf einem anderen Transparent passt, wonach die Vereinsseite die Medien „instrumentalisieren“, ist unklar. Manche Kollegen hätten sich liebend gerne auch von der anderen Seite „instrumentalisieren“ lassen. Man nennt so etwas „Recherche“.

Die wiederum hat auf anderen Wegen ergeben, dass die Hoffenheimer Fans die Entlassung des sportlichen Leiters Alexander Rosen vor rund einem Monat kritisieren. Den sahen nicht nur sie als Ge-

gengewicht zu manchem Einflüsterer des mächtigen Mäzens Dietmar Hopp. Das Transparent mit der poetisch anmutenden Aufschrift „Disteln sind dem Esel lieber als Rosen“ durfte man so interpretieren. Die Befürchtung, dass bei der TSG künftig Menschen ans Ruder kommen, deren Loyalität zu Hopp sehr weit oben im Anforderungsprofil steht, haben nicht nur die Ultras. Ebenso wenig wie ihre Gegnerschaft zu Spielerberater Roger Wittmann („Rogon“), den Hopp einen „Freund“ nennt und der in den vergangenen Jahren gut an der TSG verdient hat. „Vetternwirtschaft“ geißelte dann auch ein anderes Fan-Transparent.

Auch der geschasste Rosen soll die Liaison mit Rogon kritisch gesehen haben und wünschte nun am Mittwoch in einer Wortmeldung „vor allem Rino“ (Trainer Pellegrino Matarazzo; *Anm. d. Red.*), „der Mannschaft und den vielen großartigen Mitarbeitern alles erdenklich Gute für die bevorstehenden Herausforderungen“. Auch Hopp selbst erwähnt Rosen positiv und belässt es ansonsten bei dem Satz, er blicke „mit einer gewissen Sorge auf die aktuellen Entwicklungen“.

Das dürfte auch für den erwähnten Trainer gelten. Denn Pellegrino Matarazzo hat in Rosen seinen größten (und einzigen) Fürsprecher in der Chefetage verloren. Warum er so wenig Rückhalt hat, ist wie so vieles bei der TSG nebulös. In der vergangenen Saison erreichte Matarazzo jedenfalls Platz sieben mit einer Mannschaft, die definitiv nicht

**Teile der Basis stehen gegen einen Mann, ohne den man Amateurfußball spielen würde**

mehr hergab. Rosen selbst war bei der TSG auch bei vielen Fans auf den Sitzplatztribünen anerkannt, nicht zuletzt, weil er einem allgemein als graumäusig wahrgenommenen Klub ein Gesicht gab. Auch der ehemalige Präsident Kristian Baumgärtner, der Anfang Juni angeblich aus „gesundheitlichen Gründen“ sein Amt zur Verfügung stellte, stand auf Rosens Seite.

Wie stark das Lager derjenigen ist, die im Klub gerne etwas mehr an Meinungsvielfalt sähen, ist schwer einzuschätzen. Das Gros der TSG-Fans dürfte am Samstag nicht aus Solidarität mit den Ultras geschwiegen haben, sondern weil sie es gewohnt sind, dass die Stimmung in der Arena von den Damen und Herren auf den billigen Plätzen hinterm Tor besorgt wird. Die Dankbarkeit gegenüber Hopp ist ansonsten groß, auf sie wirkt es ja widersprüchlich, dass Teile der Basis gegen einen Mann aufbegehren, ohne den der Klub im Amateurfußball spielen würde.

So oder so: Am kommenden Montag findet die Mitgliederversammlung des Gesamtvereins statt. Bis vor Kurzem war der Sinsheimer Oberbürgermeister Jörg Albrecht einziger Kandidat, nicht eben als Hopp-kritisch bekannt. Nun hat ein Gegenkandidat seine Kandidatur angekündigt, der bislang noch anonym bleiben will. Keine Überraschung wäre es, wenn der große Unbekannte aus der Fanszene käme. Eine große Überraschung wäre es hingegen, wenn er gegen einen Kandidaten von Hopps Gnaden eine realistische Chance hätte.

## was alles nicht fehlt

**Neuling im DFB-Kader:** Julian Nagelsmann verkündet den DFB-Kader für die anstehenden Länderspiele gegen Ungarn und die Niederlande. Nach den Rücktritten von vier DFB-Größen (Gündoğan, Kroos, Müller, Neuer) reagiert der 37-Jährige mit minimalen Änderungen. Der einzige Neuling im Kader ist der 23-Jährige Angelo Stiller vom VfB Stuttgart. Auf ihn folgten keine weiteren neuen Spieler, da der Kader von 26 auf 23 Spieler verkleinert wurde. Überraschend nicht dabei ist Antonio Rüdiger. Offen ist auch noch, wer Kapitän als Nachfolger von Ilkay Gündoğan wird.

**Erste Medaille sicher:** Bei den Paralympischen Spielen in Paris konnten die Tischtennisspielerinnen Stephanie Grebe und Juliana Wolf ins Halbfinale einziehen. Da es kein Spiel um Platz drei gibt, ist ihnen damit eine Medaille sicher. Die beiden in der Startklasse WD14 Antretenden konnten sich im Viertelfinale gegen die Gastgeberinnen aus Frankreich durchsetzen.

**Zverev eine Runde weiter:** Alexander Zverev zieht bei den US Open und sendet den 35. Grand Slam in die dritte Runde ein. Er besiegte den französischen Außenseiter Alexandre Müller souverän und konnte somit bei widrigen Bedingungen etwas Kraft sparen. Im Halbfinale könnte es zu einem Duell mit Olympiasieger Novak Đoković kommen.

**Mainz holt Hong:** Der FSV Mainz 05 verpflichtet den südkoreanischen Mittelfeld- und Nationalspieler Hyun-seok Hong. Der 25-Jährige spielte zuvor beim belgischen Erstligisten KAA Gent und unterschreibt bei den Rheinlössen einen Vertrag bis 2028. Hong spielte vor einigen Jahren schon mal in Deutschland bei der Spielvereinigung Greuther Fürth.

# Von der Front auf das Spielfeld

Die Paralympics sind eng mit Kriegen verbunden. In Paris nehmen wieder viele ehemalige Soldaten teil

Aus Paris **Ronny Blaschke**

Es sind rund 4.400 Sportlerinnen und Sportler aus 167 Ländern, die seit Mittwoch an den 17. Sommer-Paralympics teilnehmen. Viele von ihnen leben seit der Geburt mit einer Behinderung. Andere erkrankten im Laufe ihres Lebens oder mussten sich nach Unfällen amputieren lassen. In etliche Biografien haben sich auch Konflikte eingeschrieben: Zahlreiche Athleten wurden einst als Soldaten verwundet, andere betrachten ihren Sport noch immer als patriotische Pflicht. Die Weltspiele des Behindertensports sind so sehr mit Krieg verbunden wie kaum eine andere Sportbewegung.

Besonders sichtbar ist das in der Ukraine. Laut Valeriy Sushkevych, dem Präsidenten des Nationalen Paralympischen Komitees, sollen die Wohnungen und Häuser von 100 ukrainischen Paralympiern zerstört worden sein. Ihr Hauptquartier und ihr Trainingszentrum auf der Krim werden seit der Besetzung auch von russischen Soldaten für Sport genutzt. Für Sushkevych ist es unerträglich, dass in Paris 98 „neutrale Athleten“ aus Russland und Belarus teilnehmen. Offiziell haben diese keine Verbindung zu Putins Sicherheitsapparat. Doch die ukrainischen Paralympier recherchieren seit mehr als zwei Jahren, um das Gegenteil zu beweisen. Laut Sushkevych ist der Behinderten-

sport in Russland eine wichtige Säule in der Rehabilitation verwundeter Soldaten. Dafür wurde in der besetzten Region Donezk offenbar eine neue Sportorganisation gegründet. In Belarus soll ein paralympischer Schwimmer sogar an der Entführung ukrainischer Kinder beteiligt gewesen sein.

Die Konfliktgeschichten einiger Länder lassen sich in paralympischen Disziplinen ablesen. In Ruanda müssen nach dem Genozid 1994 viele verletzte Tutsi mit Amputationen leben. Einige von ihnen begründeten eine Tradition im Sitzvolleyball. Das ruandische Frauenteam hat sich nun für Paris qualifiziert. Bei den Männern ist Bosnien und Herzegowina vertreten. Nach dem Krieg in den Neunzigern wurde Sitzvolleyball auch dort zu einer geachteten Sportart. Doch niemand fördert seine Kriegsverletzten so sehr wie die USA. Soldaten, die im Irak oder in Afghanistan verwundet wurden, sind oft gegenüber denjenigen im Vorteil, die nach einem Unfall oder einer Erkrankung auf das reformbedürftige Gesundheitssystem angewiesen sind. Das Verteidigungs- und das Kriegsveteranenministerium und Dutzende private Organisationen stellen Förderungen in Millionenhöhe bereit. An diesem System orientieren sich Athleten in Großbritannien und Kanada. Regelmäßig messen sie sich bei eigenen Wettbewerben wie den „Warrior Games“ und den „Invictus Games“.

Damit kehren die Paralympics zu ihren Wurzeln zurück. Es war der Neurologe Ludwig Guttmann, der während des Zweiten Weltkrieges in der englischen Kleinstadt Aylesbury die Behandlung von Querschnittsgelähmten revolutionierte. Er animierte sie zu mehr Bewegung und organisierte im Juli 1948, am Eröffnungstag der Olympischen Spiele von London, im Park seines Krankenhauses einen Wettbewerb im Bogenschießen für 16 Kriegsversehrte. Es war das Fundament der Paralympics, die seit 1960 alle vier Jahre stattfinden.

An das Vermächtnis des jüdischen Mediziners Guttmann, der vor den Nazis geflohen war, wird in diesen Tagen vor allem in Israel erinnert. Im historischen Medaillenspiegel der Sommer-Paralympics belegt das kleine Land Rang 15. Die beste Platzierung gelang 1976 in Toronto: Rang drei mit 69 Medaillen. Damals nahmen für Israel etliche Sportler teil, die als Soldaten im Sechstagekrieg und im Jom-Kippur-Krieg verwundet worden waren. Unter ihnen Moshe Matalon, der heute dem Nationalen Paralympischen Komitee Israels vorsteht. Er möchte, dass die etwa 10.000 Soldaten, die seit dem 7. Oktober medizinisch behandelt werden, durch Sport wieder in den Alltag zurückfinden. Und vielleicht nehmen sie dann an den Paralympics 2028 teil. Der inoffizielle Titel seines Projekts: „Von Gaza nach Los Angeles“.

taz panterstiftung

„2017 schrieb ich den ersten Text über die nach Paragraf 219a angeklagte Ärztin Kristina Hänel – als Volontärin. Dass der Paragraf nun Geschichte ist, daran hat auch die taz Panter Stiftung ihren Anteil.“

Dinah Riese, ehemalige Pantervolontärin, leitet heute das Inlands-Ressort der taz



**Zwei taz Panter Volos ab November gesucht.**

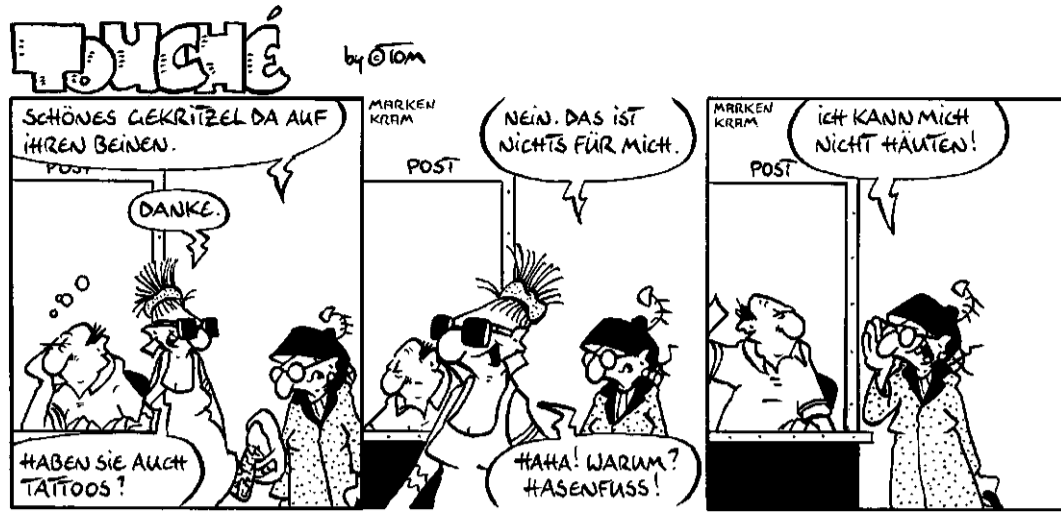
Ausschreibung ab September auf [taz.de/stiftung](https://taz.de/stiftung)

Ihre Spende unterstützt das Projekt: [taz.de/spenden](https://taz.de/spenden)



gurke des tages

Und dafür müssen aufwendige Studien betrieben werden? „Fruchtfliegen während Balz blind für Gefahren“, meldete gestern die Liebesagentur dpa. Biologen aus Birmingham und Berlin veröffentlichten jetzt in *Nature* eine Studie, nach der männliche Fruchtfliegen Gefahren wie Fressfeinde ignorieren, wenn sie mit Balz und Paarung beschäftigt sind. Hallo, Wissenschaftler! Noch nie gebalzt? Noch nie von Fressfeinden verspeist worden? Das kennt doch jeder – auch ohne Popstudie.



das wetter

Die Nudelbretts

Draußen vor der Gangsterbude der Gemüsekinggang ging das Pariser Leben seinen gewöhnlichen Gang. Tand, Glitter und Gekichere säumten die breiten Boulevards. Oma Gisela, die erst vor wenigen Stunden zur Rettung ihres Sohnes Detlef Nudelbrett aus Rheydt via Aachen-Laschet arriert war, besah sich das turbulente Treiben durch ein Guckloch in Form eines Spargelschälers. Die Gangster hatte sie höchst erfolgreich in den Zwiebelaufzuchtbereich

abgedrängt und dort resolut mit tränentreibenden Tätigkeiten beauftragt. Detlef rätzte in seiner Rucola-Ecke gut was weg, es waren ja auch aufregende Stunden mit Oma Gisela im Space-Kostüm Galaxis XS Kö gewesen. Aber jetzt hatten sie die beiden Ganoven unter Kontrolle! Fehlte nur noch Hannelore, Detlefs Frau, wo war die eigentlich abgeblieben? Oma Gisela sah in die arg traurigen Hundeaugen von Dackeldame Duisburg. War gar ein großes Unglück geschehen?

Unerhört!

Breaking News aus Berlin: Brandenburger Tor heißt ab sofort Braunschweiger Tor

Von Harriet Wolff

230 Kilometer nur trennen die peekige norddeutsche Welfenmetropole von der ostdeutschen und schlecht funktionierenden Bundeshauptstadt. 230 lange Kilometer, die jetzt symbolisch kurz und noch kürzer werden, denn Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU) hat im Handstreich verfügt, dass das einzige seiner einst 18 Stadttore, der auf Sand und windigen Versprechen gebauten Häuseransammlung, ab 1. September 2024 Braunschweiger Tor heißen wird und muss. Wer sich nicht hält an die neue

Sprachregelung für das frühklassizistische Triumphtor, bekommt via Lieferando ein saftiges Knöllchen „zum Blechen“ serviert, wie es in einer Pressemitteilung der Senatskanzlei heißt. Kai Wegner hat der Wahrheit auf Nachfrage jetzt durch sein Büro mitteilen lassen, dass es sich bei der spektakulären Umbenennung „um einen reinen Verwaltungsakt handelt, wenn auch mit Tragweite und symbolisch“. Im Übrigen habe man im besten Einvernehmen mit dem SPD-regierten Braunschweiger Tor heißen wird und muss. Wer sich nicht hält an die neue



Die neue Attraktion in Berlin: das Braunschweiger Tor  
Foto: Karsten Thielker

sprünglich Brandenburger Tor genannten Braunschweiger Tor nach Braunschweig zu verbringen und die dortige Quadriga auf dem Braunschweiger Schloss nach Berlin. Aber warum bloß? Aus der Senatskanzlei heißt es, der Regierende hätte schon

seit seinem Eintritt in die CDU und die Junge Union Spandau im Jahr 1989 die Bezeichnung Brandenburger Tor für ein Tor, das mitten in Berlin und nicht im benachbarten ungeliebten Brandenburg steht, „recht unpassend gefunden“. Seitdem

habe er sich hinter den Kulissen und in seinen früheren Funktionen als Landesvorsitzender der Berliner Schüler Union, als Kreisvorsitzender der Jungen Union Spandau, aber auch besonders während seiner Zeit als stellvertretender CDU-Kreisvorsitzender in Spandau für eine Umfirmierung des 20,3 Meter hohen, 11 Meter tiefen und 62,5 Meter breiten Tores eingesetzt. Als Kai Wegner dann heuer beim Osterurlaub mit seiner geliebten Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch aus Berlin-Mahlsdorf zufällig eine Camping-Parzelle mit dem Braunschweiger Oberbürgermeister Thorsten Kornblum bei Helmsstedt teilte, wurden „aus starkem Wunsch bezüglich der Umbenennung des Branden-

burger Tors handelnde Realitäten“, so der Wortlaut der Pressemitteilung, auf der mittig zwei gedruckte Säulenreihen mit jeweils sechs kannelierten und mit Basen versehenen dorischen Säulen platziert sind. Und was hat die stolze, uralte Welfenstadt Braunschweig von dem Tausch? „Kai Wegner ist einfach ein prima Typ, und wir sind ab jetzt als wohl meistbesuchte Sehenswürdigkeit Berlins in aller Munde. Braunschweiger Tor ist der Platz zum Sein, the place to be!“ Welfen-OB Kornblum ist am Telefon ganz aus dem Häuschen. Und wir haben noch eine letzte Frage: „Heißt das Braunschweiger Schloss ab jetzt dann Berliner Schloss?“ – „Bloß nicht“, ruft der OB, „so hässlich, wie das da bei Ihnen in Berlin ist!“

Arno Frank

Fantasy-Stuss in einem Guss

Tyland Lennister vermittelt zwischen den Grünen und der Triarchie ein Bündnis, die verlangt jedoch die Herrschaft über die Trittsteine. Bei Gewürzstadt wird Corlys Bastardsohn Addam von Holk vom Drachen Seerauch verfolgt und unerwartet zu seinem neuen Reiter. Zuvor muss er noch Admiral Sharako Lohar im Zweikampf bezwingen, welche sich anschließend beeindruckt von ihm zeigt und will, dass er ihre Frauen schwängert. Während Viserys und Rhaenyra nach Driftmark reisen, drängt Otto bei seiner Abreise Alicent, ihren Sohn darauf vorzubereiten, König zu werden, da das Volk nach Viserys' Tod Rhaenyra nicht akzeptieren werde... Ich will den Quatsch, der hier steht, einfach mal als Quatsch

so stehen lassen. Es handelt sich um Inhaltsangaben dessen, was gegenwärtig in Staffel 1 von „House of the Dragon“ passiert, einem Aufguss von „Game of Thrones“, was wiederum ein Aufguss von „Herr der Ringe“ ist, was wiederum ebenfalls neu aufgegossen wird, keine Ahnung, Rollenspieler und Mittelalterfans werden es wissen und sehr gern Auskunft erteilen. Gegen gute Geschichten habe ich nichts. Nur gegen Fantasy als Genre in toto. Es kann sich schlicht niemand etwas ausdenken, das irrer wäre als die Wirklichkeit. In Wirklichkeit, nur mal so als Beispiel, wurde im Jahr 450 in Burgund der Diebstahl eines Jagdhundes damit bestraft, den betreffenden Hund öffentlich auf den Hintern küssen zu

müssen, bevor er an der Seite der letzten römischen Feldherren, die einen gewissen Attila aus Frankreich vertreiben, der im Nibelungenlied der „Etzel“ werden wird... Aber zurück zum Faktischen, denn nach gewonnener Schlacht hat König Sigismund ein wenig Ruhe, jedenfalls bis seine Frau Ostrogotho stirbt, da heiratet der Merowinger eine sexuell attraktive Dienerin, kleidet sie in die Gewänder der Verstorbenen, was seinen Sohn natürlich irgendwie stört, und vorsichtshalber überzeugt die neue Frau des Sigismund ihn davon, dass der Spross einen Putsch plant, woraufhin der die Erdrosselung des Sohnes ins Werk setzt, gleich darauf aber dermaßen bereut, dass er die Mönche der Abtei Saint-Maurice anweist, „für alle Zei-

ten“ Psalme und Chorgesänge zum Seelenheil des Ermordeten anzustimmen, was die auch machen, und zwar im Neuschichtbetrieb durch fast ein halbes Jahrtausend hindurch. Unterdessen müssen die Muselmänner aus dem Süden und, mithilfe des Schleiers von Maria (!), die Wikinger aus dem Norden geschlagen werden, die fehlten gerade noch, dürfen allerdings die Normandie nach sich selbst benennen und sich dort ansiedeln, von wo aus sie dann zwei Generationen später England erobern, während Chlodwig eine Chlothilde heiratet, eine Nichte von Godegisel und so weiter und so fort... Warum ist das nicht längst ein Mehrteiler bei Amazon? Ach so, es flattern keine Drachen durchs Bild. Schade.

taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag, Herausgeb.: taz die tageszeitung, Verlagsgenossenschaft eG

**Hausanschrift:** Friedrichstraße 21, 10969 Berlin  
**Postanschrift:** Postf. 610229, 10923 Berlin  
**Telefon:** 030 | 25 902-0 | www.taz.de  
**Chefredaktion:** Barbara Junge, Ulrike Winkelmann, Katrin Gottschalk (stellv.)  
**Chefreporter:** Peter Unfried

**Lokalredaktionen:**  
**Nord-Hamburg:** Stresemannstraße 23, 22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0  
**Bremen:** Pieperstraße 7, 28195 Bremen, 0421 | 96026 0  
**Berlin:** Friedrichstraße 21, 10969 Berlin, 030 | 25 902 0

**Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes:** Barbara Junge  
**Leserinnenbriefseite:** Gaby Sohl  
**Anzeigen:** Sönke Tümmler  
**Berliner Lokalteil:** Marie Frank | alle Berlin  
**Regionalteil Nord:** Jan Kahlcke | Hamburg  
**Leserinnenbriefe E-Mail:** briefe@taz.de  
**Fax:** 030 | 25 902 516

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

**taz Shop:** 030 | 25 902 138  
**Anzeigenverkauf:** taz-Anzeigenabteilung, Friedrichstraße 21  
**Telefon:** 030 | 25 902 314  
**E-Mail:** anzeigen@taz.de

**Verlag:** taz Verlags- und Vertriebs GmbH Friedrichstraße 21, 10969 Berlin  
**Geschäftsführerinnen:** Aline Lüllmann, Andreas Marggraf  
**Gesellschafter:** taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin

**Vorstand:** Pascal Becker, Redakteur | Anne Fromm, Redakteurin | Aline Lüllmann, Kauffrau | Andreas Marggraf, Kaufmann | Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin

**Aufsichtsrat:** Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer/ Steuerberater, Bielefeld | Hermann-Josef Tenhagen, Journalist, Berlin | Nina Schoenian, Kauffrau, Berlin

**Druck:** auf PALM Recyclingpapier: A. Beig Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG, 25421 Pinneberg | prima Rotationsdruck Nord GmbH & Co. KG, 19243 Wittenburg | MDV GmbH & Co. KG, 35390 Gießen

**Abo-Service:** 030 | 25 902 590  
9.00 – 16.00 Uhr | Mo. – Fr.  
**Fax:** 030 | 25 902-680  
**E-Mail:** abo@taz.de  
Abo-Nummer nicht vergessen!  
Mtl. Mindestpreis regulär 42,80 €

**Titanic** Ab Samstag in allen Wahllokalen

**»DANKE«, DEMOKRATIE!**

Die Ossi haben **gewählt**: Soljanka, Grützwurst und als Nachtisch einen Becher **Nudossi**. Und jetzt dürfen sie auch noch ihre **Stimme abgeben**! Die globalen Folgen der Ostwahlen im September hat sich **TITANIC** bereits in buntestem Grau ausgemalt. Der Rote Platz wird zum Platz des himmlischen **Friedens**. Wenn Egon Krenz das noch erleben könnte ...

**IM HEFT** Vor der Schicksalswahl hat eine westdeutsche Mediendelegation rübergemacht und berichtet auf acht investigativen Seiten aus dem Herzen des Ostens (Halle/Saale)! Außerdem: Das war Olympia. Warnung vor dem nächsten Warntag. Das Horror-Hochhaus von Duisburg. Wer ist Alexander Schweitzer? 75 Jahre FSK. Neue Waffenverbote. Mit Cartoons und Comics von Rattelschneck, Rubinowitz und Rürup.

**Titanic** MACH DEIN KREUZ BEI UNS

**WELTFRIEDEN AUSGEBROCHEN!**

**Ossi-Wahlen zeigen Wirkung!**



**taz**  **shop**

**Sparduschkopf.** 18 Liter Wasser verbrauchen wir im Schnitt unter der Dusche – pro Minute. Hier sind es lediglich 6, bei gleicher Effizienz. Durch eine spezielle Wirbeltechnik sind die Wassertropfen mit Luft gefüllt, so werden Kalkablagerungen im Duschkopf verhindert und der Sprühnebel wird um ca. 80 Prozent reduziert.

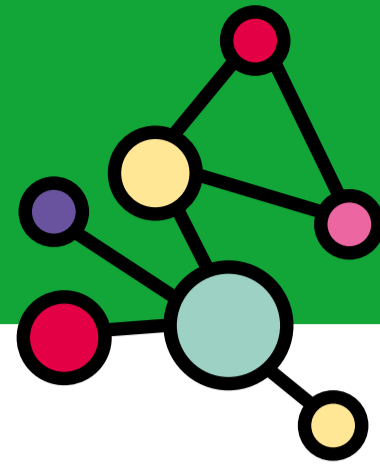
Anschluss: 1/2-Zoll-Außengewinde.

**Klein.** L 25 cm, Ø 7 cm. € 109,00

**Groß.** L 25 cm, Ø 10 cm. € 119,00

10 % Rabatt für taz-Unterstützer:innen\*

\*Ausgenommen sind Druckerzeugnisse, Wein, Gutscheine und einige Soli-Artikel sowie bereits reduzierte Waren.  
taz Shop | taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Friedrichstraße 21 | 10969 Berlin | Telefon (030) 25 90 21 38 | tazshop@taz.de | taz.de/shop



Editorial

## Immer dieses schiefe Bild!

Woher kommt das schlechte Image von Sachsen? In den letzten Monaten haben wir uns, junge Menschen zwischen 16 und 28 Jahre alt, auf Einladung der taz Panter Stiftung mit dem Bild unseres Heimatbundeslands auseinandergesetzt. Mit diesem Dossier wollen wir einen frischen Blick darauf werfen.

Um diesem Thema auf den Grund zu gehen, lohnt es sich, die Berichterstattung über sächsische Städte genauer zu betrachten, wie Chemnitz und Zwickau, die dritt- und viertgrößte Stadt im Bundesland. Diese Städte stehen stellvertretend für viele andere in der Region. Die Berichterstattung darüber erscheint besonders einseitig.

Ich nehme gerne die taz-Berichterstattung als Beispiel. Seit 2022 fokussiert sie sich stark auf Rechtsextremismus und Rassismus, wenn Chemnitz vorkommt. Ein Drittel der Artikel handelt seitdem direkt von diesen Themen. Bei dem Rest wird zwar über etwas anderes berichtet, jedoch immer wieder auf die Ereignisse von 2018 oder auf Rechtsextremismus hingewiesen. Chemnitz wird in den Überschriften pauschal als Rassenstadt bezeichnet. Einen Nazikiez gab es in Chemnitz nie. Über Zwickau hat die taz in den letzten drei Jahren zwei Artikel veröffentlicht – beide zu Rechtsextremismus.

Nach den Ergebnissen der Europawahlen im vergangenen Juni wurde erneut über den „rechten Osten“ diskutiert. Die alten DDR-Grenzen seien in AfD-Blau eingefärbt. Der Osten bewege Deutschland nach rechts, hieß es. Unterbelichtet blieb jedoch, dass zwei Drittel aller AfD-Stimmen aus Westdeutschland kamen.

Mit dem schiefen Bild über Sachsen, das über die Medien verbreitet wird, werden Zugezogene konfrontiert, wenn sie sich für Ostdeutschland zum Studieren entscheiden. Darüber berichten wir auch in dieser Beilage. Allein über Chemnitz gäbe es so viele positive Aspekte zu berichten! Der Chemnitzer FC, der früher für Rechtsextremismus bei Fußballfans stand, hat sich zu einem weltoffenen Verein gewandelt. Das ehrenamtlich organisierte Kosmos-Festival engagiert sich für Toleranz und gegen rechts und zog dieses Jahr 70.000 Besucher an. In Chemnitz leben im Verhältnis zur Einwohnerzahl (250.000) die meisten ukrainischen Geflüchteten in Deutschland, die mittlerweile fest in das Stadtbild integriert sind. Es gibt eine große vietnamesische und indische Gemeinde. Zudem befindet sich in Chemnitz das einzige ostdeutsche „Einhorn“ (Start-up mit einer Milliarden-Bewertung) außerhalb Berlins.

Es ist daher erfreulich, dass die taz und die taz Panter Stiftung dieses Mal Nachwuchsautor:innen beauftragt haben!

**Johannes Fromm** (25), aufgewachsen in Mecklenburg-Vorpommern, ist für das Studium nach Chemnitz gezogen.

Impressum

**Projektleitung:** Andreas Rüttenauer, Gemma Terés Arilla  
**Redaktion:** David Muschenich, Céline Weimar-Dittmar, Nanja Boenisch, Anastasia Zejneli  
**Projektsassistent:** Laila Durczak  
**Fotoredaktion:** Isabel Lott, Josepha Stolz  
**Layout:** Nadine Fischer  
**Korrektur:** Rosemarie Nünning

Die Dossiers Thüringen, Sachsen und Brandenburg vor den Landtagswahlen sind Teil der Projekte Demokratie- und Nachwuchsförderung der taz Panter Stiftung

## Perspektivwechsel „Das iss ooch Sacksn!“



Über marginalisierte ostdeutsche Geschichte schreiben zwei der Nachwuchsjournalist:innen in dieser Sachsen-Beilage. Einen Kommentar aus Sicht sächsischer People of Colour (PoC) lesen Sie auf Seite 2. Die persönliche Erfahrung aus den „Baseballschlägerjahren“, die jetzt zurückkehren, finden Sie auf Seite 5. Auch über einen Nachwuchsjournalisten dieser Beilage sind wir auf sächsisches Archivmaterial gestoßen. Zum Beispiel dieses Bild mit DDR-Vertragsarbeitern aus Mosambik 1987 in Hoyerswerda  
Foto: Archiv Malte Wandel

# Zwischen Aufbruch und Störrischkeit

Die Idee einer die Demokratie verachtenden Region muss historisch ergänzt werden. Sachsen kann als Wiege demokratischer Ideen und Organisationen gesehen werden, und als Heimat großer demokratischer Vorkämpfer. Ein Essay

Von **Vincent Raab**

Sind die Sachsen generell rebellisch? Ist der Konflikt zwischen Demokratie und Autoritarismus der politischen Konstellation in Sachsen inhärent? Ähnliche Fragen tauchen oft am Küchentisch auf. Ein Blick auf die Geschichte der Demokratie Sachsens und auf die Theorien von Politikern können helfen, Vermutungen und Interpretationen auszudrücken.

Nicht lange nach dem Ende des Ersten Weltkriegs fuhr der letzte König Sachsens, Friedrich August III., inkognito durch das Land, welches er seit 1918 nicht mehr regieren durfte. Der volksnahe Blaublüter war noch immer beliebt, obwohl das „rote Sachsen“ nicht nur eine Republik, sondern gar eine Hochburg linker Strömungen war. Als die Anwesenheit des Ex-Königs nicht länger unbemerkt blieb, öffnete er das Fenster seiner Kutsche und schleuderte der jubelnden Menschenmenge in breitem Säbisch entgegen: „Ihr seid mir scheene Rebbubligahn!“ (Ihr seid mir schöne Republikaner!)  
Diese Anekdote ist emblematisch für die vielen Umbrüche, die die Geschichte Sachsens prägen. Zu Beginn daher direkt der erste „Fun-Fact“: Es hätte gut sein können, dass es Sachsen heute gar nicht mehr gibt. Sachsen war ein Machtfaktor. Als Kurfürsten konnten die sächsischen Herrscher zum Beispiel den römisch-deutschen Kaiser wählen. Doch nach-

dem die mit Napoleon verbündeten Sachsen ihr Waterloo erlebten, war es um diesen Einfluss geschehen. Gleich zweimal, 1815 und 1866, konnte nur knapp verhindert werden, dass Sachsen von Preußen vollständig annektiert wurde.

Dafür nahm der nunmehr politische Zwerg eine Vorreiterrolle bei der Industrialisierung ein. Die Entwicklung von Textil-, Maschinenbau- und Schwerindustrie führte dazu, dass 1839 die erste Fernbahnstrecke Deutschlands zwischen Dresden und Leipzig eröffnet wurde. Die plötzliche Entstehung einer großen Arbeiterschicht brachte natürlich sozialen Sprengstoff mit sich, der sich aufgrund der schleppenden politischen Reaktion auf diese Veränderungen auch entladen sollte.

Sachsen hatte eine der konservativsten Regierungen Deutschlands. Diese Unwilligkeit zu demokratischen oder gar sozialen Reformen veranlasste die Bevölkerung zum Handeln. Bereits in den beiden Revolutionen des 19. Jahrhunderts waren die Sachsen aktiv. Besonders 1849 trotzten die Bürger der autoritären Gegenrevolution. Als das Paulskirchenparlament schon entmachtet war, jagten die Dresdner den König aus der Stadt (wenn auch nur für einige Tage). Kulturelle Berühmtheiten wie Richard Wagner, aber auch der anarchistische Anführer Michail Bakunin halfen dabei – Man stelle sich vor: Dresden als Traumziel der Anarchisten!

Auch wenn diese illustren Persönlichkeiten die Monarchie nicht von der Rückkehr abhalten konnten, wollten sich die Menschen nicht bevormunden lassen. So wurde das „rote Sachsen“ geboren. 1863 wurde mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein die erste gesamtdeutsch orientierte demokratische Arbeiterpartei Deutschlands in Sachsen gegründet. Auch die erste sozialdemokratische Tageszeitung, *Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund*, entstand sieben Jahre später. Die Meißnerin Louise Otto-Peters wurde auf der ersten Frauenkonferenz Deutschlands 1865 in Leipzig die Vorsitzende der ersten Frauenrechtsorganisation im Land. Diese Aufzählung könnte noch weitergeführt werden. Aber eins ist klar: Die Friedliche Revolution 1989 konnte bereits auf eine lange Tradition an sächsischem Aktivismus blicken.

## Die Friedliche Revolution 1989 konnte auf eine lange Tradition an sächsischem Aktivismus blicken

Und nun? Die Politikologen Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan erklären in der Cleavage-Theorie den Erfolg von neuen Parteien. Ihr Argument: Unsere Demokratie lernt aus tiefen gesellschaftlichen Veränderungen, indem neue Parteien, die von dem Umbruch profitieren, durch den Wahlerfolg in die politischen Prozesse eingebunden werden. Es gibt nur wenig bessere Beispiele für diese Theorie als die hier betrachtete Epoche der sächsischen Geschichte: Mit der schnellen industriellen Revolution wurden linke Gruppierungen erfolgreich.

Was kann uns diese Theorie jedoch für die heutige Zeit lehren? Uns wird das Privileg zuteil, eine weitere Transformation zu durchleben: die Globalisierung. Politisch spüren wir das unter anderem am Aufstieg der Populisten. Wenn wir Letzteren etwas entgegenzusetzen möchten, so lehrt uns die Cleavage-Theorie: Es reicht nicht, sich in Wort und Tat nur an diesen Strömungen abzuarbeiten. Wir sollten hingegen unser gesamtes politisches System anschauen und uns fragen, wie wir es reformieren können, um mit der Globalisierung mithalten zu können.

Heute sind auch wir „scheene Rebbubligahn“ – hin- und hergerissen zwischen dem Festhalten am Altbekanntem und dem Aufbruch in die sich verändernde Welt. Gestalten wir diesen Wandel aktiv mit!

**Vincent** (24), geboren und aufgewachsen in Radebeul, ist Kulturmanager und setzt sich für eine offene Debattenkultur in (Ost-) Deutschland ein.

Kommentar von **Salomé Schilcher**  
zur Vernetzung von  
People of Colour (PoC) in Sachsen

## Verbündet und vernetzt euch

Ostdeutschland befindet sich in einem tiefgreifenden Wandel. Es ziehen mehr junge Menschen in die Region – und in den vergangenen Jahren wurden viele Projekte ins Leben gerufen. Besonders bemerkenswert sind die Initiativen, die von und für People of Colour (PoC) gegründet wurden. Doch warum ist die Vernetzung von PoC gerade im Osten so bedeutend?

Im Jahr 2023 hatte in Westdeutschland jede dritte Person einen Migrationshintergrund, während es in Ostdeutschland nur jede neunte war. Diese Diskrepanz hat ihre Wurzeln in der Vergangenheit. Während der DDR-Zeit gab es vergleichsweise wenig Migration. Gastarbeitende, unter anderem aus Vietnam und Mosambik, bildeten die größte ausländische Bevölkerungsgruppe. Als das Klima außerhalb der ostdeutschen Großstädte rassistischer und gewaltsamer wurde, emigrierten viele Vertragsarbeitende nach der Wende in die BRD oder wurden ausgewiesen. In den drei Jahrzehnten seit der Wende hat sich im Hinblick auf Migration nicht viel geändert. Rassismus wird oft fälschlicherweise allein Ostdeutschland zugeschoben, dennoch spielt neben sozioökonomischen Ursachen auch ein stärkerer Rechtsruck eine Rolle für geringere Migration. All das führt dazu, dass die Stimmen von PoC weniger hörbar sind.

Die Initiative Jugendstil\* versucht dem entgegenzuwirken. Sie unterstützt junge postmigrantische Selbstorganisation und fördert Projekte von PoC in Ostdeutschland. Ihr Ziel ist es, mehr Bewusstsein zu schaffen, Ressourcen gerechter zu verteilen und die beeindruckenden Leistungen im Osten hervorzuheben. Jugendstil\* fördert zum Beispiel die Gems Crew, eine FLINTA\*-Dance-Crew, die in der Hip-Hop- und House-Tanzszene einen sicheren Raum für FLINTA\* kreierte. Oder das Postmigrantische Radio, das (post-)migrantischen Stimmen Gehör verschafft.

Bei „Black Brunchin“ organisiert Katie Community Hangouts, Feierlichkeiten und vieles mehr. Bei Veranstaltungen wie dem African Liberation Day herrscht stets ein starkes Gefühl von Verbundenheit.

Wenn man sich vernetzen möchte, kann das auf den ersten Blick schwierig erscheinen. Doch über BiPoC-Gruppen auf Telegram oder die Social-Media-Accounts der Initiativen erfährt man von aktuellen Veranstaltungen. Allein hinzugehen mag Überwindung kosten, doch sobald man dort ist, fühlt man sich nicht mehr allein. Das Gefühl, eine Minderheit zu sein, ist angsteinflößend, aber auch mit großen Chancen verbunden. Chancen, Orte zu schaffen, die wir uns selbst gewünscht hätten, eine starke Gemeinschaft aufzubauen und vor allem Hoffnung und Zuversicht weiterzugeben.

**Salomé** (21) ist für ihr Studium nach Leipzig gezogen, wo sie das „Mizan Magazin“ ins Leben rief, eine Publikation von und für BiPOCs.

## Mit links nach Europa

Cornelia Ernst kann nach 15 Jahren EU-Parlament erzählen, wie sich die Politik verändert hat. Nach der Wende engagierte sie sich im Sächsischen Landtag und als Stadträtin in Dresden. Ein Porträt

Aus Straßburg  
**Mareike Hoec**

An ihrem letzten Tag als EU-Abgeordnete findet Cornelia Ernst (67) keinen Platz in der Bar für Mitglieder des Europäischen Parlaments. Ausnahmslos jeder der Stühle ist besetzt. Sogar in den Ecken des Bistros stehen an diesem Tag Menschen. Auf den runden Glastischen türmen sich kleine Stapel aus weißen Espresso- und Kaffeetassen. Morgens, Mitte Juli, bildet sich nur 50 Meter weiter im „Hemicycle“ das neue EU-Parlament. Dort hat Ernst in den vergangenen 15 Jahren als Abgeordnete der Linken gelernt, was Politik bedeutet. Doch bevor sie ihre Gedanken weiter ausführt, macht sie sich auf die Suche nach einem ruhigeren Ort.

In einem Seitengang an einem kleinen Tisch gibt es noch freie Plätze. Ständig laufen Personen vorbei, doch Ernst stört das nicht. Sie kennt alle, viele grüßen sie. „Zu vielen könnte ich Anekdoten erzählen“, sagt sie lächelnd, sei es aus Streitereien oder gemeinsamen Kämpfen.

### Der Kampf für Menschenrechte

Ernst ist Linkspolitikerin der ersten Stunde. Nach der Wende engagierte sie sich im Sächsischen Landtag und als Stadträtin in Dresden. Als 2007 Die Linke entstand, war sie als Landesvorsitzende für Sachsen ganz vorne mit dabei. Ein Jahr später bewarb sie sich mit einer Rede auf ihr erstes EU-Mandat, um die Menschenrechtslage für Rom\*nja aus den Westbalkanstaaten in Sachsen zu verbessern. Diesen Kampf wollte sie auf europäischer Ebene fortführen.

2009 gewann sie ihr erstes EU-Mandat. Damals war das Parlament noch deutlich mehr Mitte-links, erinnert sie sich. Während ih-



Linkspolitikerin der ersten Stunde:  
**Cornelia Ernst**  
Illustration:  
Joseph Lhuillier-Sion.  
**Joseph** (20) studiert Bühnenbild an der Universität der Künste in Berlin und interessiert sich schon immer für Menschen- und Tierrechte.

rer gesamten politischen Laufbahn setzte sie sich für Menschenrechte ein. Erst im Ausschuss für Frauenrechte, dann im LIBE-Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres. Eine Parteikollegin nennt sie eine „radikale Humanistin“. Ernst spricht von einem Kulturwandel in Sachen Migration. Was heute von 2009 unterscheidet, sei, dass es noch ein Gefühl dazu gegeben habe. Bei dem Bootsunglück vor Lampedusa soll eine Kommissarin geweint haben. Und es sollen tatsächlich noch Strategien zur Unterstützung von Rom\*nja in Europa diskutiert worden sein. „Das interessiert heute niemanden mehr“, bedauert sie.

Ernst sieht Datenschutz und Rechte für Frauen und

LGBTQIA+ als Erfolge auf EU-Ebene. Das seien, so betont sie, zwar langwierige Prozesse, aber wenn die EU den richtigen Weg einschläge, könne sie viel bewirken, wie etwa in Polen, wo die Regierung der PiS nach acht Jahren gestürzt wurde. Ihre größte Niederlage sieht sie im Asyl- und Migrationspaket GEAS, das im April 2024 endgültig angenommen wurde. „Die Genfer Flüchtlingskonvention wurde damit erschossen“, sagt sie.

### Abschied von Straßburg, nicht von der Politik

Ernst meint, der Bundestag könne viel vom progressiveren EU-Parlament lernen. „Im Bundestag würde ich nie drin arbeiten wollen.“ In Straßburg, so sagt sie, sind

die Deutschen nicht die Besten, die Tollsten, die Schönsten, sondern nur ein Teil des Ganzen – und das sei gut so.

Besonders schätzt sie, dass das EU-Parlament von jungen, risikofreudigen Menschen lebt, die zuhören können. „Ich habe immer den jungen Leuten mehr vertraut als meiner Generation, die viel verbockt hat.“

Ein lautes Schreien tönt durch das Gebäude und kündigt die nächste Plenarsitzung an. Die Gänge füllen sich, die Geräuschkulisse wird intensiver. Hier ein fester Händedruck, dort ein Küsschen, da eine herzliche Umarmung. Doch Ernst bleibt gelassen. Sie genießt das lebhaftes Stimmungsgewirr. „Hier habe ich gelernt, dass Politik bedeu-

tet, gute Kompromisse zu schließen.“

Nach 15 Jahren geht es für Cornelia Ernst nun zurück nach Dresden, in ihre Heimat. Ein Abschied von der Politik kommt für sie jedoch nicht infrage. Angesichts der wachsenden Zustimmungswerte faschistoider Parteien in Sachsen ist es für sie selbstverständlich, sich weiter zu engagieren. „Sich verbünden und überlegen, wie man dem etwas entgegensetzen kann – sinnvoll, nicht ideologisch“, sagt sie.

### Ratschläge für die nächste Generation

Die Zeit im Europäischen Parlament wird sie vermissen. „Man muss gemeinsam kämpfen. Man gewinnt, man verliert.“ Den kommenden linken EU-Abgeordneten rät sie, offen zu sein für unterschiedliche Vorschläge. Auch dem Komischen solle man zuhören, denn nur durch den Austausch entstehe Wissen. „Kooperation und Zuhören, das ist die Basis für alles. Wer nicht gerne kommuniziert, sollte nicht ins Europaparlament.“

Es schrillt jetzt gleich mehrere Male laut hintereinander. Ein gehetzter Martin Schirdewan, Co-Vorsitzender der Linken in Deutschland und der linken Fraktion im EU-Parlament, kommt um die Ecke. Irritiert bemerkt er Ernst. „Conny, die suchen dich!“ Sie bleibt gelassen. Nach 15 Jahren bringt sie nichts mehr so schnell aus der Ruhe. „Ja ja, ich bin doch gleich da.“

**Mareike** (27) ist 2023 aus Bremen für das Journalismusstudium nach Leipzig gezogen. Ihr Grundoptimismus: Auch außerhalb der Großstadt hat sie tolerante Menschen kennengelernt, die positive Qualitäten an Sachsen sehen.

## Zivilgesellschaft Für Menschenrechte und Demokratie

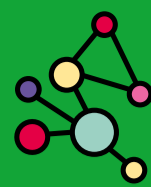


**Momentaufnahmen** des sächsischen zivilgesellschaftlichen Engagements. Jeder der 120 Schuhe, die im Juni auf dem Richard-Wagner-Platz in Leipzig platziert wurden, steht für 1 Million Menschen, die derzeit auf der Flucht sind. Fotos: Timo Krügener



Nach der Correctiv-Recherche zur AfD demonstrierten am 30. Januar in Leipzig mehr als 60.000 Menschen gegen Rechtsextremismus und Faschismus.





# Aus verordnetem Freund mach ein Vorbild

Auf der Suche nach Antworten, warum russlandfreundliche Parteien in Sachsen so beliebt sind, setzt sich der junge Autor mit den Beziehungen zwischen Sachsen und der Sowjetunion auseinander. Der russische Angriffskrieg bringt einen neuen Charakter ein

Von **Robert Saar**

Nur ein kniehohes Schild am Dresdner Albertplatz verrät heute, was hier einst stand: das erste sowjetische Ehrenmal in Deutschland. Im November 1945 war es auf den Trümmern des Brunnens Stürmische Wogen eingeweiht worden. Kurz nach der Wende musste das Ehrenmal umziehen, es steht heute weit außerhalb. So wie das Dresdner Mahnmal renoviert wird, erlebt auch die deutsch-sowjetische Freundschaft eine seltsame Renaissance: das große ostdeutsche Verständnis für Russland, das fleißig an der Wiederherstellung seines untergegangenen Sowjetimperiums arbeitet.

Am besten fängt man mit den Begriffen an. Unzutreffend wurden Sowjets in der DDR als „die Russen“ bezeichnet, dabei könnte es sich auch um einen Letten, Ukrainer oder Kasachen gehandelt haben. Und keinesfalls ist es offensichtlich, dass die ehemals Besetzten große Sympathie für Russland heg-

Plötzlich machten in den 2000ern Blätter mit kyrillischen Buchstaben die Runde, die sich über Wessis lustig machten

ten. Die Beziehung der Ostdeutschen zu den Besatzern war weit weniger herzlich, als im *Neuen Deutschland*, von 1946 bis 1989 Zentralorgan der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), zu lesen war. Neben staatlich verordneten Veranstaltungen, Briefwechseln und Ehrenbekundungen herrschte eher kühle Koexistenz als gelebte Völkerverständigung. Beiden Seiten sei es auch ein Anliegen gewesen, „sich voneinander abzugrenzen“, schreibt die Hallenser Professorin für Neuere Geschichte, Silke Satjukow, in ihrem Buch „Besatzer“. Die oft widersprüchlichen Erfahrungen, die Ostdeutsche mit den Besatzern machten, schufen im Osten ein komplexeres Bild der „Russen“. Im Jahr der Wiedervereinigung gaben 6 Prozent der Ostdeutschen in einer Studie an, sie fühlten sich von Sowjetruppen oder deren Familien „gestört“.

**Der radikale Umbruch als gemeinsame Erfahrung**

Auch nach der Wende verband Ostdeutschland und Russland eine gemeinsame Erfahrung: der radikale Umbruch. „Die geteilte, zuweilen demütigende Umbruchserfahrung trägt

bis heute zu einem größeren Verständnis für Russland bei“, sagt Torsten Ruban-Zeh, SPD-Bürgermeister von Hoyerswerda, im Gespräch mit der taz. Umbruch hieß für Ostdeutsche ein Trauma: Goldgräber-Wessi, Treuhandsense und Beitritt statt Vereinigung. In Russland bedeutete Umbruch organisierte Kriminalität, Gesetzlosigkeit und eine tief empfundene Demütigung auf der Weltbühne. Laut Satjukow setzte Ende der 90er Jahre ein Bewusstsein bei vielen Ostdeutschen ein, dass das Russische und die Russen Teil der eigenen Vergangenheit sind: „Nicht als uneingeschränkt positiver Part, aber dennoch als ein nicht wegzudenkender Teil ihrer eigenen Geschichte.“ Die Historikerin hat dafür ein schlagendes Beispiel: Konnten Ostdeutsche kaum Russisch sprechen, machten in den 2000ern dennoch plötzlich Blätter die Runde, auf denen sie sich in kyrillischen Buchstaben über Wessis lustig machten.

Das Faible der Ostdeutschen für Russland zeigte sich zuletzt bei den Europawahlen im Juni. In Sachsen ging knapp die Hälfte der Stimmen an Parteien, zu deren Profil ein russlandfreundlicher Kurs gehört. Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) kam auf 12 Prozent, die AfD wurde mit rund 32 Prozent Wahlsieger. Bundesweit dagegen kam das BSW nur auf 6,2 und die AfD auf 16 Prozent. Die in Teilen rechtsextremistische AfD übt sich im Spagat. So stieß Spitzenmann Tino Chrupalla am 9. Mai 2023 in der russischen Botschaft auf den Tag des Sieges an. Seine Co-Vorsitzende Alice Weidel erklärte hingegen, sie könne die Niederlage ihres eigenen Landes nicht feiern und sei deshalb ferngeblieben. Nicht etwa der russische Angriff auf die Ukraine leitet Weidels politisches Gespür, sondern die Trauer um den eigenen, verlorenen Angriffskrieg. Was BSW und AfD eint, ist ihr Umgang mit der Ukraine: Sie verhöhnht das überfallene Land, indem sie im vergangenen Juni im Bundestag die Rede von Präsident Wolodymyr Selenskyj boykottierten.

**Das Gefühl der Machtlosigkeit gegenüber der Politik**

Jenseits von Wahlen liebäugeln viele Sachsen mit Vorstellungen von Staat und Gesellschaft, die in Russland stabil geblieben sind. Einen starken Staat mit einem entschieden handelnden Mann an der Spitze, der auch mal hart durchgreift, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Laut dem Sachsen Monitor 2023 würden drei Viertel der Sachsen gegen „Außensteiter und Unruhestifter“ härter durchgreifen. Ähnlich hoch ist die

## Engagement Was Sachsen bewegt



Im Rahmen des Gedenken zur Reichsprogromnacht im vergangenen November putzen Menschen die Stolpersteine in Leipzig. Bis Februar 2023 protestierten Aktivist:innen mit einer Waldbesetzung gegen die Rodung von 900 Hektar Wald für den Abbau von Kies und Sand in der Radeburg-Laußnitzer Heide.

Angrenzende Moorlandschaften drohen auszutrocknen.

Fotos: Timo Krügener. **Timo** (25), aufgewachsen in Niedersachsen, begleitet seit Jahren unter anderem die Klimagerechtigkeitsbewegung als freier Fotojournalist. Seit vier Jahren lebt er in Leipzig.

Zustimmung zu der Aussage, als Einzelner sowieso keinen Einfluss auf die Regierung zu haben – eine in Russland weitverbreitete Einstellung. „Die Politik wird von denen da oben geregelt, wir können eh nichts daran ändern, also leben wir unauffällig unser kleines Leben“, hört man oft am Küchentisch. 34 Prozent der Befragten gaben im vergangenen Jahr an, sich Osteuropa näher zu fühlen als Westdeutschland.

Viele Ostdeutsche meinen, Russland besser zu verstehen als „die arroganten“ Westler. Immerhin habe man Jahrzehnte Seite an Seite gelebt. Auf den russischen Zungenbrecher „Dostopriemtschatel'nost“ (Sehenswürdigkeit) sind sie sogar stolz. Vor allem für überzeugte Anhänger der AfD trifft ein wesentliches Element des russischen Politikverständnisses zu: Es gibt weder Fakten noch Moral. Statt Fakten gibt es nur Perspektiven, Sichtweisen und Interpretationen. Greifbar wird dieses Durcheinander am Begriff Kriegstreiber, der nicht etwa dem russischen Diktator, der den Krieg begann und mit großer Härte führt, sondern den Un-

terstützern des Opfers zugeschrieben wird. Jeder Versuch, ein ethisches Argument zu formulieren, geht im moralischen Nullsummenspiel unter.

Besonders tragisch ist die Rolle des einstigen Helden aller Ostdeutschen, Michail Gorbatschow. Gilt er in Deutschland als Ermöglicher der Einheit, mutiger Reformator und respektierter Staatsmann, unterstellt man ihm in Russland heute alles von Schwäche und Inkompetenz bis Verrat. Unter „Gorbi“ war die Sowjetunion zu progressiv fürs SED-Regime, das sowjetische Texte zensierte und Fernsehsender sperren ließ.

**Die Wende nach dem russischen Angriffskrieg**

Unter Putin ist Russland ein verbrecherischer Staat, der die Existenzberechtigung seines Nachbarn Ukraine, den man in Deutschland erst kennenlernen musste, fundamental infrage stellt. Bis heute ist die Gleichsetzung „Russland = Sowjetunion“ in Sachsen, generell im Osten, weit verbreitet. Russland hat in dieser Lesart ein naturgegebenes Recht, über innere Angelegenhei-

ten eines souveränen Staates mitzureden – weil er Teil der Sowjetunion war.

Seit Russland die Ukraine überfiel, hat die ostdeutsche Russophilie einen neuen, dunklen Charakter. Als der Angriffskrieg begann, war ich selbst in Russland und bin auf als Spaziergänger getarnten Demos dagegen mitgelaufen. Bis die Polizei sie gewaltsam auflöste. Umso schwerer fällt es mir, die wöchentlichen Huldigungen in Richtung Moskau zu ertragen, wenn Ostdeutsche montags für „Frieden“ mit dem Diktator demonstrieren. Am 8. Juli, auch ein Montag, wehte eine große Russlandfahne vor dem Dresdner Kulturpalast – an jenem Tag, an dem Russland ein Kyjiwer Kinderkrankenhaus bombardierte. In Sichtweite gedachte eine Gruppe Ukrainer der Opfer des Angriffs. Allein. Ostdeutsche sah ich nur unter der russischen Flagge.

**Robert** (24), in Berlin geboren und aufgewachsen, studierte in Dresden und St. Petersburg Internationale Beziehungen, arbeitet als freier Journalist und Museumsführer in Dresden.

# Wie vereinigen wir uns (wieder)?

Kaum tauchen Themen wie Klimakrise, Migration oder queere Identitäten in den sozialen Medien auf, schon brodelt es in den Kommentarspalten. Wie bringen wir Menschen wieder zusammen? Eine Handlungsempfehlung

Von **Johannes Rachner**

Queere Identitäten, Klimakrise, Migration: Die Fronten scheinen sich schnell zu verhärten. Glaubt man den Social-Media-Diskussionen, scheint das Land politisch gespalten zu sein. Aber ist das wirklich so?

In diesem Kontext unterscheiden Kommunikationswissenschaftler oft zwischen Fragmentierung und Polarisierung. Bei der Fragmentierung teilen sich Nutzer in kleinere Interessengruppen auf, während Polarisierung bedeutet, dass sich Menschen an entgegengesetzte Pole eines Meinungsspektrums bewegen. „Der aktuelle Forschungsstand zeigt jedoch, dass diese Phänomene oft überschätzt werden“, sagt Anna Sophie Kümpel, Juniorprofessorin für digitale und soziale Medien an der Technischen Universität Dresden.

„Der aktuelle Forschungsstand geht aber davon aus, dass die Gefahren dieser Phänomene überschätzt werden“, so Kümpel. Tatsächlich kommen Analysen der letzten Jahre zu dem Ergebnis, dass es Themen gibt, in denen sich die Meinungen der Menschen in Deutschland unterscheiden, bei den wenigsten kommt es aber zu zwei gespaltenen Lagern. Gespalten wirken die Kommentarspalten aber trotzdem. Die Juniorprofessorin Kümpel erklärt das wie folgt: „Gerade das, was polarisiert und eine starke Meinung ist, ruft viel Interaktion hervor, wodurch diese Inhalte prominenter angezeigt werden.“

Obwohl die Polarisierung in den sozialen Medien die Realität verzerrt, scheint sie dennoch eine aufgeheizte politische Stimmung im Land, speziell im Osten, widerzuspiegeln. Besonders deutlich wurde dies bei der Europawahl, wo die Wahlergebnisse einzelner Parteien stark variierten. In Städten wie



„Respekt für alle“ steht auf einem Plakat: Während der Proteste am Leipziger Hauptbahnhof Ende Januar nach der Veröffentlichung der Correctiv-Forschung zur AfD Foto: Timo Krügener

Leipzig oder Dresden lagen sie zum Beispiel teils um 20 Prozent höher als in ländlichen Wahlkreisen wie Görlitz, Bautzen oder Nordsachsen.

„Wir sind gerade in einer Gesellschaft, die mit Überalterung, Männerüberschuss sowie einem von Zuwanderung abhängigen Arbeitsmarkt kämpft, und gleichzeitig von Abwanderung geprägt ist“, fasst Alexander Prinz zusammen. Der Autor, Unternehmer und Webvideoproduzent aus Halle setzt sich in seinen Videoessays für das öffentlich-rechtliche Jugendangebot funk immer wieder mit den Herausforderungen, denen Ostdeutsche gegenüberstehen, und ihrem Umgang damit auseinander. Was Prinz hier beschreibt, zeigt sich auch in einer im April veröffentlichten Studie der Bertelsmann Stiftung: Bis 2040 soll die deutsche Bevölkerung in allen Bundesländern der ehemaligen DDR schrumpfen, während in allen anderen Bundesländern (außer im Saarland) ein Zuwachs erwartet wird. In Sachsen soll der Anteil der potenziell Erwerbstätigen je nach Altersgruppe sogar um 12 bis 14 Prozent abnehmen. „In Ostdeutschland gibt es nicht ein einziges DAX-Unternehmen, das hier seinen Sitz hat“, sagt Prinz. Es gebe hier weniger Zukunftschancen und gleichzeitig einen sehr starken Fachkräftemangel.

Die Folgen der Wiedervereinigung wirken bis heute nach. „Aufgrund der Wende und der Benachteiligung während dieses Prozesses stehen die Menschen in Ostdeutschland schlechter da“, erklärt Prinz. Beispielsweise besitzen die Menschen in Ostdeutschland viel weniger Immobilien als im Westen. „Wenn man gleichzeitig für westdeutsche Unternehmen arbeitet und Mieten an Westdeutsche bezahlt, kann das frustrieren.“ Gleichzeitig zögen viele Leute weg

und die, die zurückblieben, fühlten sich isoliert. „Das ergibt eine Mischung an Unzufriedenheit, die immer mehr aufquillt“, erklärt Prinz. Es fehle der Glaube daran, etwas ändern zu können.

Um die Menschen aus dem ländlichen Raum Ostdeutschlands, mit den Menschen im Rest von Deutschland zusammenzubringen, könnten soziale Medien wiederum eine gute Plattform sein. Dafür sei es aber wichtig, so Kümpel, dass Unterhaltungen den gleichen Diskus-

„Die Erfolge, die im Osten gefeiert werden, müssten wahrgenommen und zum Narrativ gemacht werden“

Alexander Prinz

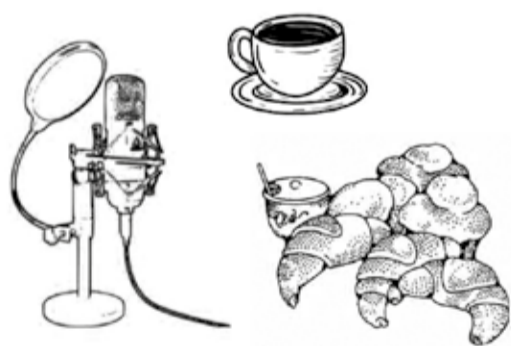
sionsregeln folgen wie in Person: respektvoll, empathisch und nicht belehrend zu sein.

Doch das reicht natürlich nicht aus. Es muss sich noch viel mehr ändern, um Ost- und West zusammenzubringen. „Es ist ein langfristiger Prozess“, meint Prinz. Die Erfolge, die im Osten gefeiert werden, müssten wahrgenommen und zu einem Narrativ gemacht werden. „Ich glaube, vielen würde schon ausreichen, dass man anerkennt, dass es verschiedene Lebensrealitäten gibt. Man muss begreifen, dass es unterschiedliche Realitäten, Probleme und Vergangenheiten gibt.“ Es gebe nicht einfach eine Lösung für das ganze Land.

Johannes (25), Medizinstudent und Journalist, ist 2018 nach Leipzig gezogen. Er hat Familie in Crimmitschau/Neukirchen und sein Vater kommt aus Zwenkau.

Ignorieren, schweigen, zu spät, um zu handeln: das erste Jahr der Baseballschlägerjahre, das Jahr, in dem die AfD bei der Bundestagswahl mit Zweitstimmen die stärkste Partei in Sachsen wurde, und die übernächste Landtagswahl Illustration: Anna-Lena Malter. Anna-Lena (24), aufgewachsen im Vogtland, studiert Weltgeschichte, Kunst und Global Governance and Regional Strategy. Sie lebt aktuell in Japan.

## Nachklapp: taz Panter Forum in Chemnitz



### Podcast Katerfrühstück

Beim taz Panter Forum am 24. August in Chemnitz haben Ann Toma-Toader und Maya Seidel ihren Podcast „Katerfrühstück“ live aufgenommen. „Jung und links im Osten“ im Gespräch mit der Landtagskandidatin der Linksjugend solid Chemnitz, Julia Richter, wird ab dem 31. August überall, wo es Podcasts gibt, zu hören sein. Bis dahin können Sie die bisherigen Podcastfolgen, inklusive über das taz Panter Forum in Erfurt am 23. Juni, unter [taz.de/katerfruehstueck](https://taz.de/katerfruehstueck) hören.

### Abschlussparty in Berlin

Ann und Maya werden ebenfalls einen Live-Podcast am 20. September in der taz-Kantine in Berlin aufnehmen. An dem Tag erscheint die letzte Sonderbeilage mit ostdeutschen Nachwuchsautor:innen aus Brandenburg. Zwei Tage vor der Landtagswahl wird über Politik, soziale Medien und Engagement aus junger Perspektive diskutiert. Teilnehmer:innen des taz Panter Workshops, die die drei Dossiers zu den Ostwahlen gestaltet haben, werden auch dabei sein. Auch für Livemusik wird gesorgt. Also kommen Sie vorbei!

## Eine Frage der Perspektive

Das Osttrauma: Sachsen fühlen sich oft abgehängt. Dieses Gefühl wird seit Jahren mit dem Rechtsruck erforscht.

Von **Julemarie Vollhardt**

Das starke Abschneiden der AfD bei den Kommunalwahlen im Juni, die aggressiven Gegendemonstrationen von Rechtsextremen beim CSD in Bautzen – und wieder geht ein Aufschrei durch die Bundesrepublik. Denn offenbar hat Sachsen noch immer ein Problem mit Neonazis. Im In- und Ausland wundert man sich, was da im Osten Deutschlands eigentlich los ist.

Es wird bereits länger im Zusammenhang mit einem Rechtsruck erforscht und im Deutschlandmonitor 2023 wieder vermehrt bei Ostdeutschen festgestellt: das Gefühl des Abgehängtseins. Doch wo findet dieses Gefühl seinen Ursprung und welche Faktoren begünstigen es heutzutage?

Der Mauerfall – er wird in Geschichtsbüchern oft als Moment purer Befreiung dargestellt. Gerade so, als ob die Wiedervereinigung eine unmittelbare Gleichstellung von Ost und West mit sich gebracht hätte. Die Realität des Nachwende-Ostdeutschlands sah jedoch anders aus. Mit der Wende kam 1990 der Vertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zustande. Damalige BRD-Politiker wie Helmut Kohl oder Willy Brandt warben bei

den DDR-Bürger:innen mit großen Versprechungen und ließen Hoffnungen wachsen, dass der materielle Wohlstand bald auch in den neuen Bundesländern ankommen würde. Jedoch war die DDR-Wirtschaft nicht auf die Konkurrenz des globalisierten Weltmarktes vorbereitet und brach innerhalb kürzester Zeit zusammen. Gemessen am Umsatz waren DDR-Unternehmen 1998 im Durchschnitt nur 60 Prozent so produktiv wie Westunternehmen. Die Arbeitslosigkeit schnellte in die Höhe, sodass zwischen der Wiedervereinigung und 2005 laut Bundeszentrale für politische Bildung jede fünfte Person im erwerbsfähigen Alter arbeitslos war. Die frisch gewonnene Hoffnung vieler Ostdeutscher auf ein materiell den Westbürger:innen gleichendes Leben verwandelte sich in Enttäuschung.

Bis heute konnten viele Versprechungen der Wiedervereinigung nicht gehalten werden, das Gefühl der Unzufriedenheit bleibt auch 34 Jahre nach der Wiedervereinigung bestehen. So sind ostdeutsche Unternehmen durchschnittlich nur 76 Prozent so produktiv wie die westliche Konkurrenz. Laut der Bundesagentur für Arbeit ist die Arbeitslosigkeit mit 7,2 Prozent im Jahr 2023 nach wie

vor höher als in den alten Bundesländern (5,3 Prozent). Und noch immer liegt die Lohnlücke von Vollzeitbeschäftigten zwischen Ost und West laut Statistischem Bundesamt bei durchschnittlich etwas mehr als 800 Euro brutto im Monat. Vom demselben Bundesamt wurde 2023 die anhaltende Abwanderung ostdeutscher Menschen zwischen 18 und 25 Jahren nach Westdeutschland festgestellt. Vor allem junge Frauen verließen ihre Heimat, zurückblieben laut Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung meist Menschen mit weniger hohem Bildungsgrad, die ostdeutsche Bevölkerung überaltert stetig.

Im Deutschlandmonitor 2023 wird aufgezeigt, dass all diese Faktoren, neben der persönlichen Lebenssituation, ein Gefühl des Abgehängtseins, ein Krisengefühl, begünstigen können. Dieses Einstellungsmuster wiederum sei unter der Anhängerschaft der populistischen AfD unter allen Parteien am meisten verbreitet, so die Studie. Das Gefühl des Abgehängtseins sei auch ein Erklärungsfaktor für politische Einstellungen wie beispielsweise fehlendes Vertrauen in die Bundesregierung.

Im Deutschlandfunk-Interview sagt Steffen Huck vom Wissen-

schaftszentrum Berlin für Sozialforschung, dass es „alternative positive Gegenentwürfe“ geben müsse, die den „negativ besetzten Themen der AfD“ entgegengesetzt werden sollten. Gemeint ist damit, dass die AfD sich in ihrer Politik vor allem auf Defizite stützt und Ängste schürt. Das aktuelle sächsische Regierungsprogramm der AfD beispielsweise beginnt mit der Behauptung, dass „im Namen Europas Wohlstand vernichtet“ werde. Positive Gegenentwürfe könnten beispielsweise aufzeigen und darauf aufbauen, dass das sächsische Bruttoinlandsprodukt seit 2020 stetig wächst und im mittleren Feld der Bundesländer liegt. Oder dass der Gender-Pay-Gap in Ostdeutschland im Jahr 2023 mit 7 Prozent wesentlich kleiner war als in Westdeutschland (19 Prozent, Deutsches Institut für Altersvorsorge). Die Sachsen können also fortschrittlich sein, wenn sie wollen. Auch ohne Angst und AfD.

Julemarie (25) wuchs in Kamenz auf und ging nach ihrem Jurastudium nach Australien. Dort setzt sie sich für Klimaschutz ein und schreibt über Themen wie intersektionalen Feminismus und den Rechtsruck.



## In Sachsen rennen sie wieder!

Mit acht Jahren endete meine Kindheit abrupt. Ein harmloser Streich eskalierte, und plötzlich jagte mich eine Gruppe Nazis durch die Plattenbausiedlung. Verängstigt versteckte ich mich in einem Busch. In meinem Kopf verabschiedete ich mich von meiner Familie. Erleben wir jetzt die Rückkehr der „Baseballschlägerjahre“?

Von **Dennis Chiponda**

Schon als Kind kannte ich die Bilder von Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda – sie machten mir große Angst. Solche Erlebnisse prägten meine Jugend und die vieler anderer, die in den sogenannten Baseballschlägerjahren aufwuchsen. Diese Zeit, besonders in den 1990er Jahren, war geprägt von dem Versuch, durch rechtsextreme Gewalt Räume zu schaffen, in denen Menschenfeinde eine rechte Hegemonie etablieren wollten. Sind diese Zeiten wieder zurück?

Nicht nur die physische Gewalt der Neonazis, sondern auch der soziale und wirtschaftliche Niedergang nach der Wiedervereinigung prägten die Zeit. Die Perspektivlosigkeit und die Entwertung der ostdeutschen Identität wurden von Rechtsextremen instrumentalisiert. Die Schrecken der Kolonialzeit und der NS-Zeit waren nie vollständig aufgearbeitet worden, sondern schwebten im Untergrund weiter. Als Kind verstand ich natürlich nicht, was da pas-

sierte, aber ich wollte meinen Eltern nicht noch mehr zur Last fallen.

In diesem Sturm mussten wir lernen, allein zu schwimmen, während unsere Eltern versuchten, das verrostete Schiff in sichere Gewässer zu navigieren. Viele von uns suchten nach Zugehörigkeit und Perspektive. Wir waren eine Generation, die ihre Identität verlor, bevor sie überhaupt eine Chance hatte, sich selbst zu finden. Viele fanden Halt in der Schule, bei der Familie oder bei ihren Freizeitaktivitäten.

Doch nicht alle hatten dieses Glück. Stattdessen wurden einige von der vorherrschenden Nazijugendkultur geführt, die mit Zugehörigkeit, Stärke und Hass ablenkte. Ich erinnere mich daran, wie die NPD vor der Schule stand und Rechtsrock-CDs verteilte oder im Ort Treffpunkte schuf, die uns spalteten.

Meine Generation musste sich entscheiden: Fressen oder gefressen werden. Die Normalisierung von Rassismus und rechtsextremem Gewalt war allgegenwärtig, nicht nur in unserer

unmittelbaren Umgebung, sondern auch in den Diskursen dieser Zeit.

Sind die Baseballschlägerjahre jetzt zurück? Rechtsextreme Einstellungen werden in turbulenten Zeiten wieder an die Oberfläche gespült. Die Rechten lernen aus der Geschichte. Auch heute ist die Jugend geprägt von Abstiegängsten und von Erwachsenen, die ihnen zu wenig Beachtung schenken. Hitler hatte das Radio, die Neonazis der 90er Jahre hatten die CDs, und heute schleichen sich die Rechten als Wolf im Schafspelz geschickt über neue Medien wie TikTok und Telegram in die Mitte der Gesellschaft. So erreichen sie viele junge Menschen, die während der Coronapandemie ihrer Jugend beraubt wurden.

In ländlichen Räumen sind Rechts-extreme längst ein normalisierter Bestandteil der Gesellschaft, sie sitzen in Kreisläusen, beteiligen sich an Schulgremien und organisieren Jugendaktivitäten. Als in Coronazeiten alles andere geschlossen war, öffneten rechte Jugendtreffs ihre Pforten und vergifteten, wie

in den 90ern, subtil den Geist der Zukunft unseres Landes.

Oft brachten sie nur hervor, was unauffällig unter der Oberfläche brodelte. Sie machten sagbar, was bisher lieber totgeschwiegen wurde. Und weil Deutschland, insbesondere CDU und FDP, auf dem rechten Auge oft blind ist, agieren sie erst, wenn die rechte Hegemonie schon fester Bestandteil unserer Mitte geworden ist. Wenn der sächsische Innenminister Armin Schuster den Naziaufmarsch zum Bautzner CSD im August als rechte Versammlung verharmlost, dann öffnet er der rechtsextremen Ideologie die Tür in die Mitte. Normalisierungen führen dazu, dass Gefahren nicht als solche erkannt werden.

Um rechten Ideologien den Garaus zu machen, brauchen wir eine Revolution des Bildungssystems, insbesondere eine zeitgemäße Medienbildung, die Fake News und Menschenfeindlichkeit erkennbar macht. Die Politik muss niedrigschwellig und verständlich gestaltet werden und in die Leerstellen vordringen, die sie in den vergangenen

30 Jahren den Rechtsextremen überlassen hat. Vor allem muss die Zivilgesellschaft gestärkt werden, die staatliche Aufgaben übernimmt – und doch oft von der Politik im Stich gelassen wird. Sie ist das Bollwerk für die Demokratie.

Es bedarf eines Revivals des Zuhörens und Debattierens auf Augenhöhe. Borniertheit in der Sprache und abgehobene akademische Moral dürfen nicht Dreh- und Angelpunkt unserer Arbeit sein. Im Zentrum müssen die Lebensumstände der Menschen stehen. Denn um Demokratie zu kämpfen heißt, muss man um die Menschen kämpfen.

**Dennis** (32), in Senftenberg geboren und aufgewachsen, arbeitet zu den Themen Ostdeutschland, Rassismus, Queerness und Klassismus in Leipzig. Nach einer Zeit in Nürnberg merkte er schnell, dass er sich nicht für Menschen einsetzen kann, deren Biografien er nicht versteht und die ihn nicht verstehen. Also zog es ihn zurück in den Osten.

## In Chemnitz fehlen westdeutsche Studierende

Die Technische Universität in Chemnitz ist ein beliebter Ort für Studierende. Doch seit einigen Jahren gehen insbesondere die Zahlen der westdeutschen Studienanfänger:innen zurück

Aus Chemnitz **Johannes Fromm**

„Lass dich da nicht von den Nazis verkloppen“ und „Oha, aber du studierst da dann nicht wirklich, oder?“ hörte Johannes von seinen Bekannten, als er sich 2022 für die Technische Universität (TU) Chemnitz entschied. Der 31-jährige studierte vorher in Frankfurt am Main. Eigentlich scheint die TU Chemnitz eine gute Wahl zu sein. Die drittgrößte Universität in Sachsen belegt den dritten Platz der beliebtesten Universitäten in Deutschland. Die Hochschule gibt sich weltoffen und hat einen der höchsten Anteile an ausländischen Studierenden bundesweit.

Doch seit 2015 hat die Universität mehr als ein Viertel ihrer Studierenden verloren. Und das entgegen dem allgemeinen Trend: Die Zahl der Studierenden in Deutschland stieg insgesamt. Woran liegt das?

Laut dem Statistischen Landesamt Sachsen hat sich die Zahl der Studienanfänger in Chemnitz sogar halbiert. Besonders auffällig ist der Rückgang der Studienanfänger aus westdeutschen Bundesländern seit 2014 um drei Viertel. Auch andere sächsische Hochschulen verzeichnen Rückgänge, jedoch nicht so stark wie in Chemnitz.

Zwei Ereignisse könnten diese Entwicklung erklären: Ende 2014 und Anfang 2015 entstand Pegida im Osten. Wieder berichteten Medien über Ostdeutschland im Zusammenhang mit Rassismus und Rechtsextremismus. Begriffe wie „Dunkeldeutschland“ und „brauner Osten“ tauchten erneut auf. Der Ruf des Ostens verschlechterte sich. Der Anteil westdeutscher Studienanfänger in Chemnitz sank von 2014 auf 2015 um ein Viertel auf 11,5 Prozent. In ganz Sachsen ging der Anteil um ein Zehntel zurück.

Im August und September 2018 kam es in Chemnitz zu rechtsextremen Ausschreitungen. Nach dem tödlichen Messerangriff auf Daniel H. – mutmaßlich von drei Asylbewerber:innen – gab es tagelange Demonstrationen in der Stadt.

Die Stimmung war erhitzt. Zeitungen schrieben von der Aufgabe des Rechtsstaates und von Pogromstimmung. Die Zahl der Erstsemester aus den alten Bundesländern fiel um mehr als ein Drittel auf 7 Prozent. Seitdem ist die Zahl der Studienanfänger aus den alten Bundesländern noch etwas gesunken.

Mario Steinebach, Pressesprecher der TU Chemnitz, erklärt, dass die Zah-

len des Statistischen Landesamts Studierende, die zuerst woanders studierten und für den Master nach Chemnitz kommen, nicht berücksichtigen. Der Anteil der Studienanfänger aus den alten Bundesländern liege bei 13 Prozent und sei im Durchschnitt der letzten zehn Jahre nur leicht zurückgegangen.

„Ich verteidige die Uni, weil sie einen sehr guten Job macht. Sie leidet unter dem schlechten Ruf von Chemnitz“

**Marvin**, Student an der TU Chemnitz

Die sinkenden Studierendenzahlen stellen die Universität vor finanzielle Probleme: In einer internen Mitteilung über den Haushalt 2024/25 wird auf ein drohendes Haushaltsdefizit hingewiesen und dass Stellen nicht mehr nachbesetzt werden. Wegen gesunkener Studierendenzahlen könnten 2,2 Millionen Euro aus einer Zielvereinbarung nicht ausbezahlt werden.

Westdeutsche Studierende äußern Mitleid mit der Universität. Der 27-jährige Marvin aus Metzingen sagt: „Ich verteidige die Uni, weil sie einen sehr guten Job macht. Sie leidet unter dem schlechten Ruf von Chemnitz.“ Valerie vom Bodensee, die in Chemnitz ihren Master in Psychologie macht, berichtet: „Ich habe die Verwaltung und das Lehrpersonal immer als sehr entgegenkommend erlebt.“ Die 26-jährige habe an ihrer letzten Universität in Würzburg andere Erfahrungen gemacht.

Beide kamen 2022 nach Chemnitz und berichten, dass die TU nicht ihre erste Wahl war. Valerie witzelte zur Bewerbungsphase, dass sie am Ende in Chemnitz landen könnte, freundete sich aber schnell mit der Stadt an. „Ich habe noch nie so viele kulturelle Angebote besucht wie hier.“

Sie erzählt, dass Freunde und Bekannte nicht immer positiv reagierten: „Da sind ja nur Nazis“ und „Wegen der politischen Lage würde ich da nie hingehen“. Auch sie war erschrocken über das Ergebnis der Europawahl und kann verstehen, dass Leute denken, es sei schwierig, hier zu leben. Manche Reaktionen wie „Dann bauen wir die Mauer wieder auf“ machen sie wütend.

Marvin hatte keinen guten Start. Als er am ersten Abend in der Innenstadt joggen ging, kam ihm die 250.000-Einwohner-Stadt menschenleer und wie eine Geisterstadt vor. „Das liegt sicher auch an der Altersstruktur, weil die Stadt so alt ist.“ Für ihn war das Masterstudium in Data Science in Chemnitz ein Abenteuer. Niemand aus seinem Freundeskreis war vorher in Ostdeutschland gewesen. Viele wussten nicht mal, wo Chemnitz liegt, man wusste zwar: im Osten, jedoch nicht, ob es in Sachsen liegt.

Johannes findet es inzwischen schön hier und verteidigt die Stadt gegen Vorurteile. „Das entspricht nicht meiner Erfahrung.“ Es gebe viele Projekte und Initiativen. Selbst seine Schwester aus Berlin war überrascht, als sie ihn besuchte. „Man muss erst hier gewesen sein, um zu urteilen.“ Chemnitz sei im Vergleich zum Umland eher links, der Oberbürgermeister ist Sozialdemokrat.

Er kritisiert jedoch die schlechte juristische Aufarbeitung der Ausschreitungen von 2018. Mehr als fünf Jahre nach dem Messerangriff läuft am Landgericht Chemnitz die juristische Aufarbeitung des Geschehens weiter. Solche Nachrichten könnten Studienanfänger abschrecken, glaubt Johannes.

# Sächsische Schweiz, rechtes Paradies?

Nadel- und Blättdächer überziehen die malerischen Berge im Südosten des Freistaats. Und darunter ein braunes Idyll? Eine Reise, um das rechte Image auf die Probe zu stellen

Aus der Sächsischen Schweiz  
Jeremias Tacke

Wenn der rechtsextreme Aktivist Martin Sellner und die Identitäre Bewegung mit überdimensionalen Deutschlandflaggen auf der weltbekannten Basteibrücke posieren, wenn Kinder in einem Grundschulhort in Pirna, dem Verwaltungssitz des Landkreises Sächsische Schweiz-Osterzgebirge (SOE), Hakenkreuze aus Bausteinen legen und zu einer zu trauriger Bekanntheit gekommenen Melodie rassistische Parolen singen, dann ist es nicht weit zum Klischee des rechten beziehungsweise rechtsextremen Ostens Deutschlands. Wer das bestätigt haben will, muss nicht lange suchen, allerdings: Die Realität stellt sich wie so oft komplexer dar. Die S-Bahn braucht zwanzig Minuten von Dresden nach Pirna, hier in der Fußgängerpassage fällt zunächst auf, wie wenig auffällt: Zu Besuch in einer deutschen Kleinstadt, in ihrer Durchschnittlichkeit kaum zu überbieten. In der durchrenovierten Altstadt kleine Boutiquen, Restaurants und Cafés für die Tourist:innen in Funktionskleidung. In der Mitte des Marktplatzes das Rathaus, vor dem auf Wunsch des AfD-Oberbürgermeisters in diesem Jahr keine Regenbogenflagge wehte, weswegen das dann kurzerhand die Stadtkirche St. Marien gleich nebenan übernommen hat. Über all dem thront die heutige Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein, in der die Nationalsozialisten Tausende Menschen mit psychischer Krankheit oder geistiger Behinderung ermordeten. In der Sächsischen Schweiz liegt, nicht nur geografisch betrachtet, alles nahe beieinander.

Toni Richter, Geschäftsführer des Tourismusverbands, schwärmt erwartungsgemäß von der einzigartigen Natur, aber auch von kulturellen Angeboten in und um den Nationalpark. Es herrscht Zukunftsoptimismus, die Besucher:innenzahlen haben sich seit der Wende kontinuierlich entwickelt, Nachhaltigkeit wird großgeschrieben, Tourist:innen und Arbeitskräfte aus dem Ausland sollen in die Region geholt werden. Die letzten Wahlergebnisse im Landkreis SOE sind dagegen ernüchternd, die AfD bekam bei der EU-Wahl fast 40 Prozent, die rechtsextremen Freien Sachsen erhielten bei der Kreistagswahl fast 4 Prozent.

Wieder in der S-Bahn auf dem Weg tiefer hinein in das Elbsandsteingebirge, den Windungen des Elbtals fol-

gend. Das rötliche Abendlicht lässt einen an die transzendente Stimmung von Caspar David Friedrichs „Der Wanderer über dem Nebelmeer“ denken. In Dissonanz dazu die Berichte der beiden Jugendlichen Max und Lukas der Gruppe „SOE gegen rechts“. Ihre echten Namen wurden in diesem Text geändert. Sie erzählen von ihrem Aktivismus in Pirna und vom „Haus Montag“, einem Treffpunkt der lokalen Neonaziszene, das eben erst im Rahmen des Compact-Vereinsverbots durchsucht worden ist, von stadtbekanntem Restaurants und Orten, von denen sich „links gelesene“ Personen lieber fernhalten, von Beleidigungen, Angriffen und Angstmache innerhalb und außerhalb der Schule.

Unter dem dichten Nadel- und Blättdach der Fichten, Buchen und Birken ist davon erst mal wenig zu spüren. Hier herrscht eine friedliche, fast urzeitliche Stimmung. Umgefallene Baumstämme, hohe Gräser und Farne bilden ein undurchdringliches Dickicht. Ist der Aufstieg geschafft, bleibt der Blick über die hügelige Landschaft hängen an von Bor-

**Eine Rezeptionistin wehrt sich gegen den Begriff „abgehängt“. Wie sie blicken viele positiv auf die Region**

kenkäfern zerfressenen Bäumen, Kletterern auf einem Gipfel, einem süßen Örtchen auf der Anhöhe gegenüber. Vielleicht lieber nicht die Wahlergebnisse googeln? Zu spät: Das süße Örtchen heißt Reinhardtsdorf-Schöna und die Partei Die Heimat, früher mal NPD, bekam bei der Gemeinderatswahl im Juni 22,9 Prozent. Ohne die Natur-Politik-Analogien überzustrapazieren, aber mit den Bäumen scheint hier die Demokratie unauffällig wegzusterben.

Der Abstieg ist steil, entgegenkommende Personen grüßen freundlich, es wird viel geschertzt. Die gute Laune spiegelt sich auch in Gesprächen mit Tourist:innen wider. Die meisten kennen den Ruf der Region als rechtsextreme Hochburg, meinen davon während ihres Aufenthalts aber wenig zu merken. Ein Wanderer meint, jeder solle wählen können, was er will, es wäre keine Tragödie, wenn die AfD regiere, dann werde sie halt wieder abgewählt, Hauptsache, das Grundgesetz gilt überall. Zwei junge Frauen, die für die Nationalparkverwaltung in der Umweltbildung arbeiten, erzählen von zerstörten Plakate demo-

kratischer Parteien, dem Briefing ihres Arbeitgebers für den Umgang mit rechtsextremen Aussagen von Kindern und Jugendlichen sowie von der Präsenz rechtsextremer Codes und Symbole. Die beiden attestieren sich eine „Demokratiedepression“.

Unterwegs in Schmilka, einem weiteren süßen Örtchen. Eine Person, die anonym bleiben will, beschwert sich über die (vermutlich Journalist:innen), die immer schreiben, dass hier alle rechtsextrem sein, die einen belehren wollen, obwohl sie aus einer ganz anderen Lebensrealität kommen. Die Menschen auf den Dörfern hätten „zu kämpfen“, müssten weit zu ihren Jobs fahren und hätten „den Hals voll“. Das Vertrauen in die Parteien sei verloren, sie verspürten wenig Selbstwirksamkeit, wünschten sich Veränderung. Verständlich ließe sich einwenden: Die Menschen im Landkreis SOE sind nicht die Einzigen, die sich Veränderung wünschen. Allerdings besteht zwischen diesem Wunsch und der Wahl der in Sachsen vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft AfD kein Automatismus.

Der Betreiber des Kiosks „Zur alten Schule“, ein Zugezogener aus Berlin, bezeichnet sich selbst als „links“ und sei schon mal in eine Auseinandersetzung mit einem mittlerweile untergetauchten Rechtsextremisten geraten, weil dieser sich rassistisch gegenüber zwei Tourist:innenge äußert hatte. Trotzdem, meint der Betreiber, begegnen ihm offen menschenfeindliche Aussagen hier selten. Er meint, im Ort stehe die friedliche Koexistenz über der politischen Gesinnung. Vor seinem Laden sitzen Linke und Rechte bei Bockwurst und Bier zusammen, es läuft Musik und man kommt miteinander ins Gespräch. Was nach einem Juli-Zeh-Roman klingt, erscheint glaubhaft, auf eine Art naiv, macht hier aber trotzdem Hoffnung.

Auf dem Weg zur Fähre, von Postelwitz am Elbufer entlang in Richtung Bad Schandau. Wie überall verkünden hier Schilder: „Zimmer zu vermieten“, „Selbstgemachte Marmelade“ oder „Biergarten“. Wer am Verkaufsstand nach dem Rechtsextremismus in der Region fragt, kann als Antwort hasserfüllte Blicke bekommen. Doch der Tourismus boomt, die Menschen profitieren. Eine Rezeptionistin wehrt sich deswegen auch gegen die Bezeichnung „abgehängt“. Wie sie gibt es viele, die positiv auf die Region blicken, sie mitgestalten.

Trotzdem ist, wie Max und Lukas von „SOE gegen rechts“ betonen, Zusammenhalt und überregionale Unterstützung hier besonders wichtig. Sonst kann

Warten Alle zwei Stunden ein Bus



**Deutschlandticket, aber kein Bus fährt.** So fühlen sich viele in Sachsen, vor allem außerhalb der Städte Leipzig, Dresden und Chemnitz. Laut lokalen Befragungen, wie die der Mobilitätskompass-Umfrage, wird das aktuelle ÖPNV-Angebot als unzureichend empfunden und die Haushaltslage der Kommunen als besorgniserregend. Die Fotos gehören zu einer Serie über Bushaltestellen 2021 in Mittelsachsen.

Foto: Tim Gassauer. **Tim** (27), aufgewachsen in Thüringen, lebt und arbeitet als Fotograf zwischen Berlin und Chemnitz.

es passieren, wie in Berggießhügel im vergangenen Jahr, dass eine Demonstration der Freien Sachsen mit Tausenden Teilnehmer:innen gegen eine geplante Unterkunft für Geflüchtete ungestört stattfinden kann. Die Gefahr rechter Hegemonie ist real. Geflüchtete werden in Berggießhügel nun übrigens nicht untergebracht.

Die Sonne scheint, die Tourist:innenströme bewegen sich mit der Fähre über das kühlende Wasser der Elbe in Richtung der S-Bahn. Zurück in der Groß-

stadt. In den Nachrichten und auf Social Media kursieren die ersten Videos des Aufmarschs von Rechtsextremist:innen beim Christopher Street Day in Bautzen. In der Sächsischen Schweiz ist das von den Gesprächspartner:innen bereits antizipiert worden, es überrascht nicht.

**Jeremias** (23), geboren und aufgewachsen in Dresden, studiert mittlerweile in Leipzig Politikwissenschaft und Anglistik. Er schreibt und veröffentlicht literarische und journalistische Texte.

taz panterstiftung

## Ja, ich mache mit!

... und unterstütze die Projekte der taz Panter Stiftung

20 €  50 €  100 €  \_\_\_\_\_ €

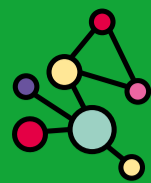
Jede Spende ist steuerlich absetzbar.



Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Online spenden unter: [www.taz.de/spenden](http://www.taz.de/spenden)





# La „Ostdeutsche Vita“ auf Instagram

Bautzner Senftorte oder orangefarbene Eierbecher: Auf der Suche nach dem, was ihre Identität geprägt hat, hält Olivia Schneider die Kamera für Insta drauf. Doch ihr geht es nicht darum, die DDR abzukulden oder den Osten zu verherrlichen

Aus Pirna **Paula Meister**

Die „Ostfluencerin“ Olivia Schneider läuft über das Kopfsteinpflaster der Pirnaer Altstadt. Die bunten Häuserfassaden kennt die 28-Jährige noch aus ihrer Schulzeit. Sie hat die Sonnenbrille in die blonden Haare geschoben und bleibt dann vor dem AKuBiZ stehen. Den Verein, der sich seit über 20 Jahren gegen Diskriminierung und für Demokratie einsetzt, hat sie vor Kurzem auf ihrem Instagram-Account vorgestellt. Dort folgen ihr unter dem Namen „tumvlt“ mehr als 21.100 Menschen. „Ich sehe der Landtagswahl sehr pessimistisch entgegen. Ich versuche zumindest die zu unterstützen, die sich echt gegen rechts engagieren und finanzielle Unterstützung brauchen. Ich versuche, ihnen irgendwie Sichtbarkeit zu geben.“

Sie erstellte tumvlt 2017 im Rahmen ihres Diplomstudiums in Dresden. Was der Name bedeutet? Nichts. Nach dem Abschluss studierte sie Soziale Arbeit und der Account lag still. Bis vor einem Jahr, da postete sie ein Reel, in dem sie Momente ihres Sommers unter dem Titel „Ostdeutsche Vita“ festhielt. „Das ging ziemlich viral und

Das DDR-Museum in Pirna stellt typische Einrichtungsgegenstände von damals aus. Ein paar besitzt Olivia Schneider auch  
Foto: Paula Meister



Die „Ostfluencerin“: Olivia Schneider kennt die bunten Hausfassaden in Pirnas Altstadt noch aus ihrer Schulzeit  
Foto: Paula Meister

dann hatte ich Lust, mehr zu dem Thema zu machen“, sagt Schneider. Das Thema: Leben und Identität junger Menschen in Ostdeutschland.

Für tumvlt kocht sie DDR-Rezepte, stöbert in sächsischen Trödeläden oder macht Ausflüge in der Region. Die kurzen Videos sind manchmal nachdenklich, oft ironisch: „Ich suche nach Dingen, die irgendwie meine Identität geprägt haben. Bautzner Senf wird zum Beispiel krass abgefeiert. Ich fand es lustig, dann alle möglichen Produkte wie eine Senftorte zu machen.“ Vier Stunden braucht sie in etwa für ein Video. Neben ihren beiden Jobs in der Betreuung und Pflege ist gerade nicht viel Zeit dafür, obwohl ihre Liste mit Ideen lang ist.

Heute will sie das DDR-Museum in Pirna besuchen. Auf dem Weg dorthin erzählt Schnei-

der, dass sie vor vier Jahren das Buch „Ostbewusstsein“ von Valerie Schönian las und merkte: Der Osten hat etwas mit mir zu tun. Ich bin hier aufgewachsen und kann damit selbstbewusst umgehen. Das will sie auch mit tumvlt zeigen: „Mir schreiben Menschen, die sagen, dass sie ihr Ossisein irgendwie immer abgewertet haben und das jetzt annehmen können.“

Angekommen im Museum, stehen dort auf zwei Etagen Tausende Relikte aus der DDR-Zeit: Eine komplett eingerichtete Küche, Autos, ein Café mit typischen Produkten, die Gäste sind große Puppen, über die Schneider schmünzelt. Den Ort würde sie nicht auf ihrem Account präsentieren: „Ich mag die Ästhetik mancher Dinge, aber es geht mir nicht darum, die DDR irgendwie abzukulden.“ Sie erzählt, einige der Exponate besitze sie auch,

wie die orangefarbenen Eierbecher oder den Badehocker: „Meine Eltern finden das komisch. Sie haben alles damals weggeschmissen.“

Olivia Schneider erzählt, jemand habe sie auf Instagram gefragt, wie sie es aushalte, im Osten zu leben. Die Person meinte, sie wolle am liebsten eigenhändig die Mauer wieder aufbauen. „Das ist total abwertend. Was habe ich davon? Man könnte auch sagen, dass es ein Problem gibt, das man gesamtdeutsch lösen muss. Dass es Menschen und Initiativen gibt, die sich übelst engagieren und die man unterstützen sollte.“

„Ostdeutschland“, das Wort ist politisch aufgeladen. Als Schneider ihr „Ostdeutsche Vita“-Reel hochlud, folgten ihr plötzlich AfD-Anhänger:innen. Sie habe alle blockiert: „Es gibt eben einen Unterschied zwischen Ost-

deutschland und Ostdeutschland in Frakturschrift.“ Ihr ginge es darum, Menschen und Dinge wertzuschätzen, sie wolle nichts verherrlichen, auch das starke Abgrenzen vom Westen oder die Besinnung auf Heimat findet sie schwierig.

Mit ihren Freund:innen würde sie selbst oft schlecht über den Osten reden, nach außen habe sie das Gefühl, ihn verteidigen zu müssen: „Ich hasse Abgrenzen, weil er so abgedroschen ist: Es gibt eben auch coole Leute.“ Sie sei hier aufgewachsen, lebe jetzt in Dresden, Freund:innen und Familie, ihr Leben sei hier. Weggehen sei keine Option.

**Paula** (24), aufgewachsen in Markkleeberg, Bachelor in Politik- und Sozialwissenschaften, absolviert derzeit ein Masterstudium in München.

## Tanzstadt Dresden? Das Netz tanzt

Dresdens Tanzszene schaut auf eine lange Tradition zurück und gilt heute als vital und kreativ. Außergewöhnlich ist der enge Zusammenhalt unter Tänzer:innen.

Von **Maxie Liebschner**

Dresdens kulturelles Erbe – das ist weit mehr als die barocke Architektur eines Matthäus Daniel Pöppelmann oder die klassische Musik Carl Maria von Webers. Besonders für den zeitgenössischen Tanz war Dresden eine der Vorreiterstädte Deutschlands. Ikonen des modernen Tanzes wie Mary Wigman und Gret Palucca prägten das kulturelle Leben hier in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Dafür brauchten sie nicht einmal Ballettschuhe. Sie waren barfuß und bewegten sich nicht nach den Regeln des klassischen Tanzes.

Die Dresdner Tänzerin und Choreografin Cindy Hammer ist überzeugt davon, dass Dresden auch heute noch ein wichtiger Ort für Tanz ist. Hammer machte ihre Ausbildung an der Palucca Hochschule für Tanz in Dresden und beschreibt die zeitgenössische Tanz-

szene ihrer Stadt als vital und produktiv. Charakteristisch seien zudem die verschiedenen künstlerischen Handschriften und Organisationsstrukturen. Ihre eigene Truppe, die go plastic company, ist gut mit anderen Tanzstilen, Gruppen und Vereinen vernetzt.

Das Besondere an Dresden ist eben die gute Vernetzung in der freischaffenden Szene. Hammer spricht über das „Tanznetz Dresden“. Es bietet Training für Profitänzer:innen, Austauschformate und verschaffe Raum für verschiedene Präsentationsformate an Dresdner Spielorten und in Kunsträumen. Dieses Netzwerk ist in dieser Form deutschlandweit wohl einmalig.

Ein ebenso feinmaschiges Netzwerk hat sich die Breakdancegruppe The Saxonz aufgebaut, die seit 2013 existiert. Gründungsimpuls war das Zusammenbringen von kleineren Tanzgruppen und Tänzer:innen, um das Potenzial

zu bündeln, etwa um bei bundesweiten Wettbewerben besser abschnitten zu können, erzählt Lehmi, bürgerlich Philip Lehmann. Und so kommen die 23 Tänzer:innen von The Saxonz aus Dresden, Leipzig und Chemnitz – im deutschen Breakdance ist diese Größe und Verteilung ein Alleinstellungsmerkmal.

Darüber hinaus entstanden weitere Projekte, so auch das Battle-Format Floor on Fire für Hellerau – Europäisches Zentrum der Künste. Der Kulturbetrieb der Stadt Dresden auf dem Gelände des Festspielhauses Hellerau im gleichnamigen Stadtteil nahm schon vor über 100 Jahren eine wichtige Rolle in der Entwicklung des modernen Tanzes ein. Heute ist es ein Gastspiel- und Koproduktionshaus, das zeitgenössischen Künsten wie Tanz, Theater und Musik eine Bühne bietet. Dieses Battle-Format, das in Hellerau ein großes Pu-

blikum findet und bei dem sich Tänzer:innen verschiedener Tanzstile unabhängig von ihrer Herkunft oder ihren politischen Ansichten duellieren, ist nun schon fast zehn Jahre alt.

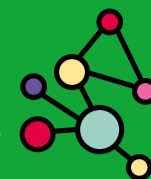
Auch Hammer hat schon bei diesem Format mitgewirkt. Den Sinn ihrer Arbeit sieht sie in der Möglichkeit, Menschen zusammenzubringen und sie mit dem eigenen Körper in Beziehung zu setzen. Für Hammer und Lehmi schafft die Kulturstätte Hellerau viel Raum für Neues und Diverses.

Dresden ist vielfältig und die Dresdner:innen sind diskussionsbereit, sagt André Schallenberg, Programmleiter im Kulturbetrieb Hellerau. Das Europäische Zentrum der Künste schafft einen Ort der Begegnung. Schallenberg sieht hier aktive Bürger:innen, die ein reges Interesse am Austausch haben. „Die Welt nach Dresden holen“ – durch ein breites internationales und lokales

Angebot –, das möchte Hellerau, sagt Schallenberg.

Und doch ist die Existenz des Kulturbetriebs zuletzt immer wieder aufgrund fehlender Förderung und fehlender Anerkennung bedroht. Auch rechte Parteien wie die AfD verstärken das Problem. So sehen sie für kulturelle und künstlerische Institutionen, die mit ihrer Offenheit und Internationalität gegen das Ressentiment rechtspopulistischer Akteur:innen arbeiten, keinen Platz. Umso feinmaschiger spannen die Tänzer:innen ihr Netz, um die lokale und internationale Szene miteinander zu verknüpfen.

**Maxie** (31) wuchs in einem kleinen Ort bei Dresden auf und war in Medien, Theater und Tanzkunst unterwegs. Derzeit volontiert sie an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften.



# Der mit dem Hund spricht

Fishbowl, World-Café, Hundeschule: Mit verschiedenen Dialogformaten versuchen Akteur:innen der politischen Bildung in Sachsen Bürger:innen wieder mehr ins Gespräch zu bringen



In einer Dresdner Hundeschule begegneten sich 2021 regelmäßig Menschen aus unterschiedlichen Milieus mit teilweise gegensätzlichen politischen Haltungen  
Illustration: Amelie Sindermann.  
Amelie (21), in Sachsen geboren und am Meer aufgewachsen, liebt zu schreiben und das Malen mit dem Bleistift oder mit Acryl auf Leinwand.

Wir Sachsen reden viel: an Stammtischen, mit den Kolleg:innen bei der Arbeit, mit der Familie beim Abendbrot. Auch der öffentliche Diskurs – etwa bei Bürgerdialogen oder bei Demonstrationen – wird von den Menschen des Freistaats gesucht und gepflegt. Fast scheint es so, als hätte die sächsische Politik in den vergangenen Jahren im Reden das Allheilmittel für alle Probleme gefunden. Innerhalb der politischen Bildung und in manchen sächsischen Kommunen sind Dialogformate mittlerweile an der Tagesordnung. In den vergangenen Jahren dominierten dabei zumeist einmalig stattfindende Podiumsdiskussionen, Fishbowls oder World-Cafés. Bei Letzteren handelt es sich um Formate, bei denen die Zuschauer:innen intensiv mitdiskutieren können und sich die Diskutant:innen auf Augenhöhe begegnen.

Die jeweiligen Akteur:innen verbanden damit die Erwartung, dass sich durch das Gesprächsangebot einiges erreichen ließe, etwa dass Probleme der Bürger:innen artikuliert und vielleicht auch adressiert würden und sich die Teilnehmer:innen gehört fühlten. Aber waren die Formate mit Blick auf die weiterhin sehr hohen Zustimmungswerte für rechte Parteien in Wahlumfragen tatsächlich erfolgreich?

Aus Sicht von Anja Besand, Direktorin der John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie an der TU Dresden, blieben einmalige und kurzfristig angelegte Dialogformate, die inzwischen fast inflationär eingesetzt würden, weit hinter ihren Erwartungen zurück. Stattdessen müsse politische Bildung langfristige Formate anbieten, eine gute Dialogform müsse auf Gemeinsamkeiten der Diskutant:innen basieren und wiederkehrend sein sowie Pausen zwischen den Treffen beinhalten. Wichtig sei es, eine Basis

für gegenseitiges Zuhören zu schaffen, die zu einem tatsächlichen Interesse für die andere Person und ihre Positionen führe. „Das kann in Nachbarschaften, im Kolleg:innenkreis, im Verein oder auch im Klassenzimmer geschehen“, so Besand. „Also dort, wo Menschen immer wieder aufeinander treffen.“ Nur so sei es möglich, auf bereits Gesagtes zurückzukommen sowie Gedanken und Konflikte weiter auszuführen. Anzustreben sei der Wechsel zwischen Begegnung und Distanz, damit die Teilnehmer:innen neue Energie schöpfen könnten und Zeit zum Reflektieren hätten.

In dem Projekt „Politische Bildung in der Hundeschule“ wurde genau dieses Konzept umgesetzt.

## Kommunen sind kaum in der Lage, langfristige begleitete Gesprächsprozesse finanziell zu stemmen

In einer Dresdner Hundeschule begegneten sich 2021 regelmäßig Menschen aus den unterschiedlichsten Milieus mit teilweise gegensätzlichen politischen Haltungen und Weltanschauungen zu Themen wie Elektromobilität oder Rassismus. Mit großem Erfolg: Die Hundebesitzer:innen hinterfragten ihre Positionen und Impulse, die Gespräche zeigten nachhaltige Wirkung. Damit Dialoge wie diese aber überhaupt zustande kommen, müssten diejenigen gestärkt werden, die die Auseinandersetzung mit Menschen mit rechten Einstellungsmustern suchen, sagt Besand, es brauche deshalb Argumentationstrainings, um ihre Handlungsfähigkeit zu stärken.

Mit der Ausbildung von Moderator:innen für kommunale Konflikt- und Krisensituationen beschreitet das Kompetenzzentrum Krisen-Dialog-Zukunft der Aktion Zivilcourage e. V. in Dresden so einen Weg. In umfangreichen Schulungen lernen Bürgermeister:innen und andere Akteur:innen aus der Verwaltung und Zivilgesellschaft, Gesprächsformate umzusetzen. Andreas Tietze, Referent bei der Aktion Zivilcourage e. V., weiß um die große Bedeutung der vielen Dialogformate, um die Bürger:innen wieder mehr miteinander ins Gespräch zu bringen. „Wenn sich eine Gruppe dem Diskurs stellt, haben wir keinen Zugangspunkt mehr, um mit ihnen zu diskutieren, und das ist für eine Demokratie das absolut Negativste“, sagt er.

Dennoch seien die Konzepte der John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie für Tietze ein Ideal, das in der Praxis nicht immer zu verwirklichen ist. Gerade Kommunen seien kaum in der Lage, langfristige begleitete Gesprächsprozesse finanziell zu stemmen; außerdem sei zu viel Methodik, wie die Dokumentation mit Moderationskarten an einer Pinnwand oder Fragen vorab aufzuschreiben, bei einem konfliktreichen Format mit vielen Teilnehmenden nicht zielführend, da diese oft Widerstände hervorrufe.

Tietze begrüßt deshalb jede Gelegenheit eines Bürger:innengesprächs: Selbst wenn eine einmalige Dialogveranstaltung keine Einstellungsveränderung bei den Bürger:innen erzeugen könne, gelänge es aber, miteinander unvereinbare Wahrnehmungen zu adressieren. Dazu zähle beispielsweise das rechtspopulistische Narrativ von

einem allgemeinen Volkswillen, also die Abwesenheit von unterschiedlichen Meinungen, durch gegensätzliche Positionen unterschiedlicher Sprecher:innen zu dekonstruieren. Außerdem biete ein Dialogformat die Möglichkeit, Fakten zu benennen und kursierenden Falschinformationen entgegenzuwirken.

„Je früher ein Konflikt bearbeitet wird, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass dieser eskaliert“, weiß Tietze aus zahlreichen Dialogveranstaltungen der letzten Jahre. Ein ideales Gesprächsformat folge der sogenannten 30/90-Regel: Auf eine kurze Impulssetzung von maximal 30 Minuten folge eine ausführliche anderthalbstündige Diskussion. Dabei sei es wichtig, „dass Emotionen zugelassen und nicht einfach abmoderiert werden, aber klare Grenzen bei hetzerischen Aussagen, Menschenfeindlichkeit und Herabwürdigung gesetzt werden“. Je konflikthafter sich eine Situation gestalte, desto vertraulicher müsse die Gesprächssituation sein, sagt Tietze, denn „wenn Leute von Angesicht zu Angesicht miteinander reden, ist die Tendenz zur Eskalation weniger stark ausgeprägt“.

Leah (21), aus Dresden, studiert Geschichte und Politikwissenschaft in Göttingen. Sie schreibt für den Blog Literaturnetz Dresden und arbeitet bei dem studentischen Journal „GASP“.

# Mit Rechten rede ich nicht. Oder doch?

Diskussionen sind wichtig für eine lebendige Demokratie, auch wenn man sich nicht immer einig ist. Doch es gibt Grenzen. Unsere Autorin hat Tipps dazu gesammelt, wie man Gespräche mit AfD-Wähler:innen führen kann.

Von **Julemarie Vollhardt**

Sachsen ist mittlerweile bundesweit für seine rechte Wählerschaft bekannt. Doch längst nicht alle Menschen in Sachsen sind rechts. Wie lassen sich Zusammenleben und Diskussionskultur aufrechterhalten?

Der sächsische AfD-Landesverband wurde im Dezember 2023 vom Landesverfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft. Im Mai bestätigte das Verwaltungsgericht Dresden die Einstufung. In dem Gutachten, das dem Urteil zugrunde liegt, wird beschrieben, dass die AfD Sachsen nicht nur antidemokratische Bestrebungen verfolgt, sondern sie richtet sich auch in ihrem Handeln gegen die Menschenwürde bestimmter Personengruppen. Einen Monat nach dem Urteil fanden in Sachsen die Kommunalwahlen statt. Die AfD erlangte 26,9 Prozent der Stimmen, mehr als alle anderen Parteien, und den größten Zuwachs im Vergleich zu den vorherigen Kommunalwahlen.

Wie können Nicht-AfD-Wähler:innen möglichst konstruktiv mit den knapp 30 Prozent ihrer Mitmenschen kom-

munizieren, die menschenverachtendes und demokratiefeindliches Gedankengut mindestens unterstützen? Eine respektvolle Diskussionskultur ist in einer lebendigen Demokratie unabdingbar: Menschen aller politischer Ausrichtungen sollten die Möglichkeit haben, sich sicher miteinander auszutauschen. In jeder Diskussion ist es wichtig, rassistischen Aussagen deutlich und direkt zu widersprechen. Fehlende Intervention in realen Debatten gibt Rassismus eine gesellschaftliche Legitimität, das unterstreicht etwa die Studie „Rassistische Realitäten“ des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismomonitors.

Seit 2015 fördert die Bundesregierung das Programm „Demokratie leben!“, das verschiedene Tipps gibt, wie konstruktive Gespräche geführt werden können. Zum Beispiel: Man solle offen, sachlich und respektvoll bleiben, genau zuhören, man müsse nicht immer auf einen Nenner kommen und Humor solle richtig dosiert werden. Diese Regeln können allerdings schon mal schwierig einzuhalten sein, wenn die Person gegenüber

emotional und wenig faktenbasiert diskutiert.

Die Sozialpsychologin Pia Lamberty gibt im Magazin *fluter* zu bedenken: „Je ideologischer mein Gegenüber ist, desto unwahrscheinlicher ist es, dass ich ihn oder sie mit Sachargumenten erreichen kann.“ Für ein Gespräch ohne große Konflikte hilft es, im Voraus abzuschätzen, inwiefern eine respektvolle Auseinandersetzung überhaupt erwar-

## „Es ist wichtig, rassistischen Aussagen direkt zu widersprechen“

Aus der Studie „Rassistische Realitäten“

tet werden darf. Eine:n AfD-Wähler:in mit einem geschlossenen Weltbild könne man nicht dazu bewegen, anders zu wählen.

Und wie sehr AfD-Wähler:innen rechtsextreme Einstellungen teilen, hat zum Beispiel die Bertelsmann Stiftung 2021 in einer Studie erhoben. Das Ergebnis: 71 Prozent der Befragten waren

populistisch oder teils populistisch eingestellt, 56 Prozent latent oder manifest rechtsextrem – wobei Überschneidungen zwischen populistischen und rechtsextremen Ansichten möglich waren. 13 Prozent waren weder populistisch noch rechtsextrem.

Gerade unter Freunden oder nahen Verwandten kann es jedoch sehr herausfordernd sein, schon im Vorhinein abzuwägen, ob ein Gespräch überhaupt begonnen werden sollte. Sollten politische Themen in Gesprächen einfach nicht angesprochen werden? Oder sollte der Kontakt zur AfD-wählenden Person eingeschränkt werden?

Immerhin macht Pia Lamberty an dieser Stelle Hoffnung: Die Chance, den Menschen gegenüber mit Worten zu erreichen, sei höher, wenn ein Vertrauensverhältnis zu der Person besteht. Ist diese nicht mehr offen für sachliche Argumente, könne es helfen, das Gespräch auf eine persönliche Ebene zu verlagern, eigene Sorgen und Ängste vor der AfD-Politik anzusprechen.

Wenn der oder die Gesprächspartner:in aggressiv wird, sollte die Diskussion aus Sicherheitsgründen sofort ab-

gebrochen werden. Gewaltbereitschaft unter Rechtsextremen ist eine große Gefahr – beim Neonazi-Aufmarsch gegen den CSD in Bautzen im August war zu sehen, wie Hunderte Rechtsextreme die friedlich Feiernden störten. Gewaltbereitschaft ist kein Fundament konstruktiver Diskussionen.

Die vom Bundesprogramm „Demokratie leben!“ erstellte Broschüre „Nazis hassen diese Tricks“ gibt Tipps für mehr Engagement gegen Rechtsextremismus. Strafrechtlich relevantes Verhalten soll demnach grundsätzlich angezeigt werden, um rechte Straftäter:innen Konsequenzen für ihre Handlungen spüren zu lassen. Bei gewalttätigen rechten Menschen oder Strukturen könne dies jedoch auch Gefahren bergen und solle von Fall zu Fall abgewogen werden. Gerade für Menschen, die in einer Region mit sehr hohem AfD-Anteil leben, können auch Argumentationstrainings wie beispielsweise des Bündnisses Aufstehen gegen Rassismus hilfreich sein, um die Parolen der Rechtsextremen so gut wie möglich zu entschärfen und einen etwas angenehmeren Alltag zu haben.



Mit der Bezahlkarte wird das Einkaufen schwierig, da nur Bargeld akzeptiert wird  
Foto: Ernst Boese/imago

## Bares ist Rares

In einigen Bundesländern ist die Bezahlkarte für Asylbewerber bereits im Einsatz. Nun soll sie auch in Berlin eingeführt werden. Wann, ist zwar noch unklar, doch die Probleme sind bereits in Sicht

Von Marina Mai

Berlin wird die Bezahlkarte für Asylbewerber einführen. Obwohl Berlins Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe (SPD) die Bezahlkarte politisch eigentlich ablehnt, sieht sie sich wegen des bundespolitischen Rahmens dazu verpflichtet. Ab wann und wie genau die Bezahlkarte kommt, ist noch nicht klar. In den Bundesländern, wo die Bezahlkarte bereits gilt, bekommen Asylbewerber lediglich 50 Euro Bargeld, Kinder weniger, in vielen Bundesländern nur 10 Euro. Geldüberweisungen sind nur möglich, wenn das Amt dies vorher genehmigt.

Dave Schmidtke vom Sächsischen Flüchtlingsrat berichtet von „flächendeckenden Problemen“, seit es in seinem Bundesland die Bezahlkarte gibt. „Wochenmärkte, kleinere Lebensmittelläden nehmen die Bezahlkarte nicht an. Kinder können kein Bargeld mehr für Materialien, Ausflüge oder Essen mit in die Schule“ oder Kita nehmen.

Gegenüber der taz spricht Schmidtke von einer Schuldenfalle, in die viele Flüchtlinge geraten würden. Wenn sie weiterhin ihre Gebühren für das Fitnessstudio, den Rechtsanwalt oder das Telefon bezahlen wollen, müsse das Sozialamt vorab jede Überweisung mit IBAN extra freischalten. „Bis das geschehen ist, ist oft bereits die Mahnung eingegangen und die Mahngebühren müssen dann erneut vom Amt freigegeben werden. Das kann eine Spirale ohne Ende werden“, sagt Schmidtke. Für das Berliner Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten, das ohnehin wegen Personalnot viele Aufgaben zu langsam bewältigt, wird das zu einer besonderen Herausforderung.

Ein weiteres Problem sieht Schmidtke darin, dass Familien lediglich eine einzige Bezahlkarte erhalten. Wenn zum Beispiel die Mutter die Karte hat, nicht anwesend ist und ein anderes Familienmitglied dringend ein Medikament oder einen Drogerieartikel kaufen muss, ginge das nicht, erläutert er.

Wie ist Berlin auf die Bezahlkarte vorbereitet? Da Berlin anders als Sachsen keine Kitagebühren erhebt, fällt zumindest das Problem weg, dass man in eine Schuldenfalle gerät, wenn diese wegen Bearbeitungsstau am Amt nicht rechtzeitig bezahlt werden oder man deshalb gar den Kitaplatz verliert, wie es in Sachsen häufig passiert. „Selbst die

Kostenbeiträge zum Essen in der Kita werden für Familien mit Transfermittelbezug in Berlin erstattet“, sagt Camilla Schuler (Linke), Jugendstadträtin von Lichtenberg, der taz. Auch andere Jugendämter sehen da keine Probleme auf sich zukommen.

Anders ist es bei Berliner Dönerständen. Für viele Flüchtlinge ist ein Döner die einzige Außer-Haus-Mahlzeit, die man sich gelegentlich leisten kann, wenn man wegen des Deutschkurses oder eines Behördentermins die Mahlzeiten nicht im Wohnheim einnehmen kann. Doch kaum ein Dönerstand akzeptiert Kartenzahlung und damit die künftige Bezahlkarte. Die Benutzung öffentlicher Toiletten ist mit Bezahlkarte unmöglich.

### Ein großes Problem wird die Bezahlung von Sprachkursen und den damit verbundenen Nebengebühren sein

Schwierig ist die Bezahlung von Rechtsanwaltsgebühren. Viele Flüchtlinge lassen sich im Asylverfahren von einem Anwalt vertreten und stottern die Gebühren in 50- oder 60-Euro-Monatsraten ab. Das Geld wird entweder per Dauerauftrag überwiesen oder aber jeden Monat bar in die Anwaltskanzlei gebracht. Das zweite geht in Zukunft gar nicht mehr, das erste nur, wenn die Sozialhilfebehörde der Überweisung vorab zustimmt, was datenschutzrechtlich allerdings problematisch ist.

Ein großes Problem wird die Bezahlung von Sprachkursen und den damit verbundenen Nebengebühren sein. Die meisten Sprach- und Integrationskurse in Berlin sind kostenlos. Dies gilt jedoch nicht für Spezialkurse wie Frauenkurse mit Kinderbetreuung oder weiterführende Kurse, die spezifische Sprachfertigkeiten vertiefen, trainieren oder gezielt auf Prüfungen vorbereiten. Aus Sicht der Volkshochschule

Pankow spricht nichts dagegen, dafür in Zukunft die Bezahlkarte zu akzeptieren, sagt ein Sprecher des Bezirkes. Private Kursanbieter müssten überlegen, ob sie ein Kartenlesegerät anschaffen. Unmöglich ist es, mit der Bezahlkarte Verpflegung für den Sprachkurs zu zahlen. So stehen in den meisten Volkshochschulen Kaffeeautomaten, wo man für 70 Cent (manchmal 50 Cent) in der Pause einen Kaffee kaufen kann – bei einem drei- bis fünfständigen Deutschkurs mehr als sinnvoll. Hier werden laut Auskunft aus Pankow und Tempelhof-Schöneberg jedoch keine Bezahlkarten akzeptiert.

Auch die Bücher für den Deutschkurs müssen die Teilnehmer selbst bezahlen. Die kosten zwischen 12 und 20 Euro und sind in Alphabetisierungs- und Orientierungskursen monatlich, in anderen Kursen etwa alle zwei Monate fällig. Gerade in Alphabetisierungskursen haben die Lehrkräfte bisher oft die Bücher für ihre Teilnehmer im Buchhandel gekauft und diese bar an die Teilnehmer weiterverkauft, weil es Analphabeten schwer fällt, sich im Buchhandel verständlich zu machen. Das wird jetzt nicht mehr möglich sein, sodass der Buchkauf eine zusätzliche Hürde wird und viele Teilnehmer dann vermutlich ohne Buch im Kurs sitzen.

Eine Herausforderung wird die Bezahlkarte auch für S-Bahn und BVG. BVG-Sprecher Nils Kremmin sagt der taz, dass mit der Bezahlkarte an Automaten und in Kundenzentren bezahlt werden kann. Dort erhält man sowohl Einzelfahrscheine als auch das kostengünstige Sozialticket. Bisher gibt es aber keine Lösung für das 49-Euro-Ticket. Das kann man bisher nur im Abo erwerben und die Gebühren müssten dann vom Konto abgebogen werden, was die Sozialbehörde regelmäßig extra bewilligen muss. Das 49-Euro-Ticket brauchen vor allem Flüchtlinge aus Brandenburg, die in Berlin Sprachkurse besuchen. Sie machen in den Randbezirken bis zu 50 Prozent der Kursteilnehmer aus. Wenn für sie keine Lösung gefunden wird, muss die Integration warten, bis der Asylantrag angenommen ist und sie damit nicht mehr unter die Restriktionen der Bezahlkarte fallen. Für Berliner Flüchtlinge ist das 49-Euro-Ticket nötig, wenn man in Brandenburg ein Praktikum absolviert.

Emma Dörmann besucht das Hinschauen-Festival

### Kunst gegen das Wegsehen

Die Bilder auf dem Caligari-Platz zeigen Menschen, sie halten Pappschilder in den Händen, auf denen ihre Wünsche geschrieben stehen – Wünsche nach Gesundheit, einer Wohnung oder Glück. Es sind Portraits von wohnungslosen Menschen, die hier auf dem kleinen Open-Air-Festival „Hinschauen“ ausgestellt werden. Auf zwei Bildern werden Menschen gezeigt, die auf der Straße gestorben sind. Die Anwohner:innen kannten sie gut, und die Menschen noch mal mit ihrer Geschichte und Gesichtern hier zu sehen lässt viele innehalten.

Die Wirkung der Bilder verstärkt sich durch die Stimmen von Betroffenen und engagierten Menschen, die die Besucher:innen durch schwarze Kopfhörer anhören können. Eine Frau erzählt, wie ein obdachloser Mensch eine Treppe hinuntergestürzt ist und blutend liegen blieb, während die Menschen einfach über ihn hinwegstiegen, als wäre nichts passiert. Ein Großteil der Geschichten erzählen von Gewalt und Entmenschlichung gegenüber obdachlosen Menschen.

Mitten auf dem Platz hängt ein weißes Transparent mit der roten Aufschrift „Hinschauen“. Es zeigt den Namen und das zentrale Anliegen dieses Festivals, welches sich mit Obdach- und Wohnungslosigkeit auseinandersetzt. Das Festival findet bis zum 1. September auf dem Caligari-Platz und zwischen dem 4. und 8. September vor dem Bahnhof Lichtenberg statt. Die Veranstaltung ist für alle frei zugänglich.

Nachdem die von einem Straßenkünstler gespielte Klaviermusik leiser wird, tritt der Organisator Martin Heesch auf die Bühne. Er hebt hervor, wie obdachlose Menschen ständig beobachtet werden, doch niemand wirklich hinsieht. Das soll bei diesem Festival anders sein. Kurz darauf folgt Katrin Schmidberger, Mitglied der Grünenfraktion im Abgeordnetenhaus. In ihrer Rede betont sie, dass Wohnungslosigkeit eine der drängendsten sozialen Fragen unserer Zeit ist, und kritisiert das „Totalversagen der Politik“, wobei sie auch ihre Partei dazuzählt.

Im weiteren Programm tritt ein Mann auf, der immer wieder akut von Wohnungslosigkeit bedroht ist. Sichtlich aufgeregt betritt er die Bühne, um zum ersten Mal vor fremden Menschen ganz alleine zu singen – und zwar a-cappella. Doch nach der ersten Strophe von „Sweet Caroline“ ist seine Aufregung verflogen, er wirkt selbstbewusst. Er erzählt, dass er gerne eine Gruppe von A-cappella-Sängern gründen würde, um mehrstimmige Lieder singen zu können. Er freut sich schon riesig auf die Theateraufführung der MäntelGang. Die Spieler\*innen der MäntelGang kommen aus dem Umfeld von „Straßenkinder e.V.“ und dem Verein „Unter Druck – Kultur von der Straße“ und führen eine Performance mit dem Namen Haltestelle auf, wo es um Annäherungen und Konflikte von Menschen geht, die auf dem ersten Blick nicht miteinander verbunden sind. Die Aufführung findet am Sonntag auf dem Caligariplatz statt.

Anzeige

Erstmals im Britzer Garten im Südosten Berlins

www.berliner-staudenmarkt.de

präsentiert vom Gärtnerverein

**Berliner Staudenmarkt**  
im Britzer Garten

7.+ 8. September 2024  
9–18 Uhr

© block | emiliano

## Keine Melonen erwünscht

Auch dieses Jahr zieht die Technoparade Zug der Liebe durch Berlin. Der Nahostkonflikt ist auch hier ein wesentlicher Bestandteil

Interview **Andreas Hartmann**

**taz:** Herr Schwan, „Bässe verbinden“ lautet das diesjährige Motto Ihrer Technoparade Zug der Liebe. Glauben Sie selbst noch an die verbindende Kraft der Bässe, seit sich die Berliner Clubkultur nach dem 7. Oktober so dermaßen gespalten hat?

**Jens Schwan:** Der Graben, der die Berliner Clubkultur spaltet, ist so tief, dass eine Verbindung nur noch schwer möglich ist. Die meisten Akteure der Berliner Clubszene haben sich wie die letzten Lappen benommen, als es darum ging, Solidarität mit dem von der Hamas am 7. Oktober angegriffenen Supernova Festival in Israel zu zeigen. Gleichzeitig gibt es eine sehr kleine, aber lautstarke Mischpoke, die zum Boykott des About Blank und des Berghain aufruft, weil diese als zu israelfreundlich wahrgenommen werden. Demgegenüber registriere ich aber keine Berliner Clubkulturszene – und damit meine ich vornehmlich die Betreiber dieser Läden – die sich gegen dieses Treiben in irgendeiner Weise positioniert. Das About Blank ächzt unter den Boykottbemühungen der BDS-Bewegung und veranstaltet trotzdem Solipartys für das Supernova Festival. Ich sehe sonst niemanden, der das ähnlich machen würde.

**taz:** In einer Presseerklärung zu Ihrer Parade steht, dass Nationalflaggen auf der Demo verboten sein werden und Banner, auf denen einseitige antiisraelische Positionen vertreten werden. Wollen Sie so verhindern, dass der eben beschriebene Konflikt auch auf Ihrer Parade ausgefochten wird?

**Schwan:** Wir sehen ja, was gerade passiert auf so vielen Propalästina Demonstrationen. Deshalb wird es bei uns diese Verbote geben. Ich habe auch der Polizei gesagt, dass ich keinen einzigen propalästina Schreihals auf der Demo sehen will. Alles, was nicht unserem Leitbild entspricht, will ich da nicht haben. Wenn du mit der Regenbogenfahne mit einem Davidstern kommst, ist das in Ordnung, aber eine Melonenfahne möchte ich auf der Demo nicht sehen.

**taz:** Auf der Homepage des Zugs der Liebe prangt ziemlich zentral ein Banner der Organisation „Artists against Antisemitism“. Sodass man den Eindruck bekommen kann, hier das eigentliche Motto Ihrer Parade zu erkennen.

**Schwan:** Der Verein Freunde des Mauerparks, der sonst immer mit beim Zug der Liebe dabei war, meinte jedenfalls, wegen dieses Banners und weil das so einseitig wirkt, würden sie in diesem Jahr lieber nicht teilnehmen. Ich habe den Claim „Artists against Antisemitism“ natürlich bewusst als Gegenreaktion zu diesen Israel-Boykottbewegungen wie „DJs against Apartheid“ ganz oben auf die Homepage gepackt.

**taz:** Können Sie Bedenken verstehen, wenn Sie zwar klar Stellung gegen Antisemitismus beziehen, aber mit keinem Wort Verständnis äußern, wenn Leute gegen die brutale Kriegsführung Israels in Gaza demonstrieren?

**Schwan:** Nicht wirklich. Natürlich finde auch ich Israels Präsidenten Netanjahu scheiße. Aber dass das so eskalieren würde in Gaza, konnte ja allen klar sein. Man bringt nicht 1.200 Leute um und denkt dann, danach wird nicht viel passieren. Der Krieg in Gaza geht auf die Kappe der Hamas.

**taz:** Wollen Sie überhaupt, dass sich die Berliner Clubszene wieder beruhigt?

**Schwan:** Das wird sich wie immer irgendwann wieder beruhigen, was ich aber eher traurig fände. Ich wünsche mir tatsächlich nicht, dass es sich wieder beruhigt. Ich hoffe, dass bei denjenigen, die sich nach dem 7. Oktober wie Arschlöcher benommen haben, das Karma zuschlägt und deren Veranstaltungen keine Zukunft haben. Wer sich volksverhetzend geäußert hat, sollte auch nicht mehr an die Fördertöpfe rankommen. Ob ich kompromissbereit bin gegenüber Leuten, die sich als totale Israelhasser geoutet haben? Nö.

**Jens Schwan**

ist Gründer und Organisator der Technoparade Zug der Liebe, die es seit 2015 gibt. Er betreibt das Clubportal Clubmap. Zug der Liebe – 31. August, Start am Mauerpark um 13 Uhr

# Aus Helden werden Opfer

Kurierfahrer\*innen berichten über zunehmende Angriffe und Belästigungen durch Kund\*innen und Restaurantmitarbeiter\*innen



Warten auf die Bestellung kann für Rider mitunter gefährlich sein Foto: Emmanuele Contini/imagio

Von **Lilly Schröder**

Bei der Hitze draußen wollte er im klimatisierten Restaurant auf die Bestellung warten. Der Lieferando-Kurier bat um ein Wasser. Am Ende landete er im Krankenhaus.

Laut Lieferando Workers Collective (LWC), einer Interessenvertretung der Kurierfahrer\*innen, hat sich der Vorfall am Sonntagabend zugetragen: Ein Rider habe im Burger-Restaurant Burgermeister in der Schönhauser Allee in Prenzlauer Berg auf eine Bestellung gewartet. Die Restaurantmitarbeiter\*innen hätten daraufhin gesagt, dass er nicht im Restaurant warten dürfe, seien aggressiv geworden, hätten ihm auf den Hinterkopf geschlagen und aus dem Restaurant gestoßen. Der Kurier soll Kopfverletzungen erlitten haben und wurde im Krankenhaus behandelt.

Der Geschäftsführer von Burgermeister dementiert: „Ich weise die Behauptung, dass unsere Kollegen vor Ort einen Lieferando-Fahrer verprügelt haben, in aller Deutlichkeit zurück“, sagt er am Donnerstag der taz. Der Vorfall wurde von Burgermeister zur Anzeige gebracht, das Verfahren läuft.

„Verbale und physische Angriffe auf Fahrer\*innen nehmen lieferdienstübergreifend zu“, sagt Max vom LWC, der nicht mit vollem Namen in der Zeitung stehen möchte. Während der Coronapandemie sei dies bereits deutlich geworden, diesen Sommer hätten die Übergriffe je-

doch eine neue Spitze erreicht. „Sie gehen nicht nur von Restaurantmitarbeiter\*innen aus, sondern auch von Privatpersonen, Kund\*innen und Verkehrsteilnehmer\*innen.“

Es häuften sich etwa Vorfälle, bei denen Männer nackt an die Tür kämen, um ihr Essen entgegenzunehmen oder ihr Handtuch im Moment des Türöffnens fallen ließen. Kurierinnen erzählten vermehrt von Anfragen nach einem Date oder ob sie zum Essen reinkommen wollten. „Sie wollen sicher ihren Job machen und werden diskriminiert und beleidigt“, kritisiert Max.

Die fehlende Achtung gegenüber Kurier\*innen ist in seinen Augen ein strukturelles Problem. „Unsere Arbeit ist billig, deshalb werden wir nicht respektiert.“ Das liege auch an der mangelnden Wertschätzung der Kurier\*innen innerhalb der Firma.

Der Lieferservice steht seit Langem wegen niedriger Löhne, Verletzung von Arbeiter\*innenrechten und Union Busting in der Kritik. „Sie zwingen ihre Fahrer\*innen weiterhin, die schweren Rücksäcke auf dem Rücken zu tragen und muten ihnen Strecken bis nach Brandenburg zu“, sagt Max. Bei UberEats und Wolt hingegen gebe es mittlerweile Gepäckträger und die Kurier\*innen müssten kaum über die Bezirksgrenzen hinausfahren.

Zudem gefährde Lieferando mit seiner „Alibi-Lösung“ bei der Toilettennutzung von Ridern die Kurier\*innen. Auf der offiziellen Toilettenliste von Lieferando steht zum Beispiel die

Bürgermeister-Filiale an der Schönhauser Allee. Diese verwehrt jedoch Ridern, aufs Klo zu gehen. „Das kann man vertraglich regeln, aber Lieferando nimmt sich aus der Verantwortung und schiebt es auf die Restaurants ab“, kritisiert Max.

Lieferando hingegen betont gegenüber der taz sein Engagement für die Kurier\*innen: „Die Sicherheit unserer Fahrer\*innen steht an erster Stelle“, sagt ein Sprecher am Donnerstag zur taz. Man stehe mit dem betroffenen Fahrer und dem Partnerrestaurant in Kontakt und habe bereits interne Untersuchungen eingeleitet. Auch unterstütze man die laufenden Polizeiermittlungen.

Dem Lieferando Workers Collective reicht das nicht. „Es werden immer noch Kuriere losgeschickt, um Bestellungen von dort abzuholen, obwohl sie wissen, dass ein Kollege dort gerade zusammengeschlagen wurde.“ Max fordert, dass Fahrer\*innen Orte blockieren können, bei denen sie negative Erfahrungen gemacht haben und dort keine Lieferungen mehr abholen müssen. Bei Wolt sei dies bereits der Fall. Um Vorfällen, wie dem am Sonntagabend vorzubeugen, brauche es zudem verbindliche Regelungen zu Wasser, Toilettennutzung und Verhalten, wenn man wartet – vor allem bei Extremwetter.

Um gegen die Angriffe auf Kurier\*innen zu protestieren, ruft das LWC für nächsten Freitag zu einem Protest vor der Bürgermeister-Filiale auf.

Pflegepauschale

## Mehr Geld für Pflegefamilien

Pflegeeltern in Berlin bekommen mehr Geld. Wie Katharina Günther-Wünsch (CDU), Senatorin für Bildung, Jugend und Familie, bestätigte, werden die Pauschalsätze von September an erhöht. In Summe bekommen die jüngsten Kinder jetzt knapp 280 Euro, die ältesten etwa 140 Euro mehr. Die Pauschalen richten sich nach Alter und dem Förderbedarf. Zusätzlich startet ab Januar 2025 ein Modellprojekt, das Leistungen ähnlich dem Elterngeld bietet. Damit eine Familie in Berlin ein Kind in Pflege aufnehmen kann, dürfen die Eltern für die Eingewöhnungszeit bis zu einem Jahr nicht arbeiten. Außerdem bekommen sie kein Elterngeld. Daher können und möchten manche potenzielle Familien kein Kind aufnehmen, wie eine Sprecherin sagte. Das Projekt „Startbonus – Pflegekind“ soll Abhilfe schaffen. Zusätzlich zu den Pflegesätzen gibt es dann 924 Euro. Das Kind muss zwischen null und sechs Jahre alt und darf nicht eingeschult sein. Bis zu zwölf Monate sollen die Leistungen greifen und werden pro Familie an eine Pflegeperson vom Einkommen unabhängig ausgezahlt. (dpa)

72 Anzeigen

## Polizei löst Kundgebung auf

Eine unangemeldete Kundgebung im Hauptbahnhof hat für einen großen Polizeieinsatz gesorgt. Am Mittwochabend versammelten sich laut Behörden rund hundert Menschen in der Haupthalle des Bahnhofs und skandierten israel-feindliche Sprechchöre. Statt nach Aufforderung das Bahnhofsgebäude zu verlassen, hätten die Teilnehmer ihre Gesichter mit Palästinaerntüchern verdeckt, ihre Arme untergehakt und sich den Einsatzkräften widersetzt, hieß es von der Polizei. Daraufhin seien 79 Menschen aus der Bahnhofshalle gebracht und vorübergehend festgenommen worden. Gegen 72 Teilnehmer\*innen wurde demnach Anzeige erstattet, unter anderem wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungsfeindlicher und terroristischer Organisationen und des Verstoßes gegen das Versammlungs-freiheitsgesetz. (afp)

# Bonde hat noch nicht geliefert

... findet der BUND: Nach 100 Tagen im Amt sei die Bilanz der Verkehrs-, Umwelt und Klimasenatorin reichlich bescheiden

Von **Claudius Pröber**

Wollte man ungnädig sein, könnte man Ute Bonde als eine Art Ersatz-Ersatz-Senatorin bezeichnen, zumindest was diese Legislaturperiode angeht: Die frühere Chefin des Verkehrsverbunds Berlin-Brandenburg (CDU) übernahm die Verkehrs-, Umwelt- und Klimaverwaltung am 23. Mai von ihrer Parteifreundin Manja Schreiner, als die über Plagiatsvorwürfe stolperte. Und Schreiner selbst hatte das Amt ein gutes Jahr zuvor – nach Wiederholungswahl

und Senatsneubildung – von Bettina Jarasch (Grüne) übernommen.

Bis Herbst 2026 hat Bonde aber noch die Chance, für den längsten Abschnitt der Wahlperiode die Geschichte der Senatsverwaltung zu lenken. Geht es nach dem BUND-Landesverband, muss sie sich aber noch sehr ins Zeug legen, um etwas zu leisten: In einer 100-Tage-Bilanz attestierte der Bund für Umwelt und Naturschutz am Donnerstag der Senatorin, „noch nicht großartig in Erscheinung getreten“ zu sein. „Bisher ist noch völlig unklar, in welche

Richtung die Senatorin agiert“, so Geschäftsführerin Gabi Jung.

Aus Jungs Sicht versteckt sich Bonde bei wichtigen eigenen Themen: „Natur- und Artenschutz scheint bei ihr noch nicht angekommen zu sein.“ Beim „Schneller-Bauen-Gesetz“ habe sie sich zu wenig für diese Belange eingesetzt, das gelte auch für den Görlitzer Park, dessen geplante Umgestaltung aus Sicht des BUND Biotop gefährdet.

Im Mobilitätsbereich habe Bonde eine öffentliche Reaktion auf die Mittelkürzungen bei der BVG vermissen

lassen. Stattdessen seien unter ihrer Ägide der Bau der meisten Rad-schnellwege gestoppt worden, während für die umstrittene Autostraße TVO das Planfeststellungsverfahren eröffnet worden sei.

Wichtig sei nun unter anderem, dass Bonde eine auskömmliche Finanzierung für das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK) sichere. Auch der klimaneutrale und sozialverträgliche Umbau der Energie- und Wärmeversorgung sei eine entscheidende Aufgabe für Bonde, so Gabi Jung.



# Tucholsky, Warnemünde und die Frauen

Kurt Tucholsky heiratet vor 100 Jahren seine Jugendliebe Mary Gerold und beendet dadurch die Reisen zu seiner liebsten Landschaft, der Ostsee

Von Bettina Müller



Kurt Tucholsky in Warnemünde 1912  
Foto: Kurt Tucholsky-Museum, Rheinsberg

Der in Berlin geborene Kurt Tucholsky lernt die Ostsee bereits als kleines Kind kennen und lieben. Als er drei Jahre alt ist, siedeln die Tucholskys von Berlin nach Stettin um, wo er 1896 eingeschult wird. Doch nicht nur das Meer liebt er, sondern auch die Frauen. Zwei Ehen führte er und auch zahllose Affären. Auch seinen ersten großen Bucherfolg: „Rheinsberg“ verdankt er einer Liebesaffäre. Er verarbeitet darin die Erlebnisse mit seiner damaligen Freundin, später erste Ehefrau Else Weil in dem genannten Ort.

Das Familienoberhaupt, Kaufmann Alexander Tucholsky zieht dann mit den Kindern und der Mutter Doris wieder zurück nach Berlin. Diese wenigen Jahre, die Kurt Tucholsky als Kind in der Nähe des Meers verbrachte, haben offenbar ausgereicht, um seine starke Liebe zur Ostsee zu begründen. Die Ausflüge mit der Familie in die Seebäder, Spaziergänge mit dem geliebten Vater am Strand, Spiele mit den Geschwistern im Sand. Die Sonne, das Blau des Meeres, die ewige Weite der idyllischen und sorgenfreien Landschaft, die in gewisser Weise auch zu einer Seelenlandschaft geworden ist, was Tucholsky immer wieder in seinen Texten verewigte. „Hier am Strom lagen lauter kleine Häuser, eins beinah wie das andre, windumweht und so gemütlich. Segelboote steckten ihre Masten in die graue Luft, und beladene Kähne ruhten faul im stillen

Wasser. „Guck mal, Warnemünde!“

Kurt Tucholsky ist erst 15 Jahre alt, als er seinen Vater Alex auf dem Jüdischen Friedhof von Weißensee beerdigen muss. Spätfolgen einer Syphilis-Erkrankung haben dessen frühen und qualvollen Tod am 1. November 1905 im Sanatorium Schlachtensee verursacht. Für Tucholsky ist der Verlust unermesslich groß, mit seiner Mutter Doris versteht er sich seit jeher nicht gut, sie kann ihm daher keinen Halt geben. Doch konnte ihm seine Heimatstadt vielleicht ein Trost sein? Das urbane Leben mit all seinen Möglichkeiten? Die vielen Verwandten und Freunde? Es hatte zunächst den Anschein. Als junger Mann fühlte er sich dort wohl noch heimisch.

Mit zunehmendem Alter wandelt sich doch seine Wahrnehmung von der Stadt, sie wird darin immer oberflächlicher und lauter. Und da ist in Tucholsky immer wieder die Sehnsucht nach dem Meer, was symbolhaft für ein anderes Leben als das Hier und Jetzt steht. Aber eigentlich will er gar nicht warten und vielmehr alles gleichzeitig haben und vor allem genießen: Stadt und Idylle, Vergnügen und Stille, Ehefrau und Freundinnen. Tief im Inneren ahnt er, dass diese Ziele unerreichbar sind: „Aber was wir suchen, das fanden wir nicht. Was wir denn wollten? Wir wollten ein ganz stilles, ein ganz kleines Häuschen, abgelegen, bequem, friedlich, mit ei-

nem kleinen Gärtchen ... wir hatten uns da so etwas Schönes ausgedacht. Vielleicht gab es das gar nicht.“

Er weiß nur zu genau, dass die vermeintliche Ostsee-Idylle eben auch trügerisch sein kann. Überfüllte Strände und Städte, der vermeintliche Traum wird in der Hauptsaison schnell zum Albtraum, wenn der Massenandrang die Harmonie blitzschnell zunichte macht, heute heißt es so schön „Overtourismus“. „Hiermit erkläre ich die Ostsee für eröffnet“, spricht der Bürgermeister des fiktiven Badeorts in Tucholskys „Saisonbeginn an der Ostsee“. Zum Glück nur für ein paar Wochen. So bleibt immer noch genug Zeit, in der die Großstadt im persönlichen Empfinden immer noch verdammt wird und zu einem maroden Moloch wird, der am Nervenkostüm nagt und aus dem man besser schnell die Flucht ergreift. Seine Sommerurlaube werden Tucholsky in der Folge immer wieder an die Ostsee führen. Zu einer Landschaft, die ihn offenbar wie ein Magnet anzog.

Tucholsky hat Sehnsucht nach dem Meer, aus diesem Grund reist er viel an die Ostsee, 1912 dann auch nach Warnemünde. Vor allem mit seinen Affären verbringt er dort viel Zeit. Am 30. August 1924 heiratet er zum zweiten Mal seine große Jugendliebe Mary Gerold aus Kurland, die als Privatsekretärin in Berlin lebt und die er während seiner Militärzeit in ihrer Heimat ken-

nen gelernt hat. Doch einer fehlt im Standesamt, der noch bei Tucholskys ersten Ehe, vier Jahre zuvor den Trauzeugen gegeben hatte: Siegfried Jacobsohn, der Herausgeber der *Weltbühne*, für die auch Tucholsky arbeitet.

## Die Ostsee für Tucholsky steht für Sehnsucht und ein anderes Leben

Jacobsohn ist Kurt Tucholskys bester Freund und Mentor, zudem teilt er seine Liebe zum Meer. Sie kommen sich dabei nicht in die Quere, Tucholsky bevorzugt die Ostsee, Jacobsohn hingegen die Nordsee. Er besitzt in Kampen auf Sylt ein Bauernhaus und verbringt jedes Jahr den ganzen Sommer auf der Insel. Und dann berichtet er dem Freund fast täglich in langen und rührenden Briefen – überdies 1997 bei Rowohlt erschienen – von seinem einfachen, aber äußerst glücklichen Leben auf der Insel zusammen mit Frau Edith und Sohn Peter. „Ich habe übrigens eine Heimat. Sie heißt weder Charlottenburg noch Wilmsdorf, aber Kampen.“ Das ist mehr als deutlich, da ist jemand völlig zufrieden mit seinem Leben. Jacobsohn, der Herausgeber der *Welt-*

*bühne*, hat – im Gegensatz zu Tucholsky – sein persönliches Paradies gefunden und einen Menschen, mit dem er es teilen kann.

Die Rastlosigkeit, die Tucholsky seit jeher an den Tag legte, ist ihm völlig fremd. So führt er – ebenfalls völlig konträr zu seinem Freund – eine dauerhaft glückliche Ehe und braucht auch keine außerehelichen Affären. Überschattet wird sein persönliches Glück am Meer nur durch den schleichend zunehmenden Antisemitismus, der irgendwann auch von der schönen Insel Besitz ergreift.

Doch auch Jacobsohn bleibt trotz aller persönlichen Beständigkeit ein dauerhaftes Glück versagt. Während Tucholsky nach seiner Hochzeit mit Mary Gerold die regelmäßigen Reisen an die Ostsee beendet, stirbt Jacobsohn völlig unerwartet und vorzeitig am 3. Dezember 1926, und lässt seinen Freund völlig untröstlich zurück.

Der Mann, der ihm stets mit Herz und Humor zur Seite stand, war nicht mehr da. Und auch in Liebessdingen scheitert Tucholsky erneut. Er trennt sich auch von Mary, wieder herrschen Trauer und Einsamkeit. Bis schließlich seine letzte Station Schweden wird und er am 22. Januar 1930 endgültig ins schwedische Hindås zieht. Bis ihn eine Überdosis Veronal – versehentlich oder absichtlich eingenommen? – am 21. Dezember 1935 in den vorzeitigen Schlaf des Todes wiegt.

## Geschändete Erinnerung an mutige Frauen

Unbekannte haben das Denkmal „Frauenprotest 1943“ in der Rosenstraße mit antisemitischen Parolen beschmiert

Auch einen Tag nachdem eine Passantin die Schmierereien entdeckt hat, sind die Schriftzüge noch deutlich lesbar. „Jews are committing genocide“ („Juden begehen Völkermord“), haben Unbekannte in schwarzen Großbuchstaben auf Englisch quer über die Skulpturengruppe in der Rosenstraße nahe dem Alexanderplatz in Mitte gesprayt. Auf dem Boden zwischen den Skulpturen prangt eine ebenfalls gesprayte schwarz-weiß-grün-rote Palästina-Flagge und der Slogan „Free Palestine“. Laut Polizei ermittelt der Staats-

schutz. Nach jetzigem Stand seien bisher keine Beweismittel und keine Bekennerschreiben aufgetaucht, sagt ein Sprecher auf Nachfrage.

Das Denkmal „Frauenprotest 1943“ erinnert seit 1995 daran, dass hier Ende Februar und Anfang März 1943 Hunderte Frauen über mehrere Tage für die Freilassung ihrer inhaftierten jüdischen Ehemänner protestiert haben. Die Gestapo hatte sie in einer erneuten Deportationswelle verhaftet. Die 2.000 Männer aus sogenannten „Mischehen“ brachte die Gestapo in

das Gebäude der ehemaligen Behörde für Wohlfahrtswesen und Jugendfürsorge der Jüdischen Gemeinde in der Rosenstraße.

Die Frauen demonstrierten rund dort eine Woche lang täglich für ihre Freilassung, über die Anzahl der Protestierenden gibt es unterschiedliche Angaben. Das Denkmal von Ingeborg Hunzinger greift diese Szenerie auf und stellt etwa gefangene jüdische Menschen einer Gruppe von Frauen gegenüber. Anfang März 1943 wurden die ersten Gefangenen dort entlas-

sen, nach und nach kamen sie frei, die rund 7.000 Festgenommenen ohne „arische“ Ehepartner\*innen wurden nach Auschwitz deportiert und dort ermordet. Der Protest gilt als die größte spontane Protestdemonstration während der Zeit des Nationalsozialismus.

„Antisraelischer Mob, Islamisten und Nazis aller Couleur vergeifen sich an dem Mahnmal“, schreibt die Israelitische Synagogen-Gemeinde Adass Jisroel in Reaktion auf die Schmierereien. „Auch diese außergewöhnliche Ausnahme, dieser mutige Widerstand

in einem Meer von Täter- und Komplizenschaft deutscher Volksgemeinschaft wurde jetzt geschändet“, schreiben sie. Für Juden in Berlin schein es heute keine Ruhe, keine Sympathie, keine Sicherheit mehr zu geben. Das „viel besungene ‚aufblühende jüdische Leben in Berlin‘ sei auf Sand gebaut. „Das überlieferte antijüdische Ressentiment schimmert als stabiles, gesamtgesellschaftliches, überparteiliches Kit durch“. Es sei nicht vorbei, und der Aufstand der Anständigen bleibe aus.

Uta Schliermacher

berliner szenen

## Das alte Abenteuer Nahverkehr

Man will stets an das Gute glauben, auch wenn es den öffentlichen Personennahverkehr betrifft. Und, nun ja, auch die Deutsche Bahn. Ich habe einen Termin in Frankfurt (Oder). Natürlich fahre ich mit der Bahn. Wozu hat man das Deutschland-Ticket? Ich plane einen anderthalbstündigen Puffer ein, sicher ist sicher. Kurz vor acht steige ich in die U-Bahn. Nach einer Station ist der Spaß vorbei, denn „wegen einer Signalstörung verzögert sich die Weiterfahrt“. Sie verzögert sich so stark, dass ich am Alex den RE1 nach Frankfurt verpasse. Kein Problem, denn der nächste fährt eine halbe Stunde später. Er ist auch nur wenige Minuten verspätet, wird aber am Ostbahnhof aufgehalten, weil „gerade alle Gleise belegt sind“, und dann leider auch in Erkner, weil Mitreisende zum Rauchen aussteigen und die Tür blockieren. Der Lokführer ist not amused.

In Frankfurt komme ich mit nur 40 Minuten Verspätung an. Die Straßbahn hat Schienenersatzverkehr. Ich bin ortsfremd und finde die Bushaltestelle nicht. Weil die Zeit nun doch etwas drängt, nehme ich ein Taxi. Vor einem großen Gebäude setzt mich die Taxifahrerin ab. „Aber hier will ich doch gar nicht hin“, sage ich perplex, denn ich hatte extra die Hausnummer genannt. „Ja, weiter weiß ich jetzt auch nicht. Macht acht Euro“, sagt sie. Ich gehe den Rest zu Fuß.

Auf dem Rückweg macht die Bahn kaum Probleme. Dafür die Verpflegung, das Angebot im Frankfurter Bahnhof ist begrenzt. Ich entscheide mich für einen vegetarischen Burger einer Fastfood-Kette. Zwar kann ich ihn am „Screen“ bestellen, aber nicht bezahlen. „Ja, die vegetarischen kommen erst nächste Woche wieder“, erklärt der freundliche Verkäufer. Mit einem schwarzen Kaffee sitze ich kurz darauf im Zug. Milch hätte ich extra bestellen müssen. Dazu hat die Zeit nicht mehr gereicht.

Gaby Coldewey

Lars Penning kino



## Tim Burtons „Dark Shadows“

Als Kinoadaptation einer US-Fernsehserie, die bei uns nie zu sehen war, erzählt Tim Burtons „Dark Shadows“ (2012) auf vergnügliche Weise von dem vor 200 Jahren unter begrabenen Vampir Barnabas Collins, der zufällig bei Bauarbeiten ausgegraben wird und sich nun mit seiner gewöhnungsbedürftigen Verwandtschaft und mit Designsünden herumschlagen muss.

Babylon Mitte, Rosa-Luxemburg-Pl., 30. 8. & 2. 9., 22 Uhr

sieben sachen



Mieko Suzuki, Andrea Neumann und Sabine Ercklentz sind Contagious Foto: Sylvia Steinhäuser

### Aktion und Reaktion

Nach der Sommerpause startet die Reihe „biegungen“ mit einer Allstar Band der Freien Szene. Mieko Suzuki, Andrea Neumann und Sabine Ercklentz bilden mit Contagious eine musikalische Einheit, die zwischen Elektronik, Akustik und Experiment improvisiert. Martina Berther greift derweil zu unkonventionellen Spieltechniken: Ihr Solo-Album „Bass Works: As I Venture Into“ erweitert den elektrischen Bass auf Drone und rhythmische Noise-Klänge.

Ausland, Lychener Str. 60, 31. 8., 21 Uhr, 10 Euro

### Oper goes Kiez

Das Serenaden-Konzert „Schönheit gegen Gewalt“ ist bereits seit 2018 Tradition und wird mit Spannung erwartet. Das liegt an der großartigen Qualität der Darbietung. Dieses Jahr der Star des Abends: Sopranistin Josefine Göhmann mit Arien von u. a. Claude Debussy oder Jean-Phillipe Rameau.

Eisenacher-/Ecke Fuggerstraße, 5. 9., 21 Uhr, 4. 9., 21 Uhr öff. Generalprobe, Eintritt frei



Das Serenadenkonzert findet bereits zum siebten Mal im Schöneberger „Regenbogenkiez“ statt Foto: CoC



Frauen gegen das schöne Sterben Foto: Peter van Heesen

### Nix mit Femme fatale

In der westlichen Kunstwelt erhalten Theorien von Männern über „das Wesen der Frau“ die Geschlechterordnung als Machtssystem bis heute. Die Musiktheater-Combo glanz&krawall startet eine Revanche: Lulu, bekannt aus Alban Bergs Opernfragment und Frank Wedekinds „Erdgeist“ und „Die Büchse der Pandora“ präsentiert eine antipatriarchale Zirkusshow. Zwölftonmusik trifft auf Electro-Punk, Popcorn auf Hochkultur.

Lulu: Revanche im Zirkuszelt: Zirkus CABUWAZI, Tempelhofer Feld, Eingang Columbiadamm, 3.-6. 9., 20 Uhr, Tickets 13-20 Euro

### Materialkunde des Klangs

Aus alten Schrauben, Federn und Konservendosen entstehen beim Festival für selbstgebaute Musik Musikroboter, C-Dur-PET-Flaschen oder Sound-Rucksäcke zum Abheben. Hier trifft Nerd auf Neugier, Kind auf Künstler:in und Musikwissenschaftler:in auf Newbies der Szene. Fast alles kann angefasst, ausprobiert und vor allem selbst gebaut werden. Das Festival versam-



melt die spannendsten Vertreter:innen aus einer Szene, die zunehmend internationaler wird: dieses Jahr mit Künstler:innen aus Ungarn, Barcelona und Wien.

Festival für selbstgebaute Musik: Holzmarkt 25/Säälchen, Holzmarktstraße 25, 1. 9., 13 Uhr, Tickets 15/8 Euro, Soliticket ab 20 Euro

Les Trucs mit ihren Sound-Rucksäcken Foto: Neven Algeier

### Die Kürze im Experiment

Das Kollektiv Labor Berlin hat sich dem (analog) Experimentalfilm verschrieben. Ihr Summer Screening präsentiert einmal mehr Filme von Mitgliedern und Freund:innen. Neben dem eigenen Programm laufen im „guest programme: Miriam Gossing & Lina Sieckmann“ die Kurzfilme „Sonntag, Büscherhöfchen 2“ und „Ocean Hill Drive“.

Freilichtbühne Weißensee, 31. 8., 20 Uhr



„El diablo nació en Colombia“ (2024), Regie: Renata Daguerre, S8 to DCP, Spanisch, 5' Foto: richfilm



Meike mit Hut, Silvester 2007 Foto: Claudia Honecker

### Reading Meike

Zur Finissage von „Meike 9 – Eine Ausstellung zu Ehren von Meike Jansen“ lesen Wegbegleiter:innen Texte von und über Meike Jansen. Line-up: Ingo Arend, Fatma Aydemir, Jens Balzer, Oliver Baurhenn, Ellen Kraft, Martin Kwade, Andreas Rüttenauer, Jörg Sundermeier, Brigitte Werneburg und Harriet Wolff. Die Fensterausstellung ist bis 1. 9. täglich bis 24 Uhr einsehbar.

30. 8., Schau Fenster, Raum öffnet 16 Uhr, Finissage 18 Uhr, Lesung 19 Uhr, Lobeckstr. 30-35

### Im Geiste der Factory

Bereits zum dritten Mal startet mit „Andy Warhol's Garden Party“, kuratiert von Jim Avignon, ein Festival im Spannungsfeld von Kunst und Musik. Während sich die Schlachtschiffe der Hochkultur eher einer musealen Aufarbeitung des Warhol'schen Werkes widmen, steht der Sonntag im Spirit der Factory und die Bauhütte verwandelt sich in eine Gartenparty. Beim „Factory Bingo“ und den „15 Minutes of



Jim Avignon performt Neoangin Foto: Jim Avignon

Game“ – dem Andy-Warhol-Quiz mit Jenny Zylka – gibt es tolle Preise, bei einer Art „Frieda Basel“ im Zirkuszelt drucken Künstler:innenn (u. a. Daniel Haskett) Motive auf Shirts oder Taschen, Getränke und Speisen gibt es auch. Live-musik kommt von Neoangin, Grateful Cat und Twins in Color. An den Plattentellern: Olli Goolightly, Future Sailor, Sunshine Schmitt.

Andy Warhol's Garden Party: Frieda Süd/Bauhütte Kreuzberg, Friedrichstr. 18/19, 1. 9., 14.30-20.30 Uhr, Eintritt frei

# Theater vorschau

<b>Schaubude Berlin</b> ☎ 42 34 314
Do., 05. 09. 20:00 TARA – (There Are Real Alternatives) Premiere
Der gesamte Spielplan auf: <a href="http://www.schaubude.berlin">www.schaubude.berlin</a>
<b>ufaFabrik</b> ☎ 75 50 30
Fr., 30. 08. 20:00 Ton & Kirschen Wandertheater Der Sturm
Sa., 31. 08. 15:00 Kinder machen Circus! Abschluss-Show der Super Ferienpass Workshop-Woche
20:00 Ton & Kirschen Wandertheater Der Sturm
Der gesamte Spielplan auf: <a href="http://www.ufafabrik.de">www.ufafabrik.de</a>

Werben auch Sie in unserem Theaterkasten!  
Fon: 0 30 - 259 02 314 | [anzeigen@taz.de](mailto:anzeigen@taz.de)

KONZERT

HUMBOLDT FORUM

## MUSICAL BELONGINGS IV

LAUTTEN COMPAGNEY BERLIN TRIFFT KARIBISCHE PUNTA-MUSIK

13.-15.9.2024, 19:00

HUMBOLDTFORUM.ORG

Kiezsalon 2024

w/ Yara Asmar, Group Listening and Pye Corner Audio

31.8. MaHalla

taz präsentiert

## FREILUFTKINO KREUZBERG

Fr 30. August 20:00 // franz.m.dt.Ut <b>ANATOMIE EINES FALLS</b> Jutine Triets (Cannes-Gewinner) wurde Sandra Hüller auf den Leib geschrieben.	Di 3. September 21:15 // engl.m.dt.Ut Lanthimos Tuesday # 6 <b>THE KILLING OF A SACRED DEER</b> Falls ihr wissen wollt, was Giorgos Lanthimos vor POOR THINGS & Barry Keoghan vor SALT BURN gemacht haben?
Sa 31. August 20:00 // engl.m.dt.Ut <b>LOVE LIES BLEEDING</b> Kompromisslos, energiegeladene, wild, voll schwarzen Humors, sexy und bezaubernd.	Mi 4. September 21:15 // engl.m.dt.Ut <b>CHALLENGERS - RIVALEN</b> Zendaya, Mike Faist & Josh O'Connor: Da gucken wir sogar einen Tennis-Film.
So 1. September 20:00 // dt.m.engl.Ut <b>BERLIN CALLING (2008)</b> Eine Liebeserklärung an Berlin und die elektronische Musik.	Do 5. September 21:15 // div.m.dt.Ut <b>CROSSING</b> Mission: Verwandtschaft finden! Emotional, lustig und den Blick auf die Welt öffnend. Der neue Film von Levan Akin.
Mo 2. September 21:15 // engl.m.dt.Ut <b>ALL OF US STRANGERS</b> Andrew Haighs betörender, herzerreißender schöner Liebesfilm.	Die Saison endet am 8. Sept. Jetzt noch einsteigen, jetzt noch dabei sein.

HOFFBRÄU MÜNCHEN tipBerlin THEBERLINER

## Du willst in die Zukunft sehen?

TEAM taz ZUKUNFT

Abonniere den Newsletter zu Klima, Wissen, Utopien [taz.de/teamzukunft](http://taz.de/teamzukunft)

Abo 030 - 259 02 - 590 | Anzeigen 030 - 259 02 - 314 anzeigen@taz.de | Redaktion 040 - 38 90 17 - 0 redaktion@taz-nord.de



Angeblich Schuld am Scheitern der Volksinitiative: Zu viele Hamburger:innen waren im Urlaub  
Foto: Bernd Wuestneck/dpa

# Das generische Maskulinum lag lieber am Strand

Die Hamburger Anti-Gender-Volksinitiative ist gescheitert. Sie hat nicht genug Unterschriften für eine Volksabstimmung gesammelt, mit der ein Gender-Verbot in Behörden, Schulen und öffentlichen Unternehmen durchgesetzt werden sollte. Die Schuld daran sollen Rot-Grün und die Sommerferien tragen

Von **André Zuschlag**

Der Kulturkampf gegen geschlechtergerechte Sprache ist in Hamburg beendet: Die Volksinitiative „Schluss mit Gendersprache in Verwaltung und Bildung“ hat im zweiten Schritt zu einem Volksentscheid nicht die nötigen Unterschriften gesammelt. „Wir haben das Ziel wohl um einige Tausend unterschritten“, gab Initiativen-Sprecher Jens Jeep am Donnerstagvormittag bekannt. Damit kommt es nicht zu einer von den regierenden SPD und Grünen rundheraus abgelehnten, von der oppositionellen CDU wiederum massiv unterstützten Volksabstimmung über die Forderungen der Anti-Gender-Initiative.

Es dürften wohl unter 40.000 Unterschriften gewesen sein, mit denen sich Hamburger:innen für ein Gender-Verbot in Schulen und Behörden ausgesprochen haben. „Wir wissen noch nicht, wie viele Menschen uns per Briefeintragung oder direkt durch Unterschrift in den städtischen Kundenzentren unterstützt haben“, sagt Jeep. Die Initiative selbst habe mit ihren Unterschriftenlisten bis Donnerstagvormittag 33.000 Unterschriften gesammelt. Dass es mehr als einige wenige Tausend sind, die durch Briefeintragung und direkter Unterzeichnung in den Kundenzentren hinzukommen, ist unwahrscheinlich.

Im Rahmen des dreiwöchigen Volksbegehrens wären allerdings rund 66.000 Unterschriften und damit fünf

Prozent der wahlberechtigten Hamburger:innen nötig gewesen. Und Volksinitiativen brauchen erfahrungsgemäß rund zehn Prozent mehr, da es üblicherweise eine Reihe ungültiger Unterschriften gibt – etwa weil eingetragene Personen nicht in Hamburg wohnhaft sind. Die abschließende, gültige Zahl wird erst in einigen Wochen nach Prüfung durch den Senat bekanntgegeben.

Die Initiative wollte erreichen, dass Hamburger Behörden und ihre untergliederten Einrichtungen – Schulen, Universitäten oder auch öffentliche Unternehmen – das Binnen-I, den Doppelpunkt oder das Stern-Symbol in Texten nicht mehr nutzen dürfen. Einzig das generische Maskulinum sollte noch verwendet werden, um eine „verständliche Sprache“ zu erhalten. Wer gendert, bringe nach Ansicht der Initiator:innen tatsächlich nicht die gewünschte Gleichstellung der Geschlechter zum Ausdruck, sondern beeinträchtige die geschlechterneutrale Sprache, die mit dem generischen Maskulinum gegeben sei. Mit diesen Argumenten hatten kürzlich auch die CDU- beziehungsweise CSU-geführten Landesregierungen von Hessen und Bayern Gender-Verbote in ihren Behörden erlassen.

Als hauptsächlichen Grund für das Scheitern nennt Jeep die vorgegebene Terminierung in den Hamburger Sommerferien. „Wären wir nicht verpflichtet gewesen, in der Ferienzeit zu sammeln, in der viele Hamburger im Urlaub sind,

hätten wir sicher ein Vielfaches der tatsächlichen Unterschriftenzahl erreicht“, sagt Jeep. SPD, Grüne und Linke hatten im Frühjahr in der Bürgerschaft den Antrag der Initiative abgelehnt, den Termin auf die Zeit nach den Sommerferien zu verschieben.

**66.000 Unterschriften wären nötig gewesen, doch die Anti-Gender-Initiative hat bis Donnerstag nur rund 33.000 Unterstützer:innen gefunden**

Ebenso kritisiert Jeep das Hamburgische Verfassungsgericht. Das hatte einen Eilantrag auf Verschiebung der Unterschriftensammlung abgelehnt. Hinzu komme, dass der Senat bei der Durchführung „offensichtlich Pflichten verletzt“ habe: Etwa in den Hamburger Kundenzentren habe es kaum Hinweisschilder gegeben, dass dort Unterschriften für das Volksbegehren geleistet werden können.

Diese Kritikpunkte hätten nichts mit dem Inhalt der Volksinitiative zu tun, betont Jeep. „Was Senat, Bürgerschaft und das Verfassungsgericht entschieden haben, ist nicht im Sinne der direkten De-

mokratie in Hamburg.“ Weil der Notar bemängelt, das Gericht habe sich überhaupt nicht mit den Argumenten für eine Verschiebung auseinandergesetzt, wolle die Initiative nun eine Klage gegen das Hamburgische Verfassungsgericht vor dem Bundesverfassungsgericht wegen Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör prüfen. Auch will er im Hauptsacheverfahren, das nach der Eilentscheidung vor dem Hamburgischen Verfassungsgericht noch aussteht, ergänzend feststellen lassen, dass der Senat das Volksbegehren nicht ordnungsgemäß durchgeführt und damit verfassungswidrig gehandelt habe.

Die Initiative hatte sich im Januar 2023 formiert und in einer ersten Sammelphase rund 16.000 Unterschriften im Rathaus abgegeben. Doch schon von Anfang an gab es massive Kritik an der Initiative: Für Empörung hatte die damalige Sprecherin der Initiative gesorgt, als sie das Gendern erst als „PR-Maßnahme der LGBTQ-Bewegung“ diffamierte, um anschließend gegen Homosexualität zu wettern: „Wenn wir nun alle schwul, lesbisch und trans werden sollen, dann ist die Evolution zu Ende“, sagte sie in einem Interview.

Zu der Frage, ob solche Aussagen vielleicht auch entscheidend für die mangelnde Unterstützung waren, dazu sagten die Aktivist:innen um Jeep am Donnerstag, bevor sie die Aktenordner mit den zu wenigen Unterschriften im Rathaus abgaben, jedoch nichts.

südwest

## Jubeljubiläen

**Feststimmung in Bremen**, mit Freude und mit Dankbarkeit besinnt man sich dieser Tage auf die eigene Vergangenheit. Am Donnerstag wurden im Rathaus 100 Jahre Bremer Verwaltungsgericht gefeiert. „Zu Recht stolz“ könne ein Staat sein, wenn eine solche Institution 100 Jahre alt werde, sagt Bürgermeister Bovenschulte – und meint gewiss: Stolz, weil in einem solchen Staat so lange schon die Rechtsstaatlichkeit gilt. Weil wir nicht miesepetrig nachzählen wollen, ob seit 1924 **tatsächlich 100 goldene Jahre** zusammenkommen, freuen wir uns stattdessen auf das nächste Jubelfest an diesem Freitag: 150 Jahre Justizvollzugsanstalt! Der Knast, die Straf- und Besserungsanstalt, **das Zuchthaus hat Geburtstag!** Gefeierte wird mit Festakt, Musik und Pipapo in der Bürgerschaft. Dabei wäre angemessen aus praktischen wie emanzipatorischen Gründen doch eigentlich nur **ein Tag der offenen Tür**.



Jasmin Ramadan  
Einfach gesagt

## Zurück in die Zukunft

Wenn ihr einmalig durch die Zeit reisen könntet, dann wohin?“, fragt der Freund und löffelt sein Bananasplit. „Wofür würdet ihr es nutzen?“ Für Amüsement oder als Chance, das Böse abzuwenden? Entscheidet selbst.“

„Da weiß man ja gar nicht, wo man anfangen soll!“, sagt der andere Freund.

„Letzte Woche Solingen?“, fragt die Freundin.

„Solingen 1993?“

„Irgendwas müsste man verhindern.“

„Aber wir sind doch die Vergangenheit von übermorgen, also dann jetzt.“

„Nur, dass wir eben von nix wissen.“

„Es ist nicht leicht, präventiv perfekte Ideen zu entwickeln.“

„Aber dumme.“

„Wie zum Beispiel: Man könnte das Böse einfach abschieben.“

„Na, wenn, dann aber gleich alles Böse.“

„Aber wie aufspüren? Lupe?“

„Kontrastmittel?“

„Rorschach-Test?“

„Es müsste ein wahrlich findiger Test her!“

„Quasi ein Science-Fiction-Erkenntnisgerät.“

„Wer soll das bezahlen?“

„Und entwickeln?“

„Hier, die beiden Biontechs.“

„Glaub', die sind gerade busy mit Krebs.“

„Auch böse.“

„Kennt aber keine Nationalitäten.“

„Hautfarben.“

„Geschlechter.“

„Unterscheidet nicht zwischen arm und reich.“

„Dumm und dümmer.“

„Na, das macht Krebs aber nu' nicht zum Hel- den.“

„Jedoch zum Menschenkenner.“

„Ich würd' nach 1968 reisen und das Attentat auf Rudi Dutschke verhindern.“

„Wieso?“

„Das hat meine Eltern spontan politisiert und sie haben sich beim Protest vorm Springer-Haus verknallt.“

„Und?“

„Ich hätte meine Zeugung verhindert.“

„Wozu?“

„Dann müsste ich mir den ganzen Shit nicht reinziehen und überlegen, für welchen historischen Horror ich Verantwortung übernehmen könnte.“

„Nicht zu vergessen: der Butterfly-Effekt.“

„Stimmt, man kann nicht nur eine Sache ändern, alles ändert sich fortfolgend. Menschen verschwinden, grauenvolle Entwicklungen werden durch grauenvollere ersetzt.“

„Es gibt kein Entrinnen, Mensch bleibt Mensch.“

„Das Infame ist resistent.“

„Die Stimmen aller Schlächter überschlagen sich seit Tagen multi-extremistisch in euphorischer Wonne.“

„Ich würd' eher hedonistisch durch die Zeit reisen und mir ansehen, was es nicht mehr gibt.“

„Twin Towers?“

„Eher ein David-Bowie-Konzert.“

„Dann zumindest eine Rede von Martin Luther King.“

„Ein paar Inseln der Salomonen im Pazifik.“

„Im Klimawandel versunken?“

„Reis' doch jetzt noch schnell nach Tuvalu.“

„Es wär' schlüssig, in der Vergangenheit den Klimawandel abzuwenden. Hätten alle was von.“

„Aber wie? Kapitalismus verhindern?“

„Industrialisierung.“

„Da kannst du ja nu' nicht die Menschheit im Ganzen von abhalten.“

„Dann Menschheit verhindern.“

„Wäre ein Anfang.“

„Die Menschen von der Erde abschieben, bevor sie loslegen?“

„Also Adam und Eva?“

„Den Plot halte ich für alternative Fakten.“

„Wo Qualm ist, sind auch ausgedrückte Kippen im Paradies.“

„Misogyn genaugenommen, um real zu sein, ist die Storyline ja.“

„Vielleicht waren die nicht die ersten Menschen, sondern so was wie die ersten Influencer.“

„Zur Sicherheit müsste man also nahe dem Urknall ansetzen und wenn da menschkünftige Zellgemenge an Land kriechen – zurück damit ins Meer.“

„Der Planet wär' gerettet und könnte selig vor sich hin grünen.“

„Regnen und stürmen.“

„Quantitativ auf den Punkt für jedes grenzenlose Fleckchen Erde.“

**Jasmin Ramadan** ist Schriftstellerin in Hamburg. 2023 ist ihr Roman „Auf Wiedersehen“ bei Weissbooks erschienen. 2020 war sie für den Bachmann-Preis nominiert. In der taz vertritt sie im Zwei-Wochen-Takt tatsächlich literarisch.

Für Betriebsräte gibt es reichlich zu tun bei Medrepair, hier ein Arbeitskampf 2019 Foto: Nikito/Imago

# Hafeninvestor MSC muss Betriebsrat behalten

Das Hamburger Arbeitsgericht erklärt Kündigung durch die MSC-Tochter Medrepair für unzulässig. Nächste Woche entscheidet die Bürgerschaft über den Hafenverkauf an MSC

Von **Mika Backhaus**

Bis vor zwei Monaten war Wjatscheslaw Fur formal noch als Staplerfahrer bei Medrepair angestellt. Schon im April hatte ihn die auf Containerreparaturen und -dienstleistungen spezialisierte Tochterfirma der italienischen Großreederei MSC fristlos freigestellt – aus gesundheitlichen Gründen. Seit dem 30. Juni erhält er wegen der folgenden Kündigung keinen Lohn mehr. Das ist brisant, denn Fur ist Betriebsratsvorsitzender. Er klagt nun gegen die Entlassung, am Donnerstag fand die Verhandlung vor dem Hamburger Arbeitsgericht statt. Dieses urteilte zugunsten von Fur.

Bereits vor der Verhandlung wirkt „Slawa“, wie ihn seine Unterstützer\*innen hier vor dem Gericht nennen, entschlossen. Er und sein Anwalt Michael Sommer sind sich einig, dass das Urteil zu ihren Gunsten ausgehen muss. „Der Arbeitgeber hat unserer Ansicht nach formale Fehler bei der Kündigung gemacht und inhaltlich ist das Vorgehen auch mehr als fragwürdig“, sagt Sommer.

Der Grund der Kündigung ist für Slawa nicht nachvollziehbar: „Ich habe schon länger gesundheitliche Probleme, wurde nach meinem Schlaganfall deshalb innerhalb des Unternehmens woanders einge-

setzt, wo es nicht so viel Stress gibt.“ Auch der Betriebsarzt habe dem zugestimmt. Nach einiger Zeit wurde ein neues Attest beantragt, Slawa ging zu einer anderen Ärztin. Das Ergebnis war inhaltlich das Gleiche, aber die Wortwahl ein bisschen stärker.

Danach ging alles ganz schnell: Am 10. April reichte Fur das neue Attest ein, nach einem Gespräch wurde er direkt freigestellt und nach Hause geschickt. Am gleichen Tag noch fand das regelmäßige Gespräch von Mitarbeiter\*innen mit den Führungspersonen statt, ohne ihn. Der Betriebsrat, dessen Vorsitzender er ist, entschied über seine Kündigung, diese fand er zwei Tage später in seinem Briefkasten.

Im Gericht möchte Anwalt Helmut Naujoks, der die hun-

dertprozentige MSC-Tochter Medrepair vertritt, noch mal für einen Vergleich werben: „Wir sind dem Kläger schon entgegengekommen, indem wir die verhaltensbedingte Kündigung zurückgezogen haben. Ich würde mich freuen, wenn das Gericht einen Vergleichsvorschlag machen könnte.“ Die Gegenseite lehnt das allerdings ab, sodass das Gericht keinen Sinn darin erkennt.

Mit Helmut Naujoks hat die Firma einen Anwalt beauftragt, dessen Position in Arbeitnehmerfragen nicht klarer sein könnte: Ein von ihm veröffentlichter Ratgeber trägt den Titel „Kündigung von ‚Unkündbaren‘“, die *Süddeutsche Zeitung* bezeichnet ihn als „Rausschmeißer“.

Bei Fur hatte die Kündigung vorerst keinen Erfolg, am heutigen Freitag ab sechs Uhr will er wieder arbeiten gehen. Und auch sein Betriebsratsmandat möchte er wieder aufnehmen. „Ob ich wieder Vorsitzender werde oder nicht, das werden wir sehen, aber ich freue mich, wieder arbeiten zu können.“ Denn zu Hause sei ihm die Decke auf den Kopf gefallen und die anderen Mitarbeiter\*innen freuten sich schon auf ihren Kollegen. Bei der letzten Wahl zum Betriebsrat habe er 41 von 56 Stimmen erhalten, berichtet er der taz.

Für Lars Stubbe von der Gewerkschaft Ver.di ist es ein „Sieg auf ganzer Linie“. Man wisse zwar noch nicht, ob das Gericht wegen der formalen Fehler bei der Kündigung oder aufgrund der Einschätzung der gesundheitlichen Atteste der Klage recht gegeben habe, aber das sei erst mal nebensächlich.

MSC erklärt der taz, man habe das Urteil zur Kenntnis genommen, warte jetzt auf die Begründung und verweist auf die Zustimmung der Arbeitnehmervertreter zur Kündigung. Die Tochterfirma Medrepair wollte sich nicht äußern.

In der kommenden Woche entscheidet die Hamburger Bürgerschaft, ob MSC 49,9 Prozent der Anteile an der Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA) übernehmen darf. Bisher besitzt die Stadt 70 Prozent und der Rest ist in Streubesitz. Lars Stubbe und die anderen rund 30 Unterstützer\*innen von Fur machten am Donnerstag vor dem Gericht deutlich, was sie davon halten: Nichts. „Es werden die gleichen Fehler gemacht wie damals bei der Privatisierung der Krankenhäuser“, gibt ein älterer Mann zu bedenken.

Am Samstag (14 Uhr, Landungsbrücken) mobilisieren politische Gruppen und Gewerkschaften zu einer Demonstration gegen den teilweisen HHLA-Verkauf an MSC.

Anzeigen

**ADELANTE**

**UMZUG**

**KOLLEKTIV**

Tel./Fax:  
**040/43 25 16 17**  
Bernstorffstr. 117  
22767 Hamburg



## nachrichten

**Latzel hat nach eingestelltem Verfahren wenig zu befürchten**  
Nach Einstellung des Gerichtsverfahrens wegen des Vorwurfes der Volksverhetzung gegen den Bremer Pastor Olaf Latzel hat der Theologe innerkirchlich wenig zu befürchten. Mit dem Beschluss des Gerichtes „liegt ein Orientierungsrahmen für das Disziplinarrecht vor“, teilte ein Sprecher seines Arbeitgebers, der Bremischen Evangelischen Kirche,

am Donnerstag mit. In einer „biblischen Fahrschule zur Ehe“ äußerte sich der heute 56-jährige Pastor im Oktober 2019 abfällig über queere Menschen. Seine Worte lösten einen fast vierjährigen juristischen Streit durch mehrere Instanzen aus, den das Landgericht Bremen am Mittwoch auf Antrag der Verteidigung mit der vorläufigen Einstellung des Verfahrens gegen eine Geldstrafe von 5.000 Euro beendete. (epd)

**Camp-Hippies wollen wegen abgeschleppter Autos klagen**  
Viele Menschen aus dem illegalen Zeltlager „Rainbow Gathering“ im Harz reisen nach Teilnehmerangaben ab. Schätzungsweise 500 bis 800 Menschen seien derzeit noch vor Ort teile der Landkreis Göttingen mit. Die Behörden hatten das Gebiet mit einem Betretungsverbot belegt, von einer groß angelegten Räumung bisher aber auch aus Kostengründen

abgesehen. Mitarbeiter der Ordnungsämter sowie Feuerwehrleute und Polizisten waren jedoch regelmäßig im Einsatz, um auf das Betretungsverbot hinzuweisen, Zelte zu konfiszieren oder Autos von Forstwegen abzuschleppen. Wegen des Abschleppens kündigte ein Teilnehmer nun eine Sammelklage an. Er sei der Auffassung, dass etwa die Hälfte der Autos unrechtmäßig abgeschleppt worden seien. (dpa)



Behälter mit „Urtinktur“: Die hat sich auch der Oldenburger Professor ganz genau angeschaut Foto: Rolf Haid/dpa

# Forschung im Auftrag der Homöopathie

Ein Professor der Uni Oldenburg nutzt seine Stelle seit Jahren dazu, der Homöopathie einen wissenschaftlichen Anstrich zu verpassen. Die Uni sieht darin kein Problem

Von **Aljoscha Hoepfner**

Der Titel des Forschungsprojekts an der Universität Oldenburg ist unspektakulär: „Mikrobiologische Untersuchung des Reifungsprozesses von Urtinkturen“. Der Geldgeber und das Wort „Urtinktur“ machen aber stutzig.

Das von 2016 bis 2023 laufende Projekt hat das Mikrobiom verschiedener Arzneipflanzen untersucht, die zur Herstellung von „Urtinkturen“ verwendet werden. Das sind die unverdünnten Ausgangsstoffe homöopathischer Heilmittel. Finanziert und maßgeblich kontrolliert hat das Projekt das Homöopathie-Unternehmen Wala.

Mit Wissenschaft hat Homöopathie wenig zu tun. Durch die extreme Verdünnung ist in den Präparaten oft kein einziges Molekül des Wirkstoffs mehr vorhanden. Es gibt keinen Beleg für die Wirksamkeit der Homöopathie und immer wieder werden Fälle bekannt, in denen die Einnahme homöopathischer Mittel anstelle wirksamer Medikamente zu höchstwahrscheinlich vermeidbaren oder vorzeitigen Toden führt. Laut Deutschem Ärztetag ist die Homöopathie

in der Regel nicht mit rationaler Medizin und ärztlicher Ethik vereinbar. Warum forscht eine staatliche Universität dann an „Urtinkturen“?

Verantwortlich ist der Meeresbiologe Meinhard Simon, ehemaliger Dekan der naturwissenschaftlichen Fakultät. Seit 2020 ist er Mitglied der Kommission für gute wissenschaftliche Praxis der Universität und damit für die Einhaltung wissenschaftlicher Standards verantwortlich. Davor war er zehn Jahre lang Vorsitzender der Ethikkommission.

Auf Anfrage erklärt er, dass aktuelle Studien die Wirksamkeit der Homöopathie sehr wohl belegen würden. Publikationen und Presseartikel, die anderes besagen, seien „einseitig“ und „tendenziös“.

Seit Jahren nutzt er seine Stelle dazu, der Homöopathie einen wissenschaftlichen Anstrich zu verpassen. Er ist Co-Autor von mehreren Studien zu dem Thema, unterstützt von homöopathischen Unternehmen und Lobbyorganisationen. Wenn er und Kolleg\*innen, trotz Finanzierung durch die Homöopathie-Industrie, keinen Effekt nachweisen können, machen sie, wie in einer Studie von 2011,

einfach das Studiendesign für den Fehlschlag verantwortlich und bleiben entgegen ihrer eigenen Daten auf der Linie der Geldgeber. Simon und Kollegen gehen von „Kraft-ähnlichen (immateriellen) Resonanzeffekten“ der Homöopathie aus. Mit anderen Worten: Magie.

**Meinhard Simon bezeichnet Fragen zu ethischen Aspekten der Zusammenarbeit mit Wala als „sinnlos“**

Wala hat in der Vergangenheit einen Lobbyisten finanziert, der Wissenschaftler\*innen und Journalist\*innen, die sich kritisch zur Homöopathie geäußert und vor ihren Risiken gewarnt haben, öffentlich angeprangert hat. Darunter war auch der Experte für Alternativmedizin, Edzard Ernst. Ernst sagt zur Zusammenarbeit der Universität mit Wala: „Ich sehe das eher kritisch, insbesondere wenn es sich um eine Firma handelt, deren Werbung die Kunden in die Irre führt.“

„Als Grundlagenforscher in der Mikrobiologie halte ich Kooperationsprojekte mit einem Unternehmen wie Wala nicht nur für medizinisch vertretbar, sondern für wichtig und zeitgemäß“, erklärt Simon. Er ist selbst Mitglied einer Lobbygruppe für Alternativmedizin, die Teil der Wala-nahen „Stiftung Integrative Medizin & Pharmazie“ ist. Sie setzt sich unter anderem für die Behandlung von Krebs mit Misteln ein.

Meinhard Simon bezeichnet Fragen zu ethischen Aspekten der Zusammenarbeit mit Wala als „sinnlos“, auch weil das Projekt nichts mit Homöopathie zu tun habe. Tatsächlich wurde in dem Projekt aber nach Vorgaben des Homöopathischen Arzneibuchs gearbeitet, so steht es auch in der Studie.

Auf Anfrage erklärt die Universität Oldenburg, dass sie keinen Anlass sieht, Simons Forschung als negativ zu bewerten und verweist auf seinen guten Ruf. Fragen zu den zweifelhaften Methoden von Wala oder wie sich Simons lockeres Verhältnis zur Wissenschaft mit seiner Rolle als Wächter über Wissenschaftlichkeit und Ethik vereinbaren lassen, beantwortet sie nicht.

weiterdemonstriert

## Wo ist der Protest gegen Deportationen jetzt?

Seit über einem Jahr wird vor einem möglichen Sieg von Rechtsextremen bei den Landtagswahlen in Ostdeutschland gewarnt. Jetzt stehen wir unmittelbar davor und der Rechtsruck ist längst da – und zwar in ganz Deutschland. Statt nach dem schrecklichen Attentat in Solingen populistischen Forderungen mit solidarischer Politik entgegenzutreten, gießen die Parteien von CSU bis hin zu den Grünen in einem irren Überbietungswettbewerb Öl ins Feuer.

Friedrich Merz will keine Geflüchteten aus Syrien und Afghanistan mehr aufnehmen. Olaf Scholz kündigte an, jetzt noch schneller abschieben zu wollen. Sein Parteigenosse, der Hamburger Innensenator Andy Grote, unterstützte das mit dem bemerkenswerten Spruch: „In Afghanistan wird nicht jeder geköpft.“ Und auch eine Gruppe grüner Bundestagsabgeordneter forderte in einem Papier für eine „Zeitenwende in der Innenpolitik“ mehr Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern, mehr Geld und Kontrollbefugnisse für die Sicherheitsbehörden und vor allem: mehr Abschiebungen.

Das Ausmaß an Faktenfreiheit, Ideologie und Missachtung des Grundgesetzes, mit dem in diesen Tagen über den Umgang mit Geflüchteten diskutiert wird, ist nur noch gruselig. Wollten die Parteien islamistische Hasskriminalität bekämpfen, könnten sie auf Erkenntnisse der Kriminologie hören: Unwürdige Lebensbedingungen wie etwa in Flüchtlingslagern begünstigen, dass Menschen sich radikalieren und gewaltbereit werden. Das soziale Umfeld ist entscheidend dafür, wer zum Täter wird.

**Die Abschiebe-Offensive läuft längst**

Das wirklich Irre an der Debatte ist aber, dass sie auf dem rhetorischen Strohmännchen basiert, es gäbe keinen ausreichenden Willen zu Abschiebungen. Dabei hat Olaf Scholz es bitter ernst gemeint, als er im letzten Winter eine Abschiebe-Offensive „im großen Stil“ forderte: Schon in der ersten Jahreshälfte 2024 gab es 20 Prozent mehr Abschiebungen als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Trotzdem schaffen es rechte Kräfte mit diesem Strohmännchen, Politikern immer radikalere Forderungen nach Abschiebungen zu entlocken.

Während noch im Januar bundesweit Millionen auf die Straße gingen, um gegen die Deportationspläne der AfD zu demonstrieren, fragt man sich: Wo bleiben diese Leute jetzt? Die Forderungen nach noch mehr Abschiebungen in noch gefährlicheren Ländern bedeuten nämlich in der Realität nichts anderes als das: Deportationen von schutzbedürftigen Menschen, die gegen ihren Willen vom deutschen Staat in Kriegs- und Krisengebiete gebracht werden.

Diese Menschen, die sich im Januar gegen den Rechtsruck stellten, braucht es jetzt dringender denn je, um für mehr Menschlichkeit und das Grundrecht auf Asyl einzustehen. Niedersachsens Flüchtlingsrat macht es am Freitag vor: Wie jedes Jahr ruft er zu einer Demonstration gegen Abschiebungen am Flughafen Hannover-Langenhagen und dem benachbarten Abschiebegefängnis auf.

Das kommt genau richtig. Denn gerade nach dem furchtbaren Attentat in Solingen ist es wichtig, sich nicht auf einfache Parolen wie „Ausländer raus“ oder „Messer verbieten“ einzulassen, sondern tatsächlich für eine sichere und solidarische Gesellschaft einzustehen – und zwar gerade hier im Norden, wo sich der Rechtsruck noch nicht in den Parlamenten abbildet wie in Ostdeutschland. Das sind wir auch denen schuldig, die dort reale Gefahren eingehen, um sich gegen die Rechten zu stellen.

Marta Ahmedov

# Rauswurf für Khameneis Vertreter

Nach der Schließung des Islamischen Zentrums geht Hamburgs Innenbehörde nun den nächsten Schritt

Fünf Wochen nach dem Verbot des als extremistisch eingestuften Islamischen Zentrums Hamburg (IZH) soll nun dessen ehemaliger Leiter Deutschland verlassen. Die Hamburger Innenbehörde habe Mohammad Hadi Mofatteh in dieser Woche eine Ausweisungsverfügung zugestellt, sagte eine Sprecherin in Hamburg. Sie machte zunächst keine Angaben dazu, ob sich der Mann noch im Land befindet.

Mit dem Schreiben werde er aufgefordert, Deutschland innerhalb von 14 Tagen zu verlassen. Andernfalls drohe ihm die Abschiebung in das Herkunftsland – auf seine Kosten. Das muss bis zum 11. September 2024 geschehen sein. Zudem darf er nicht wieder nach Deutschland einreisen oder sich hier

aufhalten. Tut er das doch, drohen ihm bis zu drei Jahre Gefängnis. Zuvor hatte der Radiosender NDR 90,3 berichtet.

Mohammad Hadi Mofatteh war seit Sommer 2018 IZH-Leiter. Nach Erkenntnissen des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz galt er damit bis zuletzt als offizieller Stellvertreter des iranischen Revolu-

„Als oberster religiöser Vertreter des Regimes in Teheran ist seine Zeit in Deutschland abgelaufen“

Andy Grote, SPD

tionsführers Ali Khamenei in Deutschland.

Für Hamburgs Innensenator Andy Grote (SPD) ist die Ausweisung nach dem Verbot des Islamischen Zentrums Hamburg der nächste konsequente Schritt. „Als oberster religiöser Vertreter des menschenverachtenden Regimes in Teheran ist seine Zeit in Deutschland abgelaufen. Wir werden den Kampf gegen den islamischen Extremismus weiter mit aller Härte führen und dabei auch alle aufsichtlichen Mittel voll ausschöpfen.“

Ende 2022 war bereits der stellvertretende Leiter des IZH, Seyed Mousavifar, wegen Verbindungen zur libanesischen Hisbollah-Miliz aus Deutschland ausgewiesen worden. (dpa)

Anzeigen

## METHFESSELFEST

**30./31. Aug. 2024** Kultur- und Stadtteilstiftung  
mit Kinderprogramm und Flohmarkt  
Mit Vergnügen Position beziehen!

Else Rauch Platz · U2 Lutterothstraße

**Frieden und Abrüstung sind prima für die Menschen und das Klima!**

Das Fest der Initiativen bietet:

- > Info-Stände
- > Live-Musik
- > Diskussionen

**Freitag 15.30 - 22 Uhr**  
**Samstag 12.30 - 22 Uhr**  
Hamburg Eimsbüttel

Programm und weitere Infos  
[www.methfesselfest.de](http://www.methfesselfest.de)

## das wird

„Man tut so, als würde hier niemand Macht haben“

Erste Sondierungen zum missbrauchsanfälligen Verhältnis von Kirche und Macht unternimmt am Wochenende eine Werkstatttagung in der evangelischen Akademie zu Loccum

Interview **Marta Ahmedov**

**taz: Herr Brouwer, was verstehen Sie unter Macht?**

**Christian Brouwer:** Das ist eine schwierige Frage, weil der Machtbegriff gerade in der Kirche total ambivalent ist. Im Kontext der Tagung verstehe ich Macht als bestimmten Gestaltungs- und Deutungsraum, der Menschen durch eine Position zukommt, die sie objektiv innehaben oder die ihnen zugeschrieben wird. Macht haben heißt: Dinge verändern können, Menschen beeinflussen, Entscheidungen treffen und Verantwortung übernehmen.

**taz: Das klingt eigentlich ziemlich eindeutig. Warum ist der Begriff ambivalent?**

**Brouwer:** Weil Macht innerhalb der Kirche in erster Linie als Gottesmacht verstanden wird. Darüber reden wir gerne und viel, aber säkulare Macht unter Menschen wird nicht thematisiert. Man möchte die Kirche als einen machtfreien Raum verstehen, also tut man einfach so, als würde hier niemand Macht innehaben und setzt sich nicht damit auseinander.

**taz: Ist das ein Problem?**

**Brouwer:** Ja, und das ist der zentrale Anlass für diese Tagung: Wir vermuten, dass das Schweigen über Macht innerhalb der Kirche dazu führt, dass die trotzdem vorhandene Macht leichter missbraucht werden kann. Anfang des Jahres ist die Forum-Studie erschienen, die deutlich gezeigt hat, dass auch die evangelische Kirche ein großes Problem mit Machtmissbrauch und sexueller Gewalt hat.

**taz: Welche Momente sind das, in denen Macht missbraucht wird?**

**Brouwer:** Macht wird missbraucht, wenn sie bewusst verschleiert und manipulativ eingesetzt wird. Sie ist schon

überall da ein Problem, wo nicht klar ist, dass es sie gibt. In der Kirche sind intime Kontexte wie die Seelsorge anfällig für Machtmissbrauch. Und besonders auch die Jugendarbeit, wo Macht mit einer Altersdifferenz einhergeht. Die Forum-Studie hat gezeigt, dass es am häufigsten zu Missbrauch von männlichen Pfarrpersonen gegenüber Jugendlichen kommt. **taz: Der Missbrauchsskandal in der katholischen Kirche hat den Verdacht nahegelegt, dass gerade Tabus und Verbote zu Machtmissbrauch führen. Was ist da dran?**

**Brouwer:** Zunächst möchte ich mahnen, dass man die katholische Kirche und die evangelische Kirche an dieser Stelle nicht in eine Opposition zueinander bringen sollte. Machtmissbrauch findet ganz klar auch in der evangelischen Kirche statt. Die Forum-Studie zeigt übrigens, dass die häufigsten Täter bei uns verheiratete Männer sind – es ändert also nichts, ob Männer im Zölibat leben oder verheiratet sind. **taz: Ob katholisch oder evangelisch: Die Kirche gilt nicht gerade als ein Raum, in dem besonders offen über Sexualität gesprochen wird. Ist das kein Problem?**

**Brouwer:** Der Verdacht liegt natürlich nahe. Man muss ihm aber eine zweite Beobachtung aus der Forum-Studie zur Seite stellen: Es gibt in der Kirche auch Gemeinden, die sehr von der Bewegung der 68er-Jahre erfasst wurden und ein offenes Klima kultivierten, gerade auch in der Jugendarbeit. Diese Gemeinden waren und sind genauso anfällig für Machtmissbrauch, gerade in den 70er-Jahren sind dort schlimme Dinge passiert. Das soll nicht heißen, dass wir in der Kirche nicht viel offener über Sexualität reden müssen. Es ist aber auch zu leicht, es damit als getan zu betrachten.

## Werkstatt-Tagung

„Transparente Macht in der Kirche – Erste Sondierungen zu einer dringlichen Aufgabe“, 30.–31. 8., Evangelische Akademie in Rehburg-Loccum



Foto: privat

**Christian Brouwer** Jahrgang 1979, promovierter Theologe, ist Studienleiter für Theologie und Ethik an der evangelischen Akademie Loccum.

# Mit Macht zum Kitsch

Das große Abenteuer der norddeutschen Barocklyrikerin Sibylla Schwarz war die Literatur. Ohne sich für ihre Leseleidenschaft zu interessieren, hat Stefan Cordes der jung Gestorbenen nun ein romanhaftes Leben erfunden

Von **Benno Schirrmeyer**

Mitunter machen Bücher nicht schlauer, sondern einfach nur ratlos: Das gilt für den Roman „Billie“. Mit dem macht sich Stefan Cordes in durchaus zupackender Sprache zur Ich-Erzählerin. Als die fantasiert er Sibylla Schwarz, der bedeutendsten norddeutschen Barockdichterin, ein Leben zusammen.

Warum auch nicht. Sie hatte ja keins. Gestorben ist sie 1638 mit 17 Jahren an der Ruhr im damals schwedischen Greifswald. Ein fast friedlicher Tod mitten im 30-jährigen Krieg, der an der Ostseeküste massiv in den bürgerlichen Alltag hineingewirkt hatte. Geboren worden war Schwarz drei Jahre nach dessen Ausbruch. Zwischendurch, 1630, hat die Pest ihre Mutter dahingerafft.

Laut ihrem ersten Herausgeber hat sie „im dreyzehenden und folgenden Jahren / bis an das sibenzehende“ geschrieben: Ihre rund 100 Gedichte bewegen sich selbstsicher, ja virtuos in den Konventionen ihrer Epoche. Manche haben sich als sehr freie Nachdichtungen erwiesen. Im 17. Jahrhundert, dem Genie-Ästhetik fern lag, war das eine schlüssige poetologische Praxis. Sie dient, ähnlich wie heute Klassiker-Überschreibungen im Regietheater, sowohl der Huldigung an die Vorgänger als auch dem Finden eines Eigenen in deren Material.

So hat der Oldenburger Literaturwissenschaftler Christian Schmitt gerade erst nachgewiesen, dass Sibylla Schwarz' Gedicht „Verachtung der Welt“ einen Auszug aus Jacob Cats' absolutem Bestseller „Houwelyck, dat is, De gansche gelegtheydt des echten staets“ (1625) – also in etwa: Hochzeit oder alle Angelegenheiten des wahren Standes – nachformt. Wobei sie die Vorlage erstens übersetzt. Zweitens komprimiert. Und drittens in ihren deutschen Versen zu kühnen neuen Sprachbildern findet: Toll aufbereitet finden sich die Werke in Michael Garz' zweibändiger Ausgabe, historisch, kritisch, informativ und trotzdem erschwinglich. Kaufen Sie bloß nix anderes!

Aus einem solchen Œuvre allein lassen sich selbstredend kaum Infos übers Autorinnenleben ableiten. Es bleibt, von den Gedicht-Anlässen – Hochzeiten und Todesfälle – abgesehen, eine Leerstelle. Mit der lässt sich ästhetisch reizvoll umgehen. Das hatte kürzlich Max Baitinger in seiner coolen Comic-Biografie „Sibylla“ bewiesen. Er nimmt darin die Visionen der Poetin wörtlich und spinnst sie weiter: Wie in Schwarz' Versen selbst, konkurriert auch in diesem Band die Gewaltwelt der Epoche – Krieg, Folter, Scheiterhaufen – mit den dichterischen Aufflügen einer mythologisch informierten Fantasie: Dieses überganglose Umschlagen der Gegensätze, das ist barocke Dialektik. Sie erzeugt eine neue, künstliche, eine eigene Wirklichkeit.

## Spiegel, Spargel, Marzipan

Cordes wählt den umgekehrten Weg. Er lässt die Verse als Teil einer behaupteten Realität stattfinden. Bei deren Schilderung aber unterlaufen ihm ständig Anachronismen. In seinem 17. Jahrhundert gibt's gestochehen, weißen Spargel mit ebenso undenkbareren Kartoffeln und unwahrscheinlichem Marzipan. Auch hängt ein großer Wandspiegel in Sibyllas Elternhaus, als wüchse sie als Prinzessin in Versailles und nicht als Tochter des Bürgermeisters in Greifswald auf.

Egal? Nein. Denn diese falschen Requisiten weisen darauf hin, dass sich Cordes ganz in Denkschablonen des 19. Jahrhunderts bewegt. Und das berührt den Kern des Romans: Die Geschlechterrollen des bürgerlichen Zeitalters sind viel starrer als die noch des Barock. Cordes bekräftigt sie folglich gerade, wo er so tut, als würde seine Protagonistin gegen diese rebellieren. „Ich hasste die Stickerie“, heißt es da beispielsweise. „Niemand zwang Jungs zu etwas so Schrecklichem wie die Leinenstickerie“. Ein Satz, der nicht nur grammatikalisch rumpelt, sondern auch schlecht in eine Zeit passt, die gerade erst beginnt, Lebenssphären und erzieherische Ziele gleichsam in Rosa und Blau zu unterteilen.



Sibylla-Schwarz-Porträt in den „Deutschen Poëtischen Gedichten“. Dank Samuel Gerlachs schlampiger Ausgabe hat das Werk überdauert. Foto: HAB Wolfenbüttel

Woran, lustigerweise, die gute Sibylla ja sogar auf spektakuläre Weise mitwirkt, als sie 1634 den frühzeitigen Tod der „Frawen Catharina Essens / Hern D.Johannis Schönern

„Es ist ein Gedicht, das von Verzweiflung erzählt“, lässt Cordes seine Heldin sagen

ehelichen lieben Hausfrauen“ als Katastrophe von Familie und Haushaltung besingt. Ungewöhnlich an diesem Trauergedicht: Es wertet Care-Arbeit, die es der weiblichen Sphäre zuweist, als mindestens ebenso heldenhaft wie nach außen gerichtete männliche Geschäftigkeit.

So eine Geschichte heute nicht erzkonservativ klingen zu lassen, das wäre Kunst. Cordes verzichtet lieber ganz darauf, sie zu schreiben. Dafür macht er die Poetin radikal abhängig von ihrem zwischenzeitlichen Hauslehrer Samuel Gerlach.

Tatsächlich ist dessen leider schlampiger Werk-Ausgabe Gedichte zu verdanken, dass die Frühverstorbene bis heute überlebt hat. Der Roman inszeniert den mittelmäßigen Geistlichen als großen Inspirator, ohne den Schwarz sich mit Dichtung nicht beschäftigt hätte. Dass die junge Frau sich mit dem irren Anagramm „Sibylla Wachsesterin von Wildesfragen“ selbst charakterisiert haben könnte, kommt Cordes dabei nicht in den Sinn. Für ihr wildes Fragen und das damit verbun-

dene einsame Abenteuer des Lesens fehlen ihm die Worte. Er braucht Schlüssel, Blut, ein bisschen homosexuelle Erotik! Wie langweilig. Vor allem aber muss für Cordes und seinen Plot eine dichtende, schreibende Frau im 17. Jahrhundert, das doch von dichtenden und herrschenden Frauen geprägt war, als Skandal empfunden werden.

## Ein Hexenprozess muss her!

Als dramatischen Gipfel seines Werks erfindet er deshalb einen Hexerei-prozess, der natürlich zum Prozess um Schwarz' Lyrik wird: Als Corpus Delicti dient ausgerechnet das erwähnte Poem „Verachtung der Welt“, dessen Titel das barocke Weltbild vom irdischen Jammertal auf den Punkt bringt. Cordes indes hält ihn für blasphemisch. Gefühlsduselig muss seine Protagonistin sagen, es sei „ein Gedicht, das von Verzweiflung erzählt“. Das ist blanker Kitsch.

Möglich, dass Cordes seinen Roman geschrieben hat, weil er Sibylla Schwarz irgendwie toll findet. Bloß was an ihr, bleibt ein Rätsel. Die Zugänge zu ihrer Dichtung hat er jedenfalls unter einem trivialen Plot begraben und mit Gefühlsleim fest verkleistert.

**Roman** Stefan Cordes: „Billie“, München, C. Bertelsmann, 384 S., 24 Euro

**Comic** Max Baitinger: „Sibylla“, Berlin, Reprodukt, 176 S., 24 Euro

**Aufsatz** Christian Schmitt: „Spielräume des Übersetzens. Sibylla Schwarz' Gedicht ‚Verachtung der Welt‘ und seine niederländische Vorlage. In: Daphnis 52, 51–73

**Werkausgabe** Sibylla Schwarz, 1621–1638, Werke, Briefe, Dokumente, hg. von Michael Gratz, Leipzig, Reinecke & Voß, Softcover, Bd. 1. 192 S., 20 Euro / Bd. 2. 276 S., 24 Euro, zu beziehen über den Verlag info@reinecke-voss.de

Anzeige

**TANZ  
SPEKTRUM /  
RAUM**

von Máté Mészáros /  
Unusual Symptoms  
Eröffnung 30. August,  
18 Uhr, Kunsthalle Bremen

**THEATER BREMEN**